

Preußische Allgemeine Zeitung

Mit Ostpreußenblatt

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 51 – 19. Dezember 2009

G5524 - PVST: Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Tageszeitungen in der Krise
Ruf nach Staatshilfen jetzt auch hier – Wochenzeitungen behaupten sich **2**

Preußen / Berlin

Körtings Flucht nach vorne
Berlins SPD-Innensenator erklärt Linksextreme zu »rot lackierten Faschisten« **3**

Hintergrund

Streit um Tabubruch
Bei der Ausbreitung des Islam hat die Sklaverei eine zentrale Rolle gespielt **4**

Deutschland

GEZ greift nach Handy und PC
Die Rundfunkgebühr als Ersatzsteuer **5**

Wirtschaft

Glitzernde Fassade bröckelt
Dubai: Massenentlassungen erschüttern schon seit Monaten die Menschen **7**

Kultur

Faszination fremder Welten
Der Forscher Alexander von Humboldt inspirierte Maler zu besonderen Leistungen – Ausstellung in Berlin **9**

Preußen

»Der Kaiser und die Künste«
Das Verhältnis Wilhelms II. zu den Museen sagt viel über den deutschen Kaiser **11**



Gute Bildung ist entscheidend zur Sicherung des Wohlstandes – zumal für ein Land ohne Rohstoffe. Doch der Bildungsgipfel am Mittwoch war überschattet vom Tauziehen zwischen Bund und Ländern um Milliarden. Das Engagement des Bundes in diesem Bereich ist umso ärgerlicher, als er hier kaum mehr Zuständigkeiten hat. Links im Bild NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU). Die Wahl in seinem Land im Mai ist ein Hauptgrund, warum die deutsche Politik derzeit unpopuläre Schritte scheut.

KONRAD BADENHEUER:

Abgefertigt

Jedes Recht der Welt hat die BdV-Präsidentin Erika Steinbach, in den Beirat der Stiftung »Flucht, Vertreibung, Versöhnung« einzuziehen: Das ganze Projekt stammt ja von ihr.

Die Frage, ob die Vertriebenen womöglich »zuviel Einfluss« auf diese – gottlob bereits gesetzlich fixierte und damit politisch kaum mehr zu verhindernde – Institution bekommen könnten, ist geschmacklos und zusätzlich zu verneinen. Sie ist geschmacklos, weil der Bund der Vertriebenen im Unterschied zur Vertretung anderer vertriebener Gruppen in der Welt durchaus keine mühsam zur Gewaltlosigkeit gebrachte Terrororganisation ist. Und sie ist zu verneinen, weil die ganze Konstruktion der Doppelstiftung darauf angelegt ist, wie auch immer geartete Eigenmächtigkeiten der BdV-Vertreter im geplanten »Zentrum« a priori unmöglich zu machen.

Umso ärgerlicher ist, dass die Unionsparteien die Berufung Steinbachs womöglich nicht mehr ernsthaft gegen die FDP durchsetzen wollen. Die warmen, aber politisch unverbindlichen Erklärungen von Volker Kauder und auch Hans-Peter Friedrich, über die diese Zeitung vor einer Woche berichtete, lassen kaum eine andere Deutung zu. Hinzu kommt aktuell die Antwort des Auswärtigen Amtes auf die Anfrage des CSU-Abgeordneten Mayer, ob es – wie von Guido Westerwelle behauptet – eine Absprache der Bundesregierung mit Warschau gegen Frau Steinbach gebe. Die fast schon zynischen Phrasen, mit denen Staatsministerin Cornelia Pieper (FDP) Mayer nun abgefertigt hat, sind nur als »Jawohl!« zu lesen. Darf es wahr sein? Und wenn nein: Will sich die Union in dieser Weise von der FDP vorführen lassen?

Kuhhandel mit der Bildung

Widerstand der Länder war absehbar – Peinliche Nachbesserungsaktionen

Wenig besinnlich verlief für die schwarz-gelbe Koalition der dritte Advent. Im Bundeskanzleramt wurden die Spitzen der Landesregierung von Schleswig-Holstein erwartet, um sie von ihrem Nein zum »Wachstumsbeschleunigungsgesetz« abzubringen.

Schwarz-Gelb gegen Schwarz-Gelb: Was für die Opposition ein gefundenes Fressen ist, treibt den Parteistrategen von Union und FDP den Schweiß auf die Stirn. Doch der Widerstand mehrerer Länder, darunter eben Schleswig-Holsteins, gegen das umstrittene »Wachstumsbeschleunigungsgesetz«, konnte die Bundesregierung nicht wirklich überraschen: Ein erheblicher Teil der geplanten Entlastungen geht auf Kosten der Länder. Kein Mensch konnte erwarten, dass diese zum Versuch Berlins, mit ihrem Geld zu bezah-

len, im Bundesrat einfach ja sagen würden.

Dass es trotzdem versucht wurde, spricht gegen die koordinatorischen Fähigkeiten der Verantwortlichen in Berlin und hatte eine peinliche Nachbesserungsaktion zur Folge. Bei Redaktionsschluss dieser Zeitung zeichnete sich ab, dass für die Länder eine Kompensation im Bildungsbereich gefunden werden sollte. Wie es hieß, würde der Bund dem armen Land zwischen Nord- und Ostsee zudem bei der Anwendung der Schuldenbremse entgegenkommen. Unklar blieb zunächst, ob diese Formulierung nicht schlicht bedeuten würde, dass Schleswig-Holstein statt zusätzlicher Mittel nur das Recht auf zusätzliche und

noch höhere Neuverschuldung bekommen sollte.

Immerhin hat die Kanzlerin sich offenbar nicht auf die frühere Politik Gerhard Schröders eingelassen, einzelne Länder für ein bestimmtes Abstimmungsverhalten im Bundesrat aus der Front der Neinsager »herauszukaufen«. Das hat Charakter, macht die ganze Sache für den Bund aber eher noch teurer.

Mehr als nur unschön ist auch ein Basarhandel zwischen Bund und Ländern ausgerechnet im Bildungsbereich. Wurde nicht 2006 nach jahrelangem Tauziehen eine hochgelobte Föderalismusreform verabschiedet, der zufolge die Bildung nahezu komplett in die Zuständigkeit der Länder fallen sollte? In

den Grundgesetz-Artikeln 70 und 73 steht klar, dass der Bund nur noch für den Hochschulzugang und die Abschlüsse Befugnisse hat. Die Druckerschwärze im Bundesgesetzblatt war kaum trocken, da tummelte sich der Bund schon wieder ausgiebig in dieser Länderdomäne. Solange er die Sache finanzierte – und es soll nun wieder einmal mehr werden – hatte offenbar kein Landespolitiker etwas dagegen einzuwenden.

Für die politische Kultur ist das ebenso nachteilig wie die verzögerte Verabschiedung des Bundeshaushalts. Normalerweise wird der Etat im Spätherbst verabschiedet. Der Haushalt für 2010 mit seinen Rekordschulden soll dagegen erst Ende März 2010 unter Dach und Fach sein, was das Bundesfinanzministerium zuletzt auch noch als »ehrgeiziges Ziel« anpries. Konrad Badenheuer

Der Bundeshaushalt für 2010 kommt frühestens Ende März

Solidarität in kritischer Zeit

LO-Sprecher v. Gottberg besuchte den baden-württembergischen Innenminister Rech

Beim Tag der Heimat, am 22. August 2009, in Berlin begegneten sie sich erstmalig. Der baden-württembergische Innenminister Heribert Rech (CDU) und LO-Sprecher Wilhelm v. Gottberg saßen bei der Veranstaltung zufällig nebeneinander und kamen ins Gespräch. Am Ende vereinbarten beide, den Gedankenaustausch in Stuttgart fortzusetzen.

Am vergangenen Freitag besuchte Wilhelm v. Gottberg in Begleitung von Uta Lüttich – die Landesvorsitzende der Ostpreußen in Baden-Württemberg und zugleich Mitglied im Bundesvorstand der LO ist – den Minister in seinem Ministerium in Stuttgart. Der Sprecher informierte Rech über den Aufbau und die Glieder-

ung der Landsmannschaft Ostpreußen auf der Bundesebene. Gleiches geschah für die Landesebene durch Frau Lüttich.

Dem LO-Sprecher war es ein besonderes Anliegen, der Landesregierung von Baden-Württemberg Dank zu sagen für deren konsequente und bis heute gleichbleibenden Alimentierung der »Kulturstiftung der Vertriebenen«. Besonders wertvoll war diese Förderung in den Jahren von 1999 bis 2005, als die rot-grüne Bundesregierung die Förderung der BdV-Kulturstiftung völlig eingestellt hat-

te. Die Stiftung konnte dank Baden-Württembergs und Bayerns überleben.

Wilhelm v. Gottberg dankte Innenminister Rech auch für seinen Einsatz hinsichtlich der Abwehr der Initiative des Bundesinnenministeriums im Frühsommer, wonach Vertriebene aus den fröh-

heren Ostprovinzen Deutschlands als im Ausland Geborene erfasst werden sollten.

Die beiden Vertreter der LO informierten den Innenminister auch über die Gründung und die Arbeit des Europäischen Vertriebenenverbandes (EUVV). Innenminister Rech, in dessen Zuständigkeitsbereich auch die Fürsorge für Flüchtlinge und Vertriebene angesiedelt ist, nahm mit Interesse zwei Ausgaben der Preußischen Allgemeinen Zeitung entgegen. Man vereinbarte, das Gespräch zu gegebener Zeit fortzusetzen. PAZ



W. v. Gottberg, Uta Lüttich und Minister Rech Bild: IMBW

Schlagabtausch

Fall Mannichl immer noch dubios

Vor einem Jahr wurde der frühere Passauer Polizeichef Alois Mannichl Opfer einer Messerattacke. Fest steht, dass Mannichl sich im rechtsradikalen Milieu Feinde gemacht hatte und dass er ernsthaft verletzt wurde.

Fast alles andere ist bis heute unklar und dubios: Ein »rechter« Täter mit der behaupteten auffälligen Tätowierung wäre schnell identifiziert worden, auch gab es Verwirrung um das angeblich vom Opfer selbst vor der Haustür ausgelegte Lebkuchenmesser.

Dass der Fall auch innerhalb von Polizei und Justiz zu anhaltenden Spannungen geführt hat,

belegt der neueste öffentliche Schlagabtausch Mannichls und des zuständigen Staatsanwaltes Helmut Walch: Mannichl war den Ermittlern vor, die Sicherung von möglichen DNA-Spuren unter seinen Fingernägeln nach dem von ihm behaupteten Kampf mit dem Angreifer unterlassen und

ihn mit falschen Angaben öffentlich ins Zwielicht gerückt zu haben. Walch konterte nun, »dass sich Herr Mannichl in seinen Vernehmungen nicht widerspruchsfrei verhalten« habe – etwa hinsichtlich der Tatwaffe. Mannichl wurde unterdessen ins Polizeipräsidium Straubing versetzt. PAZ

Kollateralschäden im Kampf gegen Rechts

MELDUNGEN

Fälschung gegen das »Zentrum«

Berlin - Mit immer härteren Bandagen wird die Berufung von Erika Steinbach (CDU) in den Beirat des Vertriebenenzentrums bekämpft. Am 8. Dezember verbreitete die Agentur dpa eine für sie angeblich nicht durchschaubare, obwohl recht plump aufgemachte Fälschmeldung eines Berliner „Aktionskünstlers“ namens Philipp Ruch. Der hatte auf der totalgefälschten Internetseite www.bundesstiftung-fluchtvertriebung.de und per Mail verbreitet, der Einfluss Steinbachs auf die Stiftung solle durch eine „Neustrukturierung“ des Stiftungsrates geschwächt werden. Der Rat solle um drei Mitglieder erweitert werden. Nichts davon traf zu. K.B.

Die PAZ verschenken

Seit wenigen Tagen gibt es das Geschenkabonnement der Preußischen Allgemeinen in zwei Varianten: Als klassisches Jahresabo zum Preis von 108 Euro sowie - ganz neu - als Vierteljahresabo. Das Jahresabonnement ist im Grunde ein 52-faches Weihnachtsgeschenk; da der Schenkende eine wertvolle Prämie oder wahlweise 50 Euro bekommt, kostet es ihn „netto“ nur 58 Euro. Das dreimonatige Abo wiederum kostet den Gönner nur 18 statt 27 Euro: Den dritten Monat gibt es als Dreingabe. Wir ermutigen unsere Leser, Freunde und Bekannte, Enkel oder auch Großeltern mit diesem Angebot auf die PAZ aufmerksam zu machen. Auch bisherige Zweit-, Dritt- und Viertel Leser der Zeitung kann man mit einem Abo eine Freude machen: Sie erhalten das Blatt dann künftig früher und sozusagen taufisch. Darum: Schnell noch zugreifen unter (040) 4140-0842 oder per Mail an: vertrieb@preussische-allgemeine.de. PAZ

Die Schulden-Uhr: 144 Milliarden

Erst wenige Wochen im Amt muss Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) schon einen Negativrekord verkünden: die Neuverschuldung des Bundes von 100 Milliarden Euro für das Jahr 2010. Und es kommt noch dicker, denn Länder, Kommunen und Gemeinden rechnen mit zusätzlichen 44 Milliarden Euro an Neukrediten. 144 Milliarden Euro öffentliche Schulden sind also für 2010 vorgesehen. Sollten die derzeit für Schuldner traumhaft niedrigen Zinsen wieder steigen, müssten weitere Schulden her, um allein die Zinsen der Altschulden zu bedienen. Derweil lechzen die Sozialkassen nach weiteren Zuschüssen aus dem Bundeshaushalt. Allein die Rentenversicherung soll 2010 81 Milliarden Euro erhalten, womit sich ihre Zuschüsse innerhalb von 25 Jahren vervielfacht haben. Bel

1.648.701.596.174 €

Vorwoche: 1.645.963.244.147 € Verschuldung pro Kopf: 20091 € Vorwoche: 20058 €

(Dienstag, 15. Dezember 2009, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Die Tageszeitungen in der Krise

Ruf nach Staatshilfen jetzt auch hier - Wochenzeitungen behaupten sich - PAZ mit leichtem Zuwachs

Während sich die Wochenzeitungen halten, hat sich der dramatische Abstieg der Tageszeitungen verschärft. Der Verleger Neven DuMont fordert nun staatliche Hilfe für die Branche. Andernfalls könnte es in 15 bis 20 Jahren in der westlichen Welt „keine Tageszeitung mehr geben“.

Das Internet, geänderte Gewohnheiten und die Wirtschaftskrise setzen den Tageszeitungen schwer zu. Nur wenige unter 35-Jährige haben noch eine Tageszeitung abonniert, die Auflage schrumpft rapide. Das Internet hat die Tagespresse in die Zange genommen: Der Wettlauf um die neueste Nachricht ist für sie nicht mehr zu gewinnen. Außerdem ist das Kleinanzeigengeschäft „auf Nimmerwiedersehen“ ins Internet abgewandert. Auch die anderen Teile des Anzeigengeschäfts brechen weg. Allein zwischen 1998 und 2008 (jeweils im vierten Quartal) sank die verkaufte Gesamtauflage um gut 19 Prozent, die Anzeigenerlöse um etwas über 25 Prozent.

Pessimisten verweisen hinsichtlich der Zukunft der Tagespresse auf die USA: Nach dramatischen Auflagerrückgängen schon seit den 90er Jahren ist ihre Verbreitung allein zwischen April und September 2009 nochmals um fast elf Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum eingebrochen - trotz des Bevölkerungswachstums in den USA. Die Massenentlassungen unter Journalisten haben ein Ausmaß erreicht, das nur noch mit den Bankern vergleichbar ist. Vor allem aber: Die Tagespresse hat ihre einst dominierende Position in der politischen Meinungsbildung verloren, das Internet ist hier auf Platz 1 gerückt.

Soweit ist es in Europa noch nicht, doch auch hier ist die Medienlandschaft in einem tiefgreifenden Umbruch: Während die deutschen Wochenzeitungen ihre Gesamtauflage von knapp

zwei Millionen Exemplaren seit Jahren halten können, brechen auch hier die Tageszeitungen ein.

Die Folge ist ein rigoroser Sparzwang, der die Titel immer austauschbarer macht und die Probleme womöglich eher verstärkt. Dass die traditionell linksintellektuelle „Frankfurter Rundschau“ inzwischen dieselben Wissensschatz- und Medienseiten bringt wie die „Berliner Zeitung“, obwohl sie ganz andere Leser hat, mag noch funktionieren. Doch im April sollen auch die Wirtschafts- und Politikredaktionen beider Blätter weitgehend verschmelzen. Ob das die Leser akzeptieren, ist offen, sicher ist: Die Zeitungslandschaft verliert ein Stück Originalität, die Bundespolitik ein Stück öffentliche Begleitung und Kontrolle. Das Beispiel dieser „unsichtbaren Fusion“ zweier großer Blätter steht dabei nur beispielhaft. Überall bei den Tageszeitungen wird gekürzt und gestrichelt, verkleinert und ausgelagert.

Der Altverleger Alfred Neven DuMont hat nun angesichts der bedrohlichen Lage Hilfe der Poli-

tik gefordert. Wenn es so weitergehe, könnte es in 15 oder 20 Jahren in der westlichen Welt „keine Tageszeitung mehr“ geben, warnte er in seinen Zeitungen. Dies wiederum würde für die politische Elite „einen weitgehenden Freibrief in ihren Aktionen bedeuten“, meint DuMont. Der Staat müsse deswegen das bedrohte „Kulturgut Zeitung“ schützen.

DuMont will Geld vom Staat, Dirk Ippen mehr Heimatbezug

Andere Länder hätten bereits reagiert: Großbritannien verzichte auf die Mehrwertsteuer für Zeitungen und Frankreich finanziere für mehrere 100 Millionen Euro Freiabonnements, vor allem für junge Leser.

Wenn DuMont erklärt, es sei nach dem Vorbild anderer europäischer Nationen „zu fordern, dass die deutsche Politik zielstrebig ein eigenes Programm auf-

legt“, dann hat das einen pikanten Beigeschmack: Der 82-Jährige ist nämlich nicht nur Ehrenvorsitzender des Bundesverbands der Deutschen Zeitungsverleger (BDZV), sondern auch Aufsichtsratschef der M. DuMont Schauberg-Gruppe (MDS). Dieser Konzern verlegt unter anderem die erwähnten Blätter „Frankfurter Rundschau“ und „Berliner Zeitung“, außerdem den „Kölner Stadt-Anzeiger“ und die „Mitteldeutsche Zeitung“.

Die Tatsache, dass DuMont offensichtlich nicht nur als „elder statesman“ für eine bedrohte Branche redet, sondern unmittelbar das eigene Geschäft im Blick hat, bedeutet freilich nicht, dass die Sorgen über die Verarmung der Medienlandschaft unbegründet wären. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es nur noch wenige Tageszeitungen mit - stark ausgedünnter - Vollredaktion, die unmittelbare Folge ist eine Verarmung des politischen Lebens mit ungunstigen Folgen für die Landespolitik. Umgekehrt gab es in Bayern jahrzehntelang eine unfreiwillige

Symbiose zwischen der CSU und der „Süddeutschen Zeitung“. Letztere berichtete meist überkritisch über auch gerade Unregelmäßigkeiten bei der von ihr ungeliebten Partei, die die absolute Mehrheit gepachtet zu haben schien. Dies zwang die CSU zu „preußischer Korrektheit“, aber nicht aus Tugendhaftigkeit, sondern nur aus Furcht vor der nächsten Breitseite der „SZ“. Dem Land kam es zu Gute.

Just an dieser Stelle ist der Hilferuf DuMonts besonders unlogisch: Wie soll politische Kontrolle ausgerechnet von Zeitungen ausgeübt werden, die staatlich gefördert werden? In der aktuellen Diskussion musste DuMont denn auch einräumen, dass diese Aufgabe nicht zuletzt von kritischen Wochenblättern ausgeübt wird. Tatsächlich sind diese von der Zeitungskrise bisher kaum betroffen, weil sie im sich immer schneller drehenden Informationsstrudel des Internets Orientierung bieten und nicht dem Zwang des Kampfes um Aufmerksamkeit im Sekundentakt unterliegen.

Dirk Ippen, einer der erfolgreichsten deutschen Zeitungsverleger, beschreibt Zeitungen ganz in diesem Sinne als „Solidarsysteme“. Der Leser müsse sich mit „seiner“ Zeitung identifizieren können, und dafür sei regionale Verwurzelung entscheidend: „Der Redakteur muss sich mit der Region identifizieren. Und das muss im Text spürbar sein.“ Das gelte selbst in Beiträgen über Reden der Kanzlerin: „Der regionale Blick in die Welt ist doch trotzdem anders.“ In gewisser Weise stellt die Preußische Allgemeine übrigens den Versuch dar, dieses Konzept mit dem untergegangenen Staat Preußen und der in ihrem gewachsenen Gepräge nicht mehr existierenden Region Ostpreußen umzusetzen. Ihre Auflage ist zuletzt wieder leicht gestiegen. Konrad Badenheuer



Der Griff zur Tageszeitung wird immer seltener: Vor allem junge Menschen bevorzugen das Internet. Bild: pa

Betrugsverdacht

Investor Burlakow sitzt in Moskau in Haft

Dem ehemaligen Käufer der Wadan-Werften, Andrej Burlakow, wird in Moskau ein Prozess wegen Veruntreuung von Staatsgeldern gemacht. Schon 2008, als der Investor dem norwegischen Konzern Aker Yards die marode Werft für den ungewöhnlich hohen Kaufpreis von 250 Millionen Euro abkaufte, kamen Zweifel an seiner Seriosität auf. Die deutsche Regierung stand dem Verkauf skeptisch gegenüber, weil sie Massenentlassungen befürchtete. Doch Burlakow gelang es, die Deutschen da-

Jussufow bemüht sich um Schadensbegrenzung

von zu überzeugen, dass Bestellungen der Gas-, Metall- und Öligiganten aus Russland die Auftragsbücher der Werften in Wismar und Rostock-Warnemünde füllen würden. Die Investitionsfirma FLC West ist ein von Burlakow mitgegründetes Tochterunternehmen des staatlichen Leasingkonzerns FLC. Dessen Mittel sind für die Subventionierung des russischen Flugzeugbaus vorgesehen. FLC West war börsennotiert und große europäische Banken wie ING, Credit Suisse und die deutsche Bank hielten Obligationen des Unter-

nehmens. Nachdem der Skandal um die Werften zur Chefsache zwischen Merkel und Medwedew geworden war, ermittelte die Moskauer Staatsanwaltschaft seit Sommer gegen Andrej Burlakow. Gelang ihm im November noch die Flucht, so konnte er Anfang Dezember festgenommen werden.

Ihm wird betrügerischer Bankrott in mehreren Fällen vorgeworfen. Mit der Vergabe ungedeckter Kredite an Briefkastenfirmen im Ausland soll er die Leasing-Gesellschaft FLC West

und später die Wadan-Werften in den Konkurs getrieben haben. Insgesamt soll er 33,6 Millionen Euro unterschlagen haben, die er unter anderem für den Kauf der heutigen „Nordic-Werften“ in Wismar und Warnemünde verwendete. Der neue Eigentümer Witalij Jussufow, Sohn des ehemaligen Energieministers, ist um Schadensbegrenzung und um seine Glaubwürdigkeit bemüht. Er stellte neue Aufträge, über die zur Zeit noch verhandelt werde, und Arbeit für 1600 Menschen in Aussicht. M. Rosenthal-Kappi

Kein bisschen weise

Ein Kommentar von Dr. Wolfgang Thüne zum Weltklimagipfel

Rund 15000 Delegierte und Staatsmänner haben in Kopenhagen versucht, im 15. Anlauf den Klimagipfel zu erstürmen. Vom Gipfel aus wollten sie dem Klima den Zwei-Grad-Weg weisen, um die Klimakrise zu verhindern. Doch die Spitze war von Wolken umhüllt, so dass sie die Klimakrise nicht zu Gesicht bekamen. Man hätte die teure Reise nach Kopenhagen absagen können, hätte man das neueste Buch von Al Gore gelesen. Darin beschreibt Al Gore die Klimakrise als „abstraktes Gespenst“, das unsichtbar sei und sich zudem verkleidet hätte.

War nun der Klimagipfel ein abgekartetes Spiel, ein lustiges Happening, auf dem Ressourcen verantwortungslos verschwenden wurden? Diese Frage müssen die Beteiligten vor ihrem Gewissen beantworten. Eines lässt sich mit absoluter Gewissheit sagen: Am Wettergeschehen auf dem Erdenrund wird sich auch nach dem Gipfel nichts ändern. 15000 Kluge Köpfe haben 14 Tage ihre klugen Hirne zermartert über das „abstrakte Gespenst“, haben in den wohlklimatisierten Räumen des „Bella Center“ heiße Scheindebatte ausgefochten und alle möglichen

Gefahren herunterbetet, aber das Thema verfehlt. Das Klima hat ein Fundament, es heißt Wetter. Natürlich kann man vom hohen Klimaross herab große Töne spucken und mit frommen Sprüchen die Rettung der Welt predigen.

Die „Wettergeister“ werden dem ängstlichen Klimagezeter amüsiert zuhören und milde über den Aufstand der Zwerggeister lücheln. Der

Das Wetter bestimmt über Regen und Sonnenschein

Mensch wird sich wie seit Urzeiten dem Wetter fügen und unterordnen müssen. Ihm wird das chaotische Verhalten des Wetters ein Rätsel bleiben. In den Wetterablauf kann der Mensch nicht eingreifen, ihm fehlen die energetischen Mittel. Das Wetter wird angetrieben von der Sonnenenergie. Das Wetter bestimmt, wann wo und wie stark der Wind weht. Das Wetter bestimmt, welche Wolken am Himmel sind und wann es wie viel regnet. Das Wetter bestimmt, wie warm oder kalt es ist. Das Wetter bestimmt die Zahl der

Sonneneinstrahlung. Das Wetter bestimmt das Wachstum der Pflanzen und Bäume. Das Wetter bestimmt das Angebot an „erneuerbaren Energien“. Es bestimmt auch unsere Laune.

Doch den ganzen Ärger und Frust über das selbstgefällige und ungehorsame Verhalten des Wetters hat man in Kopenhagen verdrängt. Stattdessen erhebt sich eine gläubige Sekte von Klimaschützern in gottloser Selbstgefälligkeit wie unendlicher Großmännlichkeit über die Erde, um im Rausch eingebildeter Allmacht dem Globalklima den Pfad der Tugend zu weisen. Welch grenzenlose Hybris! Dabei wäre den sechs Milliarden Erdenbewohnern schon sehr geholfen, wenn die Wettervorhersagen etwas besser würden. Doch die Realität wird ausgeblendet. Man verspricht ein virtuelles Klimaparadies auf Erden. Die Jagd nach dem „abstrakten Gespenst“, das Spiel mit den Klimaängsten wird weitergehen, allein aus politischer Trägheit. Und den hohen medialen Unterhaltungswert sollte man auch nicht unterschätzen. Doch wer zahlt am Ende die Vergnügungssteuern?

Der Autor ist Meteorologe und stellv. Sprecher der LO.

Große Klappe, nichts dahinter

Von HARALD FOURIER

Ein robuster und sparsamer Golf Diesel ist in dieser Woche auf den Schrottplatz gekommen. Obwohl ich gerne noch einige Jahre damit gefahren wäre, habe ich die Abwrackprämie kassiert und im September ein neues Fahrzeug bestellt. In die Berliner Innenstadt hätte ich ab Januar wegen der roten Plakette am alten Wagen nicht mehr fahren können. Der Senat hat eine EU-Regel vorzeitig umgesetzt, so dass Tausende von Berliner Autofahrern jetzt ihr Fahrzeug verschrotten oder verkaufen müssen. Was für ein Wahnsinn an Kapitalvernichtung!

Eine Klage von Betroffenen gegen die endgültige Einführung der „Umweltzone“ zum Jahreswechsel wurde vor einer Woche abgewiesen. Der Richter soll laut „BZ“ in seiner Begründung gesagt haben, der Klimaschutz stelle ein „überragendes öffentliches Interesse“ dar. In Wirklichkeit hat die Umweltzone, die eine Senkung der Feinstaubbelastung bewirken soll, gar nichts mit dem so genannten „Klimaschutz“ zu tun – aber was spielt das für eine Rolle?

Der Senat will beim Klima ganz vorne mitmischen, er feilt sogar an einem eigenen „Berliner Klimaschutzgesetz“. Da sind solche Details nur lästig. Pünktlich zur Konferenz von Kopenhagen hat Klaus Wowereit auch noch eine Erklärung mehrerer Bürgermeister mit unterzeichnet, in der sogar die Einführung einer weltweiten Klimabehörde gefordert wird.

Aber wie sieht denn die Bilanz der Stadt wirklich aus? Vergessen wir mal die berechtigte Skepsis gegenüber den erneuerbaren Energien, die uns alle furchtbar viel kosten – und messen wir den Senat an seinen eigenen Maßstäben: Siehe da, Berlin sieht ganz schön alt aus, zum Beispiel, was die erneuerbaren Energien angeht.

Natürlich hat es ein Stadtstaat schwer, hier mit großen Flächenstaaten zu konkurrieren. So gibt es nur ein einziges Windrad in Berlin. Bei Solarenergie wäre aber mehr drin, doch auch da hinkt die Stadt gewaltig hinterher, was angesichts der eigenen „Klima“-Propaganda reichlich inkonsequent erscheint. Berlin liegt, was die Einspeisung von Ökostrom angeht, auf dem drittlezten Platz. In Bayern wurden in diesem Jahr Solarstromanlagen mit einer Gesamtleistung von 575 Megawatt installiert. In Berlin waren es mickrige drei Megawatt. Und das, obwohl in Berlin nie so viel gebaut wurde wie in den vergangenen Jahren. Wie viele Dächer wurden in der Hauptstadt neu gedeckt, hätten mit Sonnenkollektoren ausgestattet werden können? Der Vorgang bestätigt die verbreitete Kritik an Wowereits rot-rotem Senat: große Klappe, nichts dahinter.

Körtings Flucht nach vorne

Berlins SPD-Innensenator erklärt Linksextreme zu »rot lackierten Faschisten«



Die Verflechtung von Linkspartei und gewaltbereiter Linker wird zur Belastung für die rot-rote Senatskoalition: „Antifaschisten“ auf dem Marsch durch Berlin, Sommer 2009

Bild: action press

Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD) kämpft derzeit an mehreren Fronten: Er soll sich konsequent gegen permanent verschärfende linksextreme Gewalt einsetzen. Dabei will er aber weder den Koalitionspartner Linkspartei beschädigen noch in Konflikt mit seinem eigenen Weltbild kommen: dem Kampf gegen Rechts.

Berlins Opposition kann sich kaum beklagen, im Innensenator ein langweiliges Gegenüber zu haben. Die wiederkehrenden Mai-Krawalle erklärte der stets um Verständnis bemühte Jurist dieses Jahr so: „Das ist wie bei Sexualdelikten – ist die Frau erst mal ausgezogen und vergewaltigt, dann fällt es anderen leichter, auch mitzumachen.“ Aktuell steht Körting wegen einer Äußerung zu „rot lackierten Faschisten“ in der Kritik.

Ein Auslöser von Körtings Ausfall ist der Berliner FDP-Rechtsexperte Sebastian Kluckert. Er gehört seit langem zu den schärfsten Kritikern des Senators – sei es in der Frage von Volksgehören oder beim Skandal um Drogen schmuggel in Berliner Strafanstalten im Jahr 2007. Seit der Serie von Brandanschlägen und linker Gewalt kommt Körting nicht mehr aus der Schusslinie. Ende November warf Kluckert ihm „hilfloses Agieren“ gegen linke Gewalt vor. Die Studie des Berliner Verfassungsschutzes „Linke Gewalt in Berlin“ war gerade erschienen, da fragte Kluckert nach Verbindungen der autonomen Gewalt-Szene in die Linkspartei – das zielt ins Herz von Rot-Rot.

Tatsächlich melden parallel zum hektischen Bemühen des rot-roten Senats, Aktivität gegen Linksextreme zu zeigen, Linkspartei-Politiker wie Evrim Baba regelmäßig Demonstrationen an, bei denen es zu gewalttätigen Übergriffen kommt. Bei der ebenfalls von ihr angemeldeten Demo am 21. November wurden Polizisten verletzt. Polizeipräsident Dieter Glietsch sagte nebulös, „gewisse Leute“ hätten die Kundgebung „missbraucht“. Die Initiatorin und Linke-Abgeordnete Baba beharrt unbeirrt auf gemeinsamen Aktionen mit gewaltbereiten Linken.

lass von Körtings verbalem Befreiungsschlag ist allerdings nicht nur der Druck der Opposition. Vielmehr spitzt sich die linke Gewalt zu: Zeitgleiche und womöglich abgestimmte Angriffe Links-Autonomer auf das Bundeskriminalamt in Berlin-Treptow und eine Polizeiwache in Hamburg eröffneten eine neue Dimension der Gewalt. In Hamburg war eine Polizistin aus ihrer Wache gelockt und mit Steinen beworfen worden. Zwei Polizeiautos wurden angezündet. Ein Bekennerschreiben verweist auf die linksautonome Szene, so die Ermittler – Tötungsabsicht in-

diesmal zur autonomen Gewalt am 1. Mai und von der Freien Universität erstellt, soll zur Aufklärung beitragen, kündigt der Innensenator an. Denn: Täter und Unterstützer treten bei bisherigen Äußerungen Körtings kaum auf. Milieus, Stimmungen, der Kiez – dort liegt das offizielle Erkenntnisinteresse. Kritiker spotten, Körting verstehe alles, tue aber nichts.

Seine Wendung zu Schumacher könnte laut Beobachtern statt eines Tadelns auch ein Angebot an die Linke enthalten: Wir erklären die Autonomen gemeinsam zu „rot Lackierten“, also zu Nazis, womit die Sache unter den „Kampf gegen Rechts“ fielen. Koalitionssriede und Weltbild ließen sich so wieder in Einklang bringen. Die Linke müsste sich dafür allerdings von den Autonomen abnabeln, wozu sie erkennbar nicht bereit ist.

Erfolge im Aufsäubern der Täter bleiben derweil gering, was Nachahmungstäter auf den Plan ruft. Diese verschwommen linken Mitläufer machen die Szene unübersichtlicher. Das Unübersichtliche nutzt Körting: Ein Bundespolizist und ein türkischer Familienvater, die er als Beispiele der Steinwerfer vom Mai nannte, gehörten jedenfalls nicht zur linken Szene, stellt er fest. Sein Kampf für die Ächtung linksextremem Gewalt soll somit weiterhin als Kampf ohne klar umrissenen Gegner geführt werden. An eine Koordination oder bundesweite Zusammenarbeit Linksextremer glaubt der Senator nicht: „Die gibt es nicht mal in Berlin.“ *Sverre Gutschmidt*

Indem er die Linksautonomen zu »Nazis« erklärt, könnte Körting den Kampf gegen sie als »Kampf gegen Rechts« verkaufen

„Linke Freiräume schaffen gegen Nazis, Staat und Kapital“ war das Motto der von ihr angezielten Aktion. Seit her steht Kluckerts Vorwurf, Körting schone den roten Koalitionspartner unbeantwortet im Raum. Jüngst erneuerte der Liberale seine Kritik.

Körting und die SPD gingen in der Sache lange nicht darauf ein. Stattdessen warf der Senator Kluckert pauschal „Brunnenvergiftung“ vor. Doch jetzt trat Körting mit einem verbalen Ablenkungsmanöver gegen „rot lackierte Faschisten“ die Flucht nach vorn an, zitierte den Behauptungswillen der SPD Kurt Schumachers aus den Nachkriegsjahren gegen Linksextreme. An-

klusive. Drei Tage später wollte sich Körting mit dem Faschisten-Vergleich Luft verschaffen.

Im Innenausschuss des Abgeordnetenhauses sagte er, der Begriff „trifft auch auf Teile der linksextremen Szene zu“ und: „Ich meine, dass eine demokratische Partei es sich nicht leisten kann, auch nur in Teilbereichen ein gebrochenes Verhältnis zu Gewalt zu haben.“

Körting vermeidet indes nach wie vor direkte Kritik an der Linkspartei. Linke-Landeschef Klaus Lederer nahm diese Rücksicht gern auf und beteuerte: „Da gibt es weder offene noch heimliche Sympathie.“ Eine neue Studie,

Berlin von oben

Entwickler planen Seilbahn im Zentrum

Ende 2011 könnte – wenn es nach dem Willen der Initiatoren geht – Berlin um eine Attraktion reicher sein. Schaulustige und Touristen würden dann von einer innerstädtischen Seilbahn angelockt werden, die den Hardenbergplatz am Bahnhof Zoo mit dem Alexanderplatz verbindet.

Auf zehn bis elf Stelen soll die Seilbahntrasse auf einer Länge von etwa drei Kilometern verlaufen, und in 35 Metern Höhe die Zentren der Hauptstadt verbinden. Die Projektentwicklungsgesellschaft Prohacon und der Vorstand der AG City West stehen hinter dem Unternehmen und haben auch bereits eine Rentabilitätsprüfung durchführen lassen. Hiernach würde sich der Betrieb lohnen, wenn mindestens 2000 Fahrgäste pro Stunde das neue Verkehrsmittel nutzen. Elf Minuten würde die Fahrt dauern, so schnell ist die Strecke im Auto kaum zu schaffen. Seilbahnen in

Innenstädten sind keine Neuheit: Im spanischen Barcelona können Besucher seit Jahrzehnten von einer etwa anderthalb Kilometer langen Seilbahn Hafen und Stadt von oben bewundern.

Unterstützung erhielt der Vorstoß von Burkhard Kieker, Geschäftsführer der Berlin Tourismus Marketing (BTM). Für die 15 bis 18 Millionen Euro teure Bahn wurden bereits private Geldgeber aufgetan. Was nun noch fehlt, ist die Genehmigung der zuständigen staatlichen Stellen.

Doch genau hier hakt es: In Stadtentwicklungsenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) haben die Seilbahn-Freunde eine entscheidende Gegnerin gefunden. Sie findet das Ganze indes „städtetypologisch völlig inakzeptabel“. Nun hoffen die Initiatoren auf den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD), dem nachgesagt wird, dem Projekt positiv gegenüberzustehen. *Hans Lody*

Kampf um die Kuppel

Der Streit um den Schlossbau geht in die nächste Runde

Der Berliner Stadtschlosswiederaufbau und dessen italienischer Architekt Franco Stella bleiben von Kritikern umlagert – jetzt geht es um die Kuppel und damit um die Frage der Gesamtkosten.

Der Universitätsprofessor Stella ist der Gewinner des Wettbewerbs um die Neu-Errichtung. Er ist ein Freund des für kritische Rekonstruktion bekannten Berliner Ex-Senatsbaudirektors Hans Stimmann. Stella startete für die Konkurrenz als großer Unbekannter und gilt zugleich als Glücksgriff der Aufbau-Befürworter, die sich wie er nicht mit minimalen Zitatzen an das Original zu Friedengedenken wollen. Erst vor wenigen Tagen entschied das Oberlandesgericht Düsseldorf, dass Stella in Berlin weitermachen darf (PAZ berichtete): Sein Vertrag muss lediglich neu geschlossen werden. Damit ist eine von Konkurrenten erwirkte Entscheidung des Bundeskartellamtes ge-

gen Stella zwar nicht aufgehoben, doch ist seine Leitung des Projekts vorerst nicht mehr in Gefahr.

Dennoch setzt sich Stella für möglichst viele stützende Bestandteile des einstigen Barock-Ensembles ein. Im Oktober sagte er, sein Entwurf lasse

Berliner Architekten fürchten billige »Sparkassen-Lösung«

durchaus zu, die 1845 errichtete Kuppel neu erstellen zu lassen. Stella spricht von „Weiterbauen historischer Gebäude“ – inzwischen auch auf deutsch: „Die Kuppel und das Portal im Eosandhof sollten realisiert werden, auch wenn ihr Dekor im jetzigen Budget nicht enthalten ist.“ Die Kuppel gilt unter Architektur-Experten als Höhe- und Gliederungspunkt der Fassade.

Seit Wochen kritisiert Stella die vom Bund gesetzte Kostengrenze von 550 Millionen Euro für das gesamte Bauvorhaben. Wenigstens die bedeutendsten Innenräume möchte er neu in alter Form erstellen, daher gelte es, die bisherige Kalkulation zu überdenken, so der Architekt. Bundesbauminister Peter Ramsauer kontert, er halte zwar am Wiederaufbau-Beschluss des Bundestages fest, aber auch an den veranschlagten Kosten. Wer mehr wolle, müsse sagen, woher das Geld kommen solle, so der CSU-Politiker.

Mit dem „Humboldt-Forum“ als „Ort der Weltkulturen“, das den Bau beziehen soll, ist auch im Inneren Ehrgeiziges geplant. Von einem „Berliner Louvre“ ist die Rede – eine Art „Sparkassen-Lösung“ für Außen halten daher viele Berliner Architekten für unzumutbar und fordern den Bund auf, die Finanzierung zu überdenken. *SV*

LfV-Agentin unter Anklage

Die Berliner Staatsanwaltschaft hat Anklage erhoben gegen eine siebenköpfige Gruppe, die von Herbst 2008 bis zu ihrer Verhaftung im März 2009 einen nationalsozialistischen Internet-Sender betrieben haben soll. Dort seien übelste extremistische Texte verbreitet und mit Parolen wie „Heil Hitler“ und „Sieg Heil“ versehen worden. Pikant ist, dass sich mit der 31-jährigen Sandra F. unter den Angeklagten eine Agentin des niedersächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) befindet. Die zweifache Mutter spionierte ab Herbst 2007 für 300 Euro monatlich unter dem Decknamen „Doris König“ bei der „Deutschen Volkunion“ (DVU), war an ihrem Heimatort Soltau Ortsvorsitzende der Partei. Der Verfassungsschutz bestreitet, von der Tätigkeit seiner V-Frau bei dem Sender gewusst zu haben. Sandra F. hingegen will noch drei Tage vor ihrer Festnahme ihrer Führungsbeamtin davon berichtet haben. *HL/H.H.*

Zeitzeugen



Egon Flaig – Der Professor für Alte Geschichte in Rostock geht keinem Streit aus dem Weg. Mit seinen Forschungen über die Muslime als Sklavenhalter hat er Widerspruch bei denen ausgelöst, die den Islam für tolerant und friedlich halten. Derzeit diskutieren die Historiker noch friedlich.

Andreas Eckert – Der Afrika-Historiker an der Berliner Humboldt-Universität bedient den politisch korrekten Mainstream. In der „Zeit“ kritisiert er Flaigs Buch als „Schwarzbuch des Islam“. Dessen Thesen seien steil und wenig belegt. Flaig provoziere Fassungslosigkeit. Skrupellos arbeite sein Kollege mit Pauschalangaben. Mit eigenen Forschungen über die Geschichte der Sklaverei kann Eckert allerdings nicht aufwarten.



Benjamin Skinner – Der US-Autor wuchs in Nigeria auf. Schon als Kind kam er somit in Kontakt mit der Geschichte der Sklaverei. Doch früh lernte der 1976 Geborene, dass Sklaverei nicht der Geschichte angehört. Seine ersten Begegnungen mit Sklaven machte der Autor des Buches „Menschenhandel“ 2003 im Kriegsgebiet in Sudan, wo er als Korrespondent für „Newsweek International“ arbeitete. Er ist gegen den Freikauf von Sklaven, da dieser die Sklavenjagd lukrativ mache.

Moctar – Der ehemalige Sklave stammt aus Mauretanien. Vor 15 Jahren floh er, erst in den Senegal, dann weiter nach Libyen, wo er Medizin studierte. Benjamin Skinner traf ihn in New York und war von Moctar beeindruckt. Dieser leitet mittlerweile eine Anti-Sklaverei-Organisation. Ihm gelang der vielleicht schwierigste Schritt: Ein neues Leben aufzubauen und für die Freiheit anderer zu kämpfen.



Henriette Akofa – „Keine Zeit für Frauen – mein Leben als Sklavin in Paris“ heißt ihr 2004 erschienenes Buch. Glücklicherweise ist sie in Togo auf. Doch als sie 15 Jahre alt ist, lockt eine Freundin sie mit falschen Versprechungen nach Paris. Bald erkennt Henriette, dass sie in eine Falle gelaufen ist. Ihre neue Herrin nimmt ihr den Pass weg, zwingt sie den ganzen Tag zu arbeiten und behandelt sie wie eine Gefangene. Schließlich kann sie entkommen.

Streit um Tabuthema

Bei der Ausbreitung des Islam hat die Sklaverei eine zentrale Rolle gespielt

Seit langem ist bekannt, dass bei der Expansion des Islam Menschenraub und Sklavenhandel eine wichtige Rolle gespielt haben. Neue Forschungen des Historikers Egon Flaig belegen indes das verstörende Ausmaß dieser Praktiken, die über 1200 Jahre lang zum System islamischer Eroberung und Machterhaltung gehörten. Der islamische Sklavenhandel übertraf demnach den der christlichen Länder bei weitem.

Im Rahmen des nordatlantischen „Dreieckshandels“ transportierten Schiffe westlicher Kolonialmächte zwischen 1500 und 1870 europäische Waren nach Afrika, Sklaven von Afrika nach Amerika und kehrten mit Waren aus der neuen Welt nach Europa zurück. Auf diese Weise sind rund elf Millionen Sklaven von der Westküste Afrikas nach Amerika gebracht worden. Anders der islamische Sklavenhandel: Allein von der Ostküste Afrikas wurden nach Flaigs Quellen von 650 bis 1920 rund 17 Millionen Sklaven

geraubt und weiterverkauft. Nicht mitgezählt wurde dabei der innerafrikanische Sklavenhandel über die Sahara.

Welchen Schrecken das Auftauchen islamischer Schiffe oder Reiterheere für die sesshafte Bevölkerung bedeutet hat, lässt sich heute nur noch ahnen. Die Eroberer gingen mit äußerster Brutalität vor.

Nicht „brauchbare“ Menschen wurden oftmals gleich ermordet, viele der Geraubten starben auf dem Weg zu den Sklavenmärkten.

Als Muslime von 711 bis 720 Spanien unterwarfen, versklavten sie schätzungsweise 150 000 Menschen, die dann teilweise bis nach Indien deportiert wurden. Ihre Dauerangriffe auf das damals hoffnungslos unterlegene christliche Europa führten zur Entvölkerung ganzer Gebiete in Süditalien oder dem östlichen Kleinasien. Nachdem ihr Angriff auf Konstan-

tinopel 717 zurückgeschlagen werden konnte, verheerten muslimische Armeen noch 200 Jahre lang Anatolien und Armenien. Der Sieg des fränkischen Herrschers Karl Martell im Oktober 732 zwischen Tours und Poitiers (Frankreich) rettete Mitteleuropa vor ähnlichen Zerstörungen, Plünderungen und Versklavungen.

Wenn nun der Afrika-Historiker Andreas Eckert dem Kollegen handwerkliche Fehler nachweisen will – ohne selbst in diesem Bereich ausreichend geforscht zu haben –, ist das Ziel offensichtlich. Die zentrale Aussage Flaigs soll kleingeredet und verharmlost werden: Die Sklaverei sei bis in die Gegenwart hinein ein integraler Bestandteil muslimischer Gesellschaften gewesen. Nicht um die Relativierung des abendländischen Sklavenhandels geht es Flaig, sondern um das Aufdecken eines bisher unter den Teppich der Geschichte gekehrten Skandals und mörderischen Treibens. Ohne das Vordringen westlicher Wertvorstellungen und Mächte gäbe es den islamischen Sklavenhandel wohl immer noch. Erst westliche Länder haben 1948 die weltweite Abschaffung der Sklaverei durchgesetzt. Wer das Buch liest, versteht diejenigen besser, die weltweite vor jeglicher Blauäugigkeit gegenüber dem Islam und anderen totalitären Systemen warnen. *Hinrich E. Bues*

Die Kolonialmächte beendeten den Menschenhandel



Ein Dilemma wie im Umgang mit der SED: Ein Mitarbeiter der „Christlichen Solidarität International“ (CSI) kauft im Sudan von arabischen Reitern Sklaven frei – auch wenn er diese damit womöglich zu weiterem Menschenraub ermutigt. Bild: Visum

Geißel der Menschheit

5000 Jahre Sklaverei – Auch Hochkulturen nicht frei davon

Das Wort Sklaverei leiten Forscher von dem griechischen Wort *skleto* ab, was allgemein mit „Kriegsbeute machen“ übersetzt wird. Denn genau dies ist der Ursprung der Sklaverei in sehr vielen Kulturen. Nicht Gold oder andere Gegenstände waren die begehrteste Kriegsbeute, sondern Menschen. Ob es die Kulturen der Indios, der Griechen und Römer, der Wikinger oder islamische Eroberer waren – immer nahmen sie Menschen als Beute. Die Gefangenen wurden dann als Arbeitssklaven, Eunuchen oder auch als neue Krieger eingesetzt. Oft verkaufte man die geraubten Menschen einfach auf dem nächsten Sklavenmarkt.

Die geraubten und verkauften Sklaven hatten es zwar bei ihren neuen Herren nicht immer schlecht, aber sie erlitten den „sozialen Tod“, so eine moderne Definition der Sklaverei. Sie verloren ihre Heimat, ihre Familie, das Recht etwas zu besitzen oder eine Familie zu gründen. Oft verloren sie auch ihre Religion und damit ihren Sinn im Leben und Sterben. Erstaunlich ist, dass Kulturen, die wir heute für zivilisiert halten,

wie Römer und Griechen, Sklaverei im großen Stil betrieben. Sklaven waren damals zwar nicht völlig rechtlos, aber fristeten etwa auf den römischen Galeeren ein schlimmes und trostloses Dasein. Da sie an die Ruderbänke festgekettelt waren, ertranken sie auf jämmerliche Weise, wenn das

Menschen als begehrteste Kriegsbeute

Schiff unterging. Besonders schlimm erging es auch den Männern, die unter islamischer Herrschaft zu Eunuchen umgewandelt werden sollten. Über 80 Prozent sollen nach der grausamen Entmannung gestorben sein.

Eine besondere Gruppe bildeten die Kriegersklaven. Ob ägyptische Mameluken, osmanische Janitscharen, iranische Königsknappen oder die sich aus Schwarzen rekrutierenden Delhi-Sultane, immer handelte es sich um Sklaven, die dazu ausgebildet wurden, neue Sklaven zu rauben und Länder zu unterwerfen. Nach dem Historiker

Egon Flaig bildet dieses System den Rückhalt der islamischen Eroberungszüge. Seit sich der Abbasiden-Kalif al Mutasim um 900 in Samarkand eine turkstämmige Sklavengarde zusammengekauft hatte, prägte diese Einrichtung die islamischen Herrschaften. Freilich hatte dieses System einen Nachteil: Oft erhoben sich die Sklaven mit Waffengewalt gegen ihre neuen Herren und setzten diese ab.

Während im antiken Judentum die Sklaverei ebenso verbreitet war wie im benachbarten Ägypten oder Mesopotamien, hat das Christentum den Sklaven aufgewertet. Viele Sklaven schlossen sich daher den ersten Christen an, weil sie durch die Taufe als gleichberechtigte Mitglieder, als „Brüder und Schwestern“, in der Kirche aufgenommen wurden. Erst ab 1500, zu Beginn der Neuzeit, begannen christliche Nationen zusammen mit der Ausdehnung des europäischen Seehandels und der Errichtung überseeischer Kolonien mit dem Sklavenhandel. Unter ihnen waren nicht nur spanische, britische, französische und holländische, sondern auch schwedische, dänische und brandenburgische Kaufleute. *HEB*

Sklaverei im 21. Jahrhundert – kein Märchen

Wenn Menschenrechtsaktivisten von gegenwärtig zwölf Millionen Sklaven sprechen, scheint das stark übertrieben. Doch der Zwangsarbeitsbericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) nennt genau diese Zahl. Zwar ist seit der Erklärung der Menschenrechte 1948 die Sklaverei offiziell verboten, doch ausgetrotzt wurde die Sklaverei seither nicht. Sie lebt in verdeckter Form fort. Menschenhändler setzen geschätzte 32 Milliarden Dollar mit diesem Geschäft pro Jahr um. Für 50 oder 100 Dollar werden Menschen – meist unter dem humanitären Deckmäntelchen von Bildung und Broterwerb – angekauft und dann an Bordellen, Haushalte, Fabriken verschleibt. Ein profitables Geschäft.

Indien, Thailand, Haiti und Sudan

Fünf Jahre lang bereiste der amerikanische Journalist Benjamin Skinner verschiedene Länder der Erde. Seine Berichte in dem Buch „Sklaverei im 21. Jahrhundert“ (2007) über Menschenhandel und Zwangsarbeit sind schockierend. Die moderne Sklaverei spielt sich zwar kaum noch in Mitteleuropa ab, aber dafür in Ländern wie Indien, Haiti, Sudan oder Thailand.

Auf Haiti arbeiten oft Kinder-sklaven in Haushalten oder im Sex-Geschäft. Im Sudan werden Menschen nach wie vor von Moslems geraubt und versklavt. Die christliche Hilfsorganisation CSI hat dort in den letzten Jahren 87 000 Menschen aus der Sklaverei freigekauft. In Indien besteht das System der Schuldknechtschaft weiter. In Thailand sorgen Menschenhändler für „Nachschub“ in den Bordellen. Für die oft noch minderjährigen Sex-Sklavinnen beginnt ein Teufelskreis, der nicht selten mit Aids-Infektion und dem frühen Tod der Mädchen endet. Eigentlich kein Ort für einen unbeschwertem Urlaub. *HEB*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHEENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
MIT OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. F.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; Politik, Wirtschaft: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil: Silke Osman; Geschichte, Ostpreußen heute: Dr. Manuel Ruff; Heimatarbeit, IT: Florian Möbius; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard C. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahltz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg. Für den Anzeigentil gilt: Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2006: Inland 8,30 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 Euro, Luftpost 14,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26 204 (für Vertrieb). Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der Preußischen Allgemeinen Zeitung werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnementes Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Unterlegungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittsklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der Preußischen Allgemeinen Zeitung erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der Preußischen Allgemeinen Zeitung wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: paz
Kennwort/PIN: 4327

GEZ greift nach Handy und PC

Radio und Fernsehen wollen mehr Geld – aber wozu eigentlich? – Die Rundfunkgebühr als Ersatzsteuer

Während die Bundespolitiker noch über Steuererleichterungen streiten, wollen die Länderchefs den Bürgern tiefer in die Tasche greifen – mit Hilfe der Gebührenzentrale der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (GEZ), die künftig auch für Mobiltelefone und Computer Fernseh-Gebühren kassieren soll.

sen können, dass sie sich nicht mit Hilfe irgendwelchen neuzeitlichen Geräts klammheimlich Zugang zu ARD oder ZDF verschaffen. Nach den einschlägigen Erfahrungen, die zum Beispiel der Erlanger Verein „Bürger fragen Journalisten“ in den letzten Jahren machen musste, ist ein solcher Beweis vor deut-

In der SPD-dominierten rheinland-pfälzischen Staatskanzlei, die als Koordinierungsstelle für die Medienpolitik der Länder fungiert, will man jedoch nicht ausschließen, dass eine solche eklatante Umkehr der rechtsstaatlich üblichen Beweispflicht dereinst doch noch vom Bundesverfassungsgericht ge-

Zusammenhang gleich auch an eine generelle Anhebung über die 18-Euro-Marke hinaus.

Die FDP, die aufgrund ihrer jüngsten Wahlerfolge auch zunehmend Einfluss auf die Medienpolitik der Länder nehmen kann, wartet mit einem deutlich weitergehenden Vorschlag auf. Sie will die GEZ-

„Haushalt im Sinne des RFinStV“ (Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag)? Wer hat welches Handy in der Tasche, welches Laptop im Kinderzimmer, welches Radio im auf die Schwiegermutter zugelassenen Zweitauto, welchen auch privat nutzbaren Computer im Büro? Die Liste solcher Fragen ließe sich schier endlos fortsetzen – bis hin zu der bitteren Erkenntnis, dass man, um Gebührengerechtigkeit zu erreichen, ein Ausmaß an staatlich sanktionierter Schöfferei installieren müsste, das die heutigen Praktiken des GEZ-Außendienstes deutlich in den Schatten stellen und den Aktivitäten der Stasi nahe kommen würde.

Ein weiteres Problem blieb in der aktuellen Debatte um die Gebührenpläne der Ministerpräsidenten völlig ausgeblendet: Sind die Programmangebote von ARD, ZDF und Deutschlandradio wirklich jene 726 Milliarden Euro Zwangsgebühren wert, die die GEZ im Jahr 2008 einkassierte? Braucht man wirklich so viel Geld, um das Volk zur besten Sonnabend-Sendezeit mit Gottschalk und Silberstein zu beglücken, sich von hasserfüllten Pseudokabarettisten behelzen zu lassen, wie dumm es sich mehrheitlich bei den letzten Wahlen verhalten hat, oder in seichten Vorabendserien bestaunen zu dürfen, welche Abartigkeiten zeitgemässes Liebesleben zu bieten hat? Erinnern wir uns der 80er Jahre, als um die Zulassung privater TV-Sender gestritten wurde: Waren wir da nicht alle (der Autor dieser Zeilen eingeschlossen) der Meinung, dass Konkurrenz das Geschäft belebt und die Qualität hebt? Ein schrecklicher Irrtum, wie wir heute sehen. ARD und ZDF passen sich immer weiter dem Niveau – will sagen: der Niveaulosigkeit – der Privaten an – und dafür sollen wir immer mehr zahlen? *Hans-Jürgen Mahltz*



Kann-Option: Wer einen Computer hat, kann theoretisch damit auch fernsehen.

Bild: pa

„20 Prozent auf alles außer Tiernahrung“, „25 Prozent auf alles, was einen Stecker hat“ – die flotten Werbeprospekte einer bundesweiten Baumarktkette scheinen bei den Ministerpräsidenten offene Ohren gefunden zu haben: Da kann man was draus machen, zum Beispiel GEZ-Gebühren auf alles, was einen Bildschirm hat, und sei er noch so klein.

Die 16 Länderchefs, nach dem Rundfunkgebührenstaatsvertrag (RGebStV) zuständig für die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten, sind in Krisenzeiten besonders intensiv darauf aus, neue Geldquellen zu erschließen. Eine solche glauben sie nun entdeckt zu haben – in Form internettauglicher Mobiltelefone und Computer, mit denen auch Radio- und Fernsehprogramme empfangen werden können, letztere allerdings technisch und inhaltlich eingeschränkt.

Nach heutiger Rechtslage kann die GEZ für solche „neuartigen Rundfunkgeräte“ eine monatliche Grundgebühr von 5,76 Euro kassieren, in Privathaushalten allerdings nur dann, wenn nicht bereits ein anderes Gerät angemeldet ist. Die volle Gebühr für Radio und Fernsehen hingegen liegt bei derzeit 17,98 Euro. Die Differenz von 12,22 Euro war es, die die Ministerpräsidenten hellhörig machte.

Ihre Kalkulation: Von den derzeit 32,2 Millionen privaten GEZ-„Kunden“ zahlen 2,4 Millionen nur die Radiogebühr. Offenbar gelten sie als potentielle Schwarzseher, solange sie nicht gerichtsfest bewei-

schen Gerichten kaum zu erbringen.

Wenn man, so eine der Ideen der jüngsten Ministerpräsidentenrunde, die Rundfunkgebühr einheitlich auf 17,98 Euro festsetzte, würde das allein 30 Millionen Euro pro Monat zusätzlich in die öffentlich-rechtlichen Kassen spülen. Dabei wird in Unionskreisen das Modell einer Haushaltsabgabe bevorzugt: Jeder der 40 Millionen Haushalte zahlt, sofern er nicht aus sozialen Gründen befreit ist oder beweisen kann, dass er über kein empfangsfähiges elektronisches Gerät verfügt. Optimisten errechnen Mehreinnahmen von über einer Milliarde Euro im Jahr.

kippt werden könnte. So setzt man in Mainz eher auf eine gerätebezogene Einheitsgebühr von 17,98 Euro: Wer einen internettauglichen Computer, Laptop oder Mobiltelefon besitzt, wird automatisch zum

Es geht um Millionen – Verfassung soll nicht verletzt werden

GEZ-Gebührenzahler, falls er das nicht ohnehin schon ist. Da nach diesem Modell die erwarteten Mehreinnahmen geringer ausfallen würden, denkt man in diesem

Gebühr durch eine einheitliche Medienabgabe ersetzen, die – so der medienpolitische Sprecher ihrer Bundestagsfraktion, Müller-Sönksen – „niedriger ist als die jetzige Gebühr und von jedem erwachsenen Bürger mit eigenem Einkommen gezahlt wird“. Bei diesem Modell wären in der Tat rechtsstaatliche Bedenken bezüglich der Beweislast ausgeräumt.

Bei den geräte- oder haushaltsbezogenen Modellen stellt sich vor allem das Problem einer ebenso wirkungsvollen wie rechtsstaatlich sauberen Kontrolle. Wer erfüllt die vielfältigen Kriterien einer Gebührenbefreiung aus sozialen Gründen? Wer bildet mit wem einen

Verbot: Isolation statt Integration?

Doch überleite Verbot haben auch ihre Tücken. Im Rahmen der Minarett-Debatte geriet die belgische Stadt Antwerpen in den Blick. Hier kann jede Schule selbst entscheiden, ob sie ein Kopftuchverbot erlässt. Das hatte zur Folge, dass nach und nach alle staatlichen Schulen ein Verbot erließen, da die gläubigen muslimischen Eltern ihre Töchter immer an jene Schulen anmeldeten, an der noch kein Verbot herrschte, so dass die Kopftuchträgerinnen von der Minderheit durch Zuzug zur Mehrheit wurden. Inzwischen gibt es an jeder Schule ein solches Verbot, doch nun schicken jene Eltern ihre Töchter gar nicht mehr oder nur noch auf private islamische Schulen, was zu einer weiteren Isolation führt. *Rebecca Bellano*

MELDUNGEN

Wieder für die Schulkreuze

München – Mit der Verteidigung von Schulkreuzen hat die CSU gute Erfahrungen. Nach einem Verfassungsgerichtsurteil gegen die Kreuze 1995 agierte die Partei so geschickt, dass Karlsruhe mit einer Pressemitteilung (!) sein eigenes Urteil relativierte. Nun soll der damalige Erfolg auf europäischer Ebene wiederholt werden. CSU-Landesgruppenchef Hans-Peter Friedrich jedenfalls forderte, Deutschland möge sich der Klage Italiens gegen das Anti-Schulkreuz-Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs vom November anschließen. Seine Begründung: Das Urteil unterpöbele die Grundlagen des Gerichts, „denn die Menschenrechte, über die die Richter wachen sollen, sind ja selbst aus dem christlichen Glauben entstanden“. *PAZ*

»Kriminelle« in Hamburgs SPD?

Hamburg – Fast drei Jahre nach dem kriminellen Stimmenklau und mit ein paar Wochen „Schamfrist“ nach der Bundestagswahl hat die Hamburger SPD einen Schlussstrich unter die Affäre gezogen, mit der ihr damaliger Landeschef Mathias Petersen um die Spitzenkandidatur in der Bürgerstimmwahl 2008 betrogen wurde. In der Urabstimmung fehlten plötzlich fast 1000 Stimmzettel. Da Petersen weit vorne lag, hätte ihm die Kandidatur dennoch zugestanden. Der „Skandal im Skandal“ bestand darin, dass der Landesvorstand durch geschlossenen Rücktritt dessen Kandidatur erst recht durchkreuzte. Petersen erklärte zum jetzigen „Abschlussbericht“ singamäßig, er habe mit dem Vorgang abgeschlossen, es gebe aber noch eine „kriminelle Zelle“ in der Partei. Beobachter erinnern dabei an umstrittene Praktiken des Hamburger SPD-Bundestagsabgeordneten Johannes Kahrs vor der Bundestagswahl 2009. *PAZ*

Russki-Deutsch (47):

Bolschoi

Von WOLF OSCHLIES

Das Moskauer „Bolschoi-Theater“ ist übersetzt das „Große Theater“, wie aus Presseberichten, Gastspielen bekannt ist. Womit sprachliche Feinarbeit erst beginnt: Wer in ein Computer-Suchsystem den Begriff „Groß“ eingibt, erhält Zehntausende Verweise der heterogensten Art – von „Müllabfuhr in Groß-Berlin“ bis „Groß-Serbien“. Diese Menge der Bezüge verweist darauf, dass man es hier mit einem Begriff zu tun hat, der sprachlich und inhaltlich höchst mehrdeutig ist. Diese Unklarheit wird in Sprachen wie dem Deutschen noch dadurch ausgeweitet, dass alle denkbaren „Größen“ mit dem identischen Begriff, eben „groß“, benannt werden: Ob jemand „auf großem Fuße lebt“ oder „große Ereignisse in ihre Schatten vorauswerfen“, ist sprachlich ein und dasselbe.

Andere Sprachen sind da präziser, etwa das Englische: „Big Ben“ heißt die größte Glocke am Uhrwerk des Londoner Westminster-Palace – „Great Britain“ nennt sich der Staat. Ähnlich ist es im Russischen: Von „Velikaja Rus“, dem „großen Russland“, sang die alte Hymne der Sowjetunion, und diese Größe war eine andere als die der „Bolschaja Sowetskaja Enci-

klopedija“, der „Großen Sowjet-Enzyklopädie“. Das Russische unterscheidet zwischen metrischer und meritorischer Größe, also zwischen messbarem Übermaß und verdienstvoller Aufgewöhnlichkeit. Der große Reformwar war natürlich Pjotr Velikij, seine begnadete Nachfolgerin Jekatarina Velikaja, also „Katharina die Große“ aus deutschen Landen. Gar nicht zu reden von „Velikaja Otetschestvennaja Vojna“ (Großer Vaterländischer Krieg, wie Stalin den Zweiten Weltkrieg nannte). Im Deutschen kann man diese Nuancierungen kaum nachvollziehen, gerät gar in gefährliche Nähe zu unfreiwilliger Komik: Friedrich der Große und „der große Stalin“ waren physische Winzlinge. Ob die „große Sowjetunion“ den euro-asiatischen Riesenstaat oder den „ruhmreichen Weltkriegs-Sieger“ meinte, blieb so unklar wie die Bedeutung der biblischen „großen Hure Babylon“.

Von „bolschoi“ stammt „bolsche“ (mehr). Bolsche taucht in „bolschinstwo“ (Mehrheit) auf, voraus die „Bolschewiken“ ihren Namen formten. „Mehrheitler“ hat man sie nie genannt. Das wäre sprachlich korrekt gewesen, sachlich falsch für Lenins Sekte.

Wunder Punkt

Sarrazin entfacht Kopftuch-Debatte neu

Das kommentieren wir nicht, war alles, was die Bundesbank zu den neuesten Äußerungen ihres Vorstandsgliedes Thilo Sarrazin zu sagen hatte. Der ehemalige Berliner Innenminister, der inzwischen als Bundesbanker in Frankfurt arbeitet, hatte sich zum zweiten Mal innerhalb von zwei Monaten negativ über die Integrationsbereitschaft türkischer Zuwanderer geäußert. Er hatte während einer Podiumsdiskussion ein Kopftuchverbot an Schulen gefordert und das Kopftuch als „Symbol des Machtanspruchs des Mannes über die Frau“ bezeichnet. Die Medien schnappten diese Aussagen sofort auf, und Sarrazins Gegner forderten sogar seinen Rücktritt.

Doch der von einem Präsidiumsmitglied der Islamkonferenz als „gefährlicher Prediger auf der christlichen Seite“ bezeichnete SPD-Politiker erhielt aus den Reihen seiner eigenen Partei Zustimmung. „Ich bin ein großer Fan von Schuluniformen – dann ist das Kopftuch-Thema sofort vom Tisch“, unterstützte der Neuköllner Bezirksbürgermeister, Heinz Buschkowsky, Sarrazin. Und auch die SPD-Schiedskommission, die

beurteilen sollte, ob die umstrittenen Äußerungen des Bundesbankers von vor zwei Monaten seinen Parteiausschluss zur Folge haben sollten, sah kein parteischädigendes oder ehrloses Handeln.

Der Berliner CDU-Vorsitzende Frank Henkel wies darauf hin, dass in staatlichen Schulen in der Türkei Kopftuchtragen nicht erlaubt sei. „Wir sollten das auch nicht gestatten – es ist integrationsfeindlich“, so Henkel.

Verbot: Isolation statt Integration?

Doch überleite Verbot haben auch ihre Tücken. Im Rahmen der Minarett-Debatte geriet die belgische Stadt Antwerpen in den Blick. Hier kann jede Schule selbst entscheiden, ob sie ein Kopftuchverbot erlässt. Das hatte zur Folge, dass nach und nach alle staatlichen Schulen ein Verbot erließen, da die gläubigen muslimischen Eltern ihre Töchter immer an jene Schulen anmeldeten, an der noch kein Verbot herrschte, so dass die Kopftuchträgerinnen von der Minderheit durch Zuzug zur Mehrheit wurden. Inzwischen gibt es an jeder Schule ein solches Verbot, doch nun schicken jene Eltern ihre Töchter gar nicht mehr oder nur noch auf private islamische Schulen, was zu einer weiteren Isolation führt. *Rebecca Bellano*

Weiß-blaues Fiasko

München ist als Finanzplatz ruiniert

Das neueste Debakel der Bayerischen Landesbank, die in Österreich weitere 3,7 Milliarden Euro in den Sand gesetzt hat, hat bundesweit Schlagzeilen gemacht. Viel ist nun die Rede vom bröckelnden Nimbus der CSU, deren Gewicht in der Tat bereits abgenommen hat. Weniger oft wird darüber berichtet, was diese neue Hiobsbot-

dreistelligen Millionenbereich an den Haushalt des Freistaates. Schon damals, so Neubauer, hatte es nicht an Angeboten gefehlt, in vermeintlich rentablere „neuartige“ Papiere zu investieren. „Wir haben das nie gemacht“, wies Neubauer alle Verlockungen zurück, ohne seine Nachfolger für ihre verhängnisvolle Geschäftspolitik je öffentlich zu kritisieren.

Inzwischen hat das Debakel der BayernLB Edmund Stoibers Politik des ausgehenden Haushalts geradezu pulverisiert und die Verschuldung Bayerns in weniger als zwei Jahren um die Hälfte erhöht. Der Nimbus Bayerns und der CSU ist angeschlagen, der Finanzplatz München durch das Scheitern auch der HypoVereinsbank ein Schatten seiner selbst. *K. Badenheuer*

Unter Franz Neubauer blühte die BayernLB

Neubauer, hatte es nicht an Angeboten gefehlt, in vermeintlich rentablere „neuartige“ Papiere zu investieren. „Wir haben das nie gemacht“, wies Neubauer alle Verlockungen zurück, ohne seine Nachfolger für ihre verhängnisvolle Geschäftspolitik je öffentlich zu kritisieren.

MELDUNGEN

Parteiverbot
in der Türkei

Brüssel – Nach dem Verbot der Kurdenpartei DTP durch das türkische Verfassungsgericht aufgrund angeblicher Nähe zur PKK wird die EU in innertürkische Auseinandersetzungen hineingezogen: Die DTP bereitet eine Klage gegen das Verbot vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vor. Auch Brüssel kritisiert die in die EU strebende Türkei. So lehne die EU Gewalt und Terrorismus zwar ab, allerdings sei die Auflösung politischer Parteien eine außerordentliche Maßnahme, die nur mit größter Zurückhaltung angewendet werden sollte. Die Kurden in der Türkei reagierten mit spontanen Demonstrationen auf das DTP-Verbot. *Bel*

Volle Ablehnung
aus Moskau

Moskau – Auch die Evangelisch-Lutherische Kirche Russlands unterstützt die ablehnende Haltung des Moskauer Patriarchen Kyrill I. gegenüber der neuen Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), der Hannoveraner Landesbischofin Margot Käßmann. Deren Chefsekretär bezeichnete die Wahl der geschiedenen Landesbischofin als ein „Zeichen der Krise in der westlichen Gesellschaft“. Mit der Begründung, dass Frauen nicht in der Nachfolge der Apostel stehen könnten, verweigert die russisch-orthodoxe Kirche Käßmann den direkten Dialog. Einen von Käßmann direkt an ihn adressierten Brief ließ der Moskauer Patriarch Kyrill I. von seinem Außenamtschef, Erzbischof Hilarion, beantworten. Dieser betonte zwar, dass man den Kontakt zur EKD nicht abbrechen wolle, doch „Zusammenkünfte zwischen unserem Patriarchen und dem Ratsvorsitzenden der EKD“ seien „künftig unmöglich“. *Bel*

Aufstand der verratenen Generation

Griechenland ist am Ende seiner Mogeleyen angekommen – Kauft Brüssel die Hellenen raus?

Bilder von randalierenden Jugendlichen und wütenden Polizisten bestimmen derzeit das Bild von Griechenland. Doch die Demonstrierenden haben genügend Gründe für ihren Aufstand.

Sie nennen sich selbst sarkastisch die „Generation 700“. Dahinter steckt ein niederschwermeternder Blick in die eigene Zukunft: Mehr als 700 Euro im Monat werden sie, so glauben viele junge Griechen, in ihrem Leben wohl nie verdienen.

Es ist dies nicht der dumpfe Pessimismus jugendlicher Schulabgänger, die zwischen Trägheit und Hoffnungslosigkeit hin- und herschwanken und dabei nicht selten die Wut über ihr eigenes Versagen an der „Gesellschaft“ abarbeiten. In Griechenland prallt eine Generation selbst gut ausgebildeter junger Menschen auf die Mauern einer zweigeteilten Gesellschaft.

Hier diejenigen, die keinen Zutritt mehr bekommen zum sozialen Aufstieg, dort jene, die, vom Arbeitsrecht bis zur Altersversorgung, von großzügigen sozialen „Errungenschaften“ begünstigt ein sicheres, süßes Leben führen. Was die Empörung der Jungen noch steigert: Dieser Tage müssen sie hören, dass die Schicht jener Begünstigten ihnen nicht allein die Chancen in der Gegenwart raubt, sondern dass sie sich über eine ausufernde Staatsverschuldung auch gleich noch an das Geld macht, dass die „700er“ dereinst erst noch verdienen müssten.

Mit einer Neuverschuldung in Höhe von knapp 13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) allein 2009 (Deutschland: rund drei Prozent) ist Griechenland Europameister der roten Zahlen. Die Gesamtverschuldung wird im kommenden Jahr wahrscheinlich 125 Prozent des BIP erreichen (Deutschland: 70 Prozent) und auch danach drastisch weiterstei-

gen. Die Herabstufung des Landes durch die US-Ratingagentur Fitch auf das Niveau von Südafrika hat zuletzt Gerüchte über einen möglichen Staatsbankrott ins Kraut schießen lassen.

Der träte ein, wenn die Anleger keine griechischen Staatsanleihen mehr annähmen, weil ihnen das Ausfallrisiko zu groß ist. Oder auch, wenn sie derart hohe Zinsen für die als riskant eingestuftem Papiere verlangten, dass Athen die Zinsen nicht mehr aufbringen könnte. Im Endstadium eines Staatsbankrotts treten beide Entwicklungen gewissermaßen als teuflisches Paar auf: die Angst der Anleger und darob explodierende Zinsen.

Von hoher EU-Seite in dieser Hoffnung bestärkt, verlassen sich die Griechen jedoch augenscheinlich darauf, dass die Partnerländer ihnen in einem solchen Fall schon

aus der Patsche helfen würden. Das jedoch ist zweifelhaft. Erstens fürchten viele das schlechte Vorbild: Wenn Griechenland mit seiner Schuldenmacherei durchkommt auf Kosten der EU-Partner, wie werden sich dann andere Wäk-

Athen fiel schon in
der EG negativ auf

kelkandidaten wie Irland, Portugal, Spanien oder Italien gebärden?

Zweitens ist gerade Griechenlands Verhalten in den vergangenen drei Jahrzehnten seit seinem EG-Beitritt 1981 keineswegs dazu angetan, bei den anderen Europäern starke Regungen von Solidarität zu entfachen. Just 1981 kam der Sozialist Andreas Papandreu, der Vater des erst im Oktober an die Macht gelangten Giorgos Pap-

andreu, ins Amt des Premiers. Er hatte seinen Wählern den Austritt aus der Nato und den Abschied von der EG versprochen. Bald jedoch stellte Papandreu senior fest, wie viel Geld aus Europa in seine Kassen floss.

So begrub er den Plan und verteilte mit EG-Geldern und mittels einer sprunghaft ansteigenden Neuverschuldung soziale Wohltaten an sein Volk. Die Gesamtschuld stieg von 1981 bis 1990 von 30 auf 80 Prozent des BIP.

Hauptzahler auf der EG-, dann EU-Seite war naturgemäß Deutschland. Umso größer war die Überraschung in Berlin, als Athen im Jahre 2000 Wiedergutmachungsfordernungen an Deutschland für die Zeit des Zweiten Weltkriegs stellte und ernsthaft damit drohte, im Falle der Nichtzahlung die Deutsche Schule und das Deutsche Archäologische Institut in Athen zu pflan-

den. Dabei entsprachen die Forderungen nicht einmal einem Bruchteil der Milliardensummen, die der deutsche Steuerzahler via EU seit 1981 an die Hellenen überwiesen hatte.

Erst im Juni 2002 stellte das Oberste Gericht Griechenlands fest, dass griechische Gerichte für derartige Klagen gar nicht zuständig seien, womit der Spuk ein Ende hatte. Der diplomatische Schaden war jedoch angerichtet, in der deutschen Öffentlichkeit stand Hellas als undankbar und hemungsloser Geldhahrer.

Im Bereich der EU-Balkanpolitik stellte sich Athen regelmäßig quer, zeigte oft Sympathien für Aggressor Serbien und blockierte die gemeinsame Anerkennung der Republik Mazedonien, weil es in Nordgriechenland eine gleichnamige Provinz gibt und man angeblich Gebietsforderungen befürchtet habe.

In den Euro mogelte sich Griechenland 1999 nur mithilfe massiv gefälschter Haushaltszahlen, wie erst 2004 zufällig entdeckt wurde. Auch das derzeitige Verschuldungsniveau liegt knapp doppelt so hoch, wie von Athen bis vor wenigen Wochen behauptet hat.

Kurz: Diplomatisch hat Griechenland den Gegnern einer EU-Rettung des Landes vor dem Staatsbankrott genügend Argumente geliefert, ganz besonders, was Deutschland betrifft. Doch auch abgesehen von den „besonderen“ Beziehungen zwischen Athen und Berlin wünschen sich manche Kommentatoren gar, dass die EU-Partner Griechenland pleitegehen lassen, wenn der Bankrott da ist. Das erst nämlich sei der überfällige Härtestest für die europäische Gemeinschaftswährung, der Abschluss gäbe über die tatsächliche Überlebensfähigkeit des Euro-Systems.

Hans Heckel



Überall Polizei: Studentinnen der „Generation 700“ fühlen sich nicht nur von ihrer Uni ausgesperrt.

Bild: Getty

Kairo baut Mauer

Innenpolitische Spannungen verschärfen

Wie vorige Woche bekannt wurde, baut Ägypten eine unterirdische Stahlwand zum Gaza-Streifen, um den durch etwa 700 Tunnel betriebenen Schmuggel in das abgeriegelte Gebiet zu unterbinden. Nach offizieller Lesart dienen die Tunnel dem Waffenschmuggel, de facto aber wird ein sehr großer Teil selbst der elementarsten zivilen Güter durch sie transportiert, denn der Grenzübergang bleibt fast immer geschlossen, um das „Eindringen von Terroristen nach Ägypten zu verhindern“.

Der Bau wurde offenbar auf Druck Israels und der USA begonnen und wird laut BBC von den USA finanziert. Nach dem israelischen Gaza-Krieg Anfang 2009 waren amerikanische und deutsche (!) Experten vor Ort, um die Ägypter zu beraten, und an den Baustellen werden jetzt US-Pioniere geschickt. Das Vorhaben ist aber nicht nur höchst aufwendig, sondern wird, wenn fertig, die katastrophale Versorgung im Gaza-Streifen weiter verschärfen.

El-Baradei: Mubaraks
Gegenkandidat?

Muslim-Bruderschaft, weiteren Zulauf. Damit wird es immer weniger wahrscheinlich, dass Mubarak seit Jahren als Nachfolger aufgebaut Sohn Gamal eines Tages problemlos die Macht übernehmen kann. Und für die späte 2011 fälligen Präsidentschaftswahlen ist inzwischen eine „Komplikation“ eingetreten: Der Friedens-Nobelpreisträger Mohammed el-Baradei, bis dahin von Mubarak mit höchsten Ehren überhäuft, hatte vor einigen Monaten in einer beliebten Fernseh-Sendung heftige Kritik an den politischen und sozialen Zuständen in Ägypten geübt.

Seither bemühen sich Oppositionelle, el-Baradei als Gegenkandidaten zu gewinnen – und alle regimenahe Medien schießen sich auf ihn ein. El-Baradei, der nach zwölf Jahren an der Spitze der internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) in Wien Ende November in den Ruhestand getreten ist, hat allerdings verkündet, dass er eine Kandidatur nur in Erwägung ziehen würde, wenn vorher das extrem auf Regime-Erhalt zugeschnittene Wahlgesetz geändert würde und die Zulassung internationaler Beobachter garantiert sei. *RCK*

Invasion der chinesischen Investoren

Wie Peking mit Milliarden Dollar den schwarzen Kontinent ködert

Besucher der Metropole Dakar, der Hauptstadt des Senegal, haben zeitweise das Gefühl, nicht mehr in Afrika, sondern in der Volksrepublik China zu sein. Denn der „Boulevard du General de Gaulle“ wird auf mehreren Hundert Metern von chinesischen Läden dominiert. Und ein ähnliches Bild bietet sich im zentralafrikanischen Kupfergürtel oder im Norden Namibias. Der Wettlauf der großen Industrienationen um die Rohstoffe des schwarzen Kontinents ist in vollem Gange und gegenwärtig haben die Machthaber in Peking mit ihren prallen Geldsäcken die Nase vorn, während der Westen noch immer mit den Folgen der Finanzkrise ringt.

Doch es sind nicht nur die Milliarden der gelben Kapitalinvasion, die die roten Machthaber nach Afrika pumpen, in ihrem Gefolge reisen Tausende von privaten Händlern mit, gründen Geschäfte und Dienstleistungsunternehmen und verdrängen zum Teil das einheimische Handwerk sowie die kleinen örtlichen Ladeninhaber.

Im diesem Jahr werkten sich die Asiaten noch vor den USA an die Spitze der Handelspartner Afrikas. Seit 2001 hat sich das Volumen des jährlichen Warentransfers auf geschätzte 100 Milliarden Dollar verzehnfacht. Es geht dabei nicht mehr nur um die Sicherung

von Rohstoffreserven wie Öl (Nigeria, Sudan) und Kupfer (Sambia), sondern auch um die Erschließung von Absatzmärkten für Chinas Billigwaren, die im Westen wegen der Wirtschaftskrise, der Bekämpfung hemmungsloser Plagiat-Unkultur und der Forderungen an den Standard und die Umweltverträglichkeit der Waren an Grenzen gestoßen sind. Im Gegenzug wollen die

Geschäftsstrategen in Peking, so kürzlich Chinas Handelsminister Chen Deming, die Einfuhrsteuern für afrikanische Produkte senken oder sogar ganz abschaffen. „Während Europa die unteren Schichten anpeilt, setzen die Söhne des Himmels auf die gut verdienende, rund eine halbe Milliarde Menschen zählende Oberklasse und damit auf die Entscheidungsträger“, kritisierte jüngst die Zeitschrift „Time“. „Langfristig öffnet das auch Märkte für Chinas Produkte.“

Nach Expertenschätzungen belaufen sich die Sachanlagen der asiatischen „Invasoren“ allein für 2008 auf 5,5 Milliarden Dollar. Zusammen mit bislang gewährten Krediten und Entwicklungshilfespritzen rechnet sich das Engagement auf gut 50 Milliarden Dollar hoch, mit Schwerpunkten in Sim-

babwe, Guinea, im Sudan, in Nigeria, Angola, Äthiopien, Sambia und dem Kongo. In Togo ist der Einfluss bereits so stark, dass die Einheimischen von „fremden Teufeln“ sprechen.

Nach den neuesten Milliarden-Zusagen Pekings wird sich das Anlagevolumen in absehbarer Zeit verdoppeln und den Westen weiter abhängen trotz der vollmundigen Versprechen eines Barack Obama. Zudem winkt für einige der afrikanischen Partner ein Schuldenerlass. Allein in Angola,

dem wichtigsten Partner des afrikanisch-chinesischen Warenhandels, dürften die Investitionen gegenwärtig bei rund zehn Milliarden Dollar liegen. Mit Simbabwe Mugabe wurde erst jetzt ein Acht-Milliarden-Dollar-Handel in Erdölengagements und für die Schürfung anderer Rohstoffe unterzeichnet. In Angola sprang Peking dabei geschickt in die Lücke, die Internationaler Währungsfond und Weltbank mit ihrem Rückzug wegen der ausufernden Korruption in diesem Land hinterlassen haben.

Selten stößt dieses Vorgehen auf harsche Kritik, wie etwa durch den Chef des senegalesischen Arbeitge-

berverbandes, Mor Talla Kane. „China saugt uns aus und gibt praktisch nichts zurück“, eriferte er sich. Aus solchen Anklagen indes haben die Chinesen längst gelernt. Und sie sorgen mehr und mehr auch dafür, dass mit ihren Finanzspritzen in die Infrastruktur und die Bildung investiert und so den Gegnern der Wind aus den Segeln genommen wird. In Nigeria beispielsweise wurde das Eisenbahnwesen mit seinen 3500 Kilometern Schienentrassen modernisiert. Gleichzeitig sicherte sich Peking neben den US-Giganten Exxon Mobil und der britisch-holländischen Shell umfangreiche Öl-förderrechte, ebenso wie in der Bucht von Guinea, die von den Amerikanern als die neue „Bonanza“ der Ölwirtschaft gefeiert wird. Im Sudan haben die Chinesen längst die Nase vorn. Dort ist China der größte Investor und bezieht zudem große Mengen seines schier unersättlichen Bedarfs an „schwarzem Gold“ aus den umfangreichen Fördergebieten des Wüsten- und Steppenlandes. Selbst im Irak winkten Pekings Unterhändler mit hohen Investitionen. Um den Pakt mit der Regierung des Sudan zu zementieren, stützt die fernöstliche Volksrepublik die radikale Militärregierung durch regelmäßige Vetos bei Uno-Beschlüssen.

Joachim Feyerabend

Chinesen in Togo
als »fremde Teufel«
verschrien

Die glitzernde Fassade bröckelt

Massenentlassungen und Zwangsurlaub erschüttern schon seit Monaten die Menschen in Dubai

Das Emirat Dubai geriet keineswegs „aus heiterem Himmel“ in die Krise wie die meisten Medien meldeten. Bereits seit Monaten erleben die Menschen vor Ort den schlechenden Niedergang, doch die dortige Zensur lässt negative Nachrichten kaum aus dem Land.

Die Krise in Dubai kam scheinbar für die ganze Welt überraschend, doch für die Bewohner Dubais ist sie nur eine „Bilanz“ der kleinen Zeichen des Niedergangs, die sie in den letzten 20 Monaten erlebt haben. Dass es in dem Wüstenstaat kriselt, zeichnet sich bereits seit September 2008 ab. Plötzlich fielen die Mieten. So bezahlte man für eine Einzimmerwohnung nicht mehr 2000 Euro im Monat, sondern konnte diese für den „Schnäppchenpreis“ von 1000 Euro monatlich bekommen. Der Preisindex für Immobilien hat sich innerhalb eines Jahres halbiert. Selbst exklusive Villen haben massiv an Wert verloren. Ein bis dahin unbekannter Zustand in Dubai, wo alles, was man anfasste, sich in Gold zu verwandeln schien.

Doch plötzlich wurden Mitarbeiter entlassen oder in den unbezahlten Urlaub geschickt. Viele teure Autos wurden in der Nähe des Flughafens geparkt. Nur mit einem Zettel an der Windschutzscheibe: „Kann meine Schulden nicht zurückzahlen, tut mir leid – Rashid S.“ Rashid ist wie tausende andere einfach von der Bildfläche verschwunden, denn ist man in Dubai zahlungsunfähig, wird man ins Gefängnis gesteckt. Keine Privatinsolvenz, keine Absicherung der Menschen, kein Ausweg. Kann man Kredite nicht abbezahlen, dann ist die Scharia, das islamische Recht, gnadenlos und Gefängnisauferhalt ist garantiert. Erhält man die Kündigung, werden automatisch alle Konten überprüft und notfalls gesperrt. Wenn man das Glück hat,

den Reisepass noch bei sich zu haben (häufig wird er vom Arbeitgeber einbehalten), ergreift man die Flucht aus Dubai. Die ersten Gerüchte von verlassenen Autos kamen Ende November 2008 auf, bereits im Februar 2009 war die Krise offiziell, so offiziell wie solche Meldungen in einem von der Zensur geprägten Staat wie Dubai eben sein können. So berichtete die „Times online“ am 9. Februar 2009 über 3000 hochklassige Autos, die in der Nähe vom Flughafen gefunden wurden. Besonders die so genannten „Expats“, die hoch bezahlten westlichen Gastarbeiter fliehen. Die Massenabwan-

der Welt zogen daraus keine Schlüsse. „Ganz plötzlich“, berichtet eine Marketingmanagerin einer großen Hotelkette, „wurde ich in einen fünfmonatigen Urlaub

Wer seine Arbeit verliert, verliert auch sein Visum

geschickt, einfach so, ohne Alternative, ohne dass man mir zumindest den Flug nach Hause bezahlt, nein ich darf fünf Monate ohne Geld in Dubai bleiben, in Dubai

visum gekündigt. Die „New York Times Middle East“ hat Anfang Februar von zirka 1500 Visa geschrieben, die täglich gekündigt würden. Offizielle Zahlen gibt es dazu nicht, Dubai schweigt mal wieder. Es soll einen Gesetzesentwurf geben, der Meldungen, die die Reputation oder die Wirtschaft des Emirates schädigen, mit bis zu 180000 Euro Strafe belegt. Bereits jetzt ist ein ganzer Apparat der Zensur gewidmet, keine einheimische Zeitung würde es wagen, einen kritischen Artikel zu schreiben. Immer ist alles gut, auch jetzt, mitten in der Krise, heißt es, dass die internationalen Journalisten

an den Autobahnen, die über die neuesten Immobilienprojekte informieren, werden nach und nach abgerissen. Weitere Entlassungen folgen, auch viele Menschen, die seit Jahrzehnten Dubai zur Wahlheimat auserkoren haben, müssen nun alles aufgeben und das Land verlassen, denn ohne Visum kann man dort nicht leben. Je mehr Leute weggehen, desto normaler scheint den Zurückgebliebenen diese Entwicklung. Sie arrangieren sich, die anfängliche Panik lässt allmählich wieder nach.

Doch am 27. November platzte die Bombe – Dubai war offiziell in der Krise, dass das Emirat kann seine Milliardenschulden nicht zurückzahlen. Der Staat habe sich übernommen. Die Börsen brachen ein, hastige Erklärungen wurden abgegeben von Finanzexperten und Wirtschaftsweisen. Man speulierte, wie es dazu kommen konnte und was nun geschehen soll. Schon erscheinen neue Berichte, dass Abu Dhabi, das Nachbar-Emirat, mit zehn Milliarden Euro einen Teil der Schulden seines berühmten Bruders übernimmt. Die Welt beruhigt sich langsam und wird von den Berichten aus dem Wüstenstaat, die die Probleme herunterspielen, eingelullt.

Dubai ist vor allem ein Medienprodukt, eine künstliche Traumwelt, sein Erfolg steht und fällt mit der Märchengeschichte von einem fernem Land, in dem man den Luxus lebt und nichts unmöglich ist. Dubais Bankrott wäre undenkbar, mit seinem Erfolg steht und fällt auch der Erfolg des gesamten Mittleren Ostens, daher werden sicherlich weitere Hilfen von anderen Nachbarstaaten angeboten.

Anna Gaul

*Die Autorin (*1977 in Stettin) arbeitete von Februar 2007 bis Mai 2009 als Verkaufsmanagerin in einem Fünf-Sterne-Hotel in Dubai.*



Mehr Schein als Sein: Dubai ist eine künstliche Traumwelt, mit der der Mittlere Osten sich identifiziert.

Bild: f1-online

derung durch die vielen Kündigungen macht sich in den Schulen bemerkbar. Fast alle Schulen erhöhen ihre Gebühren massiv, denn weniger Schüler bedeutet weniger zahlungskräftige Eltern. Inoffiziell rechnet man mit einem Bevölkerungsrückgang von etwa zehn Prozent in Dubai.

Bereits im März 2009 wurden mehr und mehr Mitarbeiter aus der Bau- und Hotelbranche unbezahlt in Zwangsurlaub geschickt, doch die Geldgeber Dubais aus

kann man absolut gar nichts ohne Geld machen, nur aus dem Fenster schauen ist hier umsonst.“

Eine Verkaufsmanagerin berichtet, dass die Hotelleitung das ganze Vertriebsteam in einer Reihe hatte antreten lassen und nur zwei dritten vortreten, die restlichen zehn wurden fristlos entlassen. Wenn sie nichts finden sollte, müsse sie in einem Monat zurück in ihre Heimat nach Russland, denn sobald man die Kündigung bekommen hat, wird einem auch das Arbeits-

übertreiben würden und eigentlich alles in Ordnung sei. Anfang des Jahres konnte man die Gerüchte um Dubais angeschlagene Finanzsituation noch unterbinden, sie verschwanden Ende Februar aus den Schlagzeilen. Im März wurde es schließlich ruhig, die Bewohner merkten, dass es weniger Autos auf der Straße gab, irgendwie wurde es auch leerer in den Einkaufszentren. Still und leise verschwanden die Kräne von den Baustellen, die großflächigen Propagandaposter

Ungeliebter Papierkram

Ab 1. Januar 2010 müssen Banken Gespräche protokollieren

Allein wenn man an die Kosten denkt, wird einem speiübel“, rutscht es der Pressesprecherin einer Bank gegenüber der PAZ heraus. Doch sogleich korrigiert sie sich. Nach außen hin begrüßen die Banken das ab dem 1. Januar 2010 zur Pflicht werdende Beratungsprotokoll bei Gesprächen mit Kunden. Schließlich sei es auch für die Banken von Vorteil, wenn die Gespräche dokumentiert würden. So könne bei eventuellen Klagen bezüglich einer Fehlbearbeitung im Nachhinein die Schuldfrage leichter geklärt werden. Das Debakel um die Schuldfrage bei den wertlos gewordenen Lehman-Zertifikaten ist noch in frischer Erinnerung. Die Banken wissen, dass sie das Vertrauen der Kunden wiedergewinnen müssen und da erscheinen 13 Euro – so die Schätzung des Zentralinstituts der deutschen Genossenschaftsbanken (DZ-Bank) – pro Kunde für die Protokollierung noch vertretbar.

Glücklich ist die Finanzbranche über die neue gesetzliche Pflicht jedoch keineswegs. Noch in den letzten Dezembertagen werden Zehntausende Bankberater geschult. So mancher Mitarbeiter äußerte sich verärgert über den

bürokratischen Mehraufwand. Es wird davon ausgegangen, dass die Dokumentation die Gespräche um zehn bis 15 Minuten verlängert. Auch wird befürchtet, dass manche Kunden auf die vielen Fragen zu ihren persönlichen Lebensverhältnissen verärgert reagieren. Andere Berater bedauerten gespielt das neue „Waldsterben“, was mit den Protokollen einhergehe: Je nach

Kosten werden auf 13 Euro je Kunde geschätzt

Kreditinstitut sind die Dokumentationen sechs bis elf Seiten lang. Da diese in zweifacher Ausfertigung – für Kunde und Bank je einmal – ausgedruckt werden, entsteht erhöhter Papierbedarf.

Noch unzufriedener treten hingegen die Verbraucherschützer auf. Sie fürchten, dass die Dokumentation zur schwereren Einbringbarkeit bei Fehlbearbeitung mit Verweisen auf Prospekte gespickt sein wird. Deren Bedeutung wird der Kunde für den Moment gar nicht durchschauen, vor Gericht hat sich die Bank hiermit aber

abgesichert. Überhaupt bedauern einige Verbraucherschutzgruppen, dass die Protokolle nicht standardisiert sind, jede Bank also ihr eigenes „Modell“ entwerfen durfte. Zwar enthalten alle Hinweise auf den Gesprächsanlass, die Dauer, Informationen zum persönlichen Umfeld des Kunden und zu den Produkten, Anlageziele des Kunden, Gewichtung der Kundenziele und Produktempfehlung plus Begründung, doch die Art und Weise sowie die Konkretisierung ist jeder Bank selbst überlassen. Auch ist offen, ob einige Banken verlangen, dass auch der Kunde die Dokumentation unterschreibt. Die Verbraucherschützer warnen ausdrücklich hiervor.

Letztlich wird die Erfahrung zeigen, inwieweit die Protokolle, die zehn Jahre archiviert werden müssen, sich bewähren. Aus Sorge vor Klagen archivieren immer mehr Direktbanken ihre mitgeschneitten Telefon-Gespräche. Das Protokoll wird dann zugeschickt. Bei der comdirect bank wird es beispielsweise als pdf-Datei in die Postbox des Kunden gestellt. Die Berliner Volksbank hingegen verzichtet ab 2010 ganz auf Telefon-Beratung der Filialen, da ihr die Rechtslage zu unsicher ist. Bel

Japan im Schuldenturm

Steht Tokio vor dem Staatsbankrott? Neue Regierung schwächtelt

Nicht nur in Deutschland werden Wahlversprechen gebrochen. In Japan hatte die Demokratische Partei (DPJ) unter Yukio Hatoyama im August einen Erdrutschsieg mit dem Versprechen eingefahren, die schuldenfinanzierten Konjunkturprogramme der liberaldemokratischen Vorgängerregierung zu beenden. Nun legt sie selbst ein neues Konjunkturpaket von 54 Milliarden Euro auf, das 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) entspricht und das die öffentliche Neuverschuldung nach dem Einbruch der Steuereinnahmen im aktuellen Fiskaljahr und den beiden Vorgängerpaketen um 400 Milliarden Euro erhöht. Japans Schuldenberg umfasst damit 210 Prozent des BIP. Selbst nach der desolaten Haushaltsführung 2009 kommt Deutschland „nur“ auf 73 Prozent des BIP. Erstmals seit 1946 übersteigen damit in Japan die neuen Schulden die Steuereinnahmen. Japan ist nur nicht pleite, weil es nicht im Ausland verschuldet ist, sondern gegenüber den eigenen Bürgern, Banken, Versicherungen und Pensionsfonds, die brav die „sicheren“ Schuldverschreibungen des Staates kaufen. Dennoch werden als Folge die Zinsen

steigen und der Schuldendienst gut ein Viertel der öffentlichen Ausgaben ausmachen. In dem überalterten Land mit schrumpfender Bevölkerung ist dies eine aberwitzige Politik gegenüber den kommenden Generationen mit ihren unsicheren Renten.

Zwar hat sich die japanische Wirtschaft leicht erholt, doch bekam die Regierung wegen der

Export als einzige Konjunkturlokomotive schwächelt

starken Yen-Aufwertung gegenüber dem US-Dollar und dem an ihn gekoppelten chinesischen Yuan Angst um die japanische Exportwirtschaft, die wie in Deutschland die einzig verlässliche Konjunkturlokomotive ist. Dazu laufen in Europa und in den USA jetzt die milliardenschweren Konjunkturprogramme aus, die bislang die Nachfrage nach japanischen Exportgütern beflügeln. Gleichzeitig sanken in Japan die Preise um 2,2 Prozent. Die Angst vor einer Deflationsspirale setzte ein: Die Verbraucher halten sich mit

MELDUNGEN

Riester-Rente lohnt oft nicht

Berlin – Die Abschluss- und Vertriebskosten sowie Verwaltungsgebühren werden bei Riester-Verträgen oft nicht ausgewiesen, warnen Experten der Universität Bamberg nach der Untersuchung von 70 Riester-Produkten. Um den Vertrieb anzukurbeln, zahlen Anbieter Provisionen von etwa 2000 Euro pro abgeschlossenem Vertrag an die Finanzberater, diese Kosten gehen vom Ertrag des Kunden ab. „Das ist dann keine Förderung der Altersvorsorge, sondern eine Förderung der Finanzbranche“, urteilt der Chef der Verbrauchzentrale Bundesverband, Gerd Billen, über die Studie. Vor allem für Männer sei es „sehr schwierig, so alt zu werden, dass sich die Riester-Rente lohnt“, bemängelt auch der Berliner Wirtschaftsprofessor Klaus Jäger. Fast 13 Millionen Menschen sparen auf eine Riester-Rente. Bel

Krise lässt Europäer sparen

Frankfurt am Main – Die Bürger der Eurozone sparen mehr, so die Europäische Zentralbank (EZB). Vor allem in jenen Ländern, in denen die Krise massiv spürbar sei, wie Irland und Spanien, sei die Sparquote sprunghaft angestiegen. Offenbar veranlasse die Angst vor Jobverlust und schlechteren Zeiten die Bürger, Notgrochen zurückzulegen. Da immer mehr Banken bei der Vergabe von Krediten zurückhaltender sind, müssen Anschaffungen zudem jetzt zuvor angespart werden. All das habe zur Folge, dass die Sparquote im Vergleich zum Vorjahr auf 15,4 Prozent gestiegen sei, was einer Erhöhung um 1,3 Prozentpunkte entspreche. Die Sparquote in Deutschland, dem bevölkerungsreichsten Land der Eurozone, hat sich allerdings kaum verändert und liegt bei immer noch knapp zehn Prozent. In den USA, wo die Bürger für ihre Konsumfreude bekannt sind, lag die Sparquote im Oktober bei 4,4 Prozent. Bel

größeren Anschaffungen zurück, weil sie ein weiteres Absinken der Preise erwarten und hoffen. So würde sich der Nachfragebruch noch mehr verschärfen. Nach ihrem Wahlsieg trimmte die Hatoyama-Regierung die Programme ihrer Vorgänger, indem sie die zuständigen Beamten öffentlichen Anhörungen unterwarf, wo sie ihre Ausgaben vor feindseligen Experten zu rechtfertigen hatten. Zum allgemeinen „Vergnügen“ wurden absurde Bauprogramme wie unnütze Autobahnverbreiterungen entdeckt und verworfen. Es blieb jedoch bei der Symbolpolitik. Tatsächlich liegt Hatoyamas neues Konjunkturprogramm voll in der Logik seines glücklosen Vorgängers Taro Aso von der LDP. Es sieht Zinssubventionen für den privaten Hausbau und Wärmedämmungen ebenso vor wie Prämien für den Kauf umweltfreundlicher Elektroautos und japanischer Autos. Kreditgarantien gibt es für Kleinbetriebe und Zuschüsse für neue Arbeitsplätze. Von dem im Wahlkampf versprochenen Kindergeld bis 16, der Schulgeldfreiheit, dem Straßenmutterlass, dem Grundgehalt für Bauern und den erhöhten Renten ist mittlerweile keine Rede mehr. Albrecht Rothacher

Erstaunlich naiv

Von Rebecca Bellano

Alle paar Jahre wieder wird in der Türkei eine Kurdenpartei verboten. Immerhin hat es die Partei für eine Demokratische Gesellschaft (DTP) als erste von ihnen bis ins Parlament geschafft, wo sie mit 21 Abgeordneten vertreten war und bisher positiv wegen ihrer gewaltfreien Vorschläge zur Lösung der Kurdenfrage aufgefallen war.

In Europa und auch den USA reagiert man auf die absehbare Entscheidung des türkischen Verfassungsgerichtes erstaunlicherweise noch überrascht. Diese bedeute eine Missachtung der Minderheitenrechte und den Ausschluss von rund 20 Prozent der Bevölkerung aus dem politischen Leben, so Brüssel und kritisiert damit etwas, was Gegner eines EU-Beitritts der Türkei schon seit Jahren monieren. Der Unmut trifft

vor allem Ministerpräsident Erdogan, der in diesem Fall eher Getriebener als treibende Kraft war. Erdogan hatte durchaus versucht, die Türken und die Kurden einander näherzubringen, doch offenbar ist das in der Türkei kein mehrheitsfähiges Ziel, auch wenn das bedeutet, dass das Land sich damit wieder von einem EU-Beitritt entfernt. Doch diesen wollen in der Türkei offenbar nur noch die Regierenden, was ausnahmsweise mal an die EU erinnert.

Die Kurden sehen das Verbot übrigens eher sportlich. Da sie Erfahrungen damit haben, wurde bereits im vergangenen Jahr die Partei für Frieden und Demokratie (BDP) von ihnen gegründet, die nun als Auffangbecken für die Mitglieder der verbotenen DTP dienen soll.

Guantánamo

Von Hans Heckel

Von den zur Zeit noch 211 Häftlingen im US-Stützpunkt Guantánamo soll nun also knapp die Hälfte in ein Hochsicherheitsgefängnis nach Illinois verbracht werden. Die Entscheidung markiert den vorläufigen Schlusspunkt einer Serie von Peinlichkeiten, die sich US-Präsident Barack Obama seit seinem Wahlkampf 2008 in Sachen Guantánamo geleistet hat.

Vor seiner Wahl im November vergangenen Jahres hatte der Demokrat noch getönt, das Sonderlager auf Kuba schon drei Monate nach seinem Amtsantritt dichtzumachen. Das machte ihn zum Helden etlicher Menschenrechtsorganisationen. Im Weißen Haus angekommen, verlängerte er die Frist alsbald auf ein Jahr. Nun, da

das Ende dieses Jahres am kommenden 20. Januar unerbittlich näherückt, sprach der Präsident diffus davon, dass ihn „technische Probleme“ abermals zu einer Verlängerung zwängen.

Und jetzt also ein Hochsicherheitstrakt in seinem Heimatstaat als Ersatz für das Lager. Seinen ungeliebten Vorgänger George W. Bush hätten die Medien für diese ärgerliche Hängepartie unangespitzt in den Boden gerammt.

Obama jedoch, der sogar den Friedensnobelpreis für nichts als schöne Reden erhalten hat, kommt damit durch. Wie sagen die Zyniker noch? Es sei nicht wichtig, was ein Politiker mache, sondern wie er dabei aussehe. Oder wie ihn interessierte Medien dabei aussehen lassen.

Primat der Politik

Von Konrad Badenheuer

Freunde hatten zu Guttenberg gewarnt und er selbst hat das Risiko klar wahrgenommen: Als der junge Bundeswirtschaftsminister nach wenigen Wochen im Amt in der Beliebtheit der Politiker noch vor „Mutti Merkel“ auf Platz 1 landete und große Medien von dem fränkischen Baron als dem künftigen Kanzler schwadronierten, begann die Sache heikel zu werden.

Nicht so sehr, weil die Kanzlerin selbst misstrauisch wäre – irgendwie gefährlich war zu Guttenberg für sie noch lange nicht. Eher schon war es die Gefahr von Missgünstigen in der zweiten Reihe: Leute, die nach langer Ochsenort viel weniger wurden und denen der kometenhafte Aufstieg des vielseitigen zu Guttenberg den Schlaf raubte.

Vor allem aber waren und sind es die Medien, die Spaß daran ha-

ben, den hochgejubelten Politiker jetzt wieder „herunterzuholen“ – das gibt vielen Journalisten das Gefühl, Macht ausüben zu können, zudem ist es gut für Verkauf und Quote. Für das im Journalismus nicht ganz neue Verfahren gibt es eine Art Fachausdruck: „Erhöhung der Fallhöhe“ nennt man makaber die Technik, einen Star so hochzujubeln, dass anschließend ein umso spektakulärerer Absturz möglich wird. Üblich ist das Vorgehen in den Bereichen Sport, Musik, Gesellschaft und Glamour. In der Politik wird es seltener praktiziert, weil es da durch langsame Aufstiegswege weniger geeignete Kandidaten für Phase II des Spiels, das so genannte „Runterschreiben“, gibt.

Karl-Theodor zu Guttenberg ist eine dieser Ausnahmefiguren. Was ihm heute seine politischen Gegner im Verbund mit bestens kooperierenden Journalisten vorkommen, ist lachhaft wenig: Als der umstrittene Luftangriff in Kundus stattfand, hatte zu Guttenberg mit

Die Entlassung Schneiderhans war bitter nötig

militärischen Dingen nichts zu tun. Jetzt lautet der Hauptvorwurf, er hätte vorschnell zwei ranghohe Mitarbeiter vor die Tür

gesetzt. Zu Guttenberg wirft ihnen vor, sie hätten ihm wichtige Berichte vorenthalten. Es ist schon bemerkenswert, dass Ex-Generalinspekteur Schneiderhan noch nicht einmal betretet, seinem Minister Informationen über den Angriff vorenthalten zu haben. Seine letzte Einlassung lautet, es

seien „keine wesentlichen Berichte“ gewesen, die er dem Minister nicht vorlegen wollte.

Soweit sind wir also: Der Generalinspekteur entscheidet nach einem Luftangriff mit zig Toten, welche Berichte „wichtig genug“ sind, um sie dem Verteidigungsminister vorzulegen. Sieht der darin einen Vertrauensbruch und setzt ihn vor die Tür, dann wird auch noch nachgekartet und das mit einer entlarvenden Begründung, die die sofortige Entlassung Schneiderhans hätte bewirken müssen, wenn sie nicht bereits geschehen wäre.

Karl-Theodor zu Guttenbergs Fehler in Sachen Kundus sind minimal. Im Gegenteil: Er hat sich Verdienste erworben um die Verteidigung des Primats der Politik gegenüber dem Militär. Und der ist in Zeiten kriegsähnlicher Kampfeinsätze wichtiger denn je.



Karl-Theodor zu Guttenberg erlebt momentan die Kehrseite der Mediendemokratie: Monatelang geradezu angehimelt, ergötzen sich nun viele Blätter daran, den „strahlenden Ritter“ zum gestrauchteten Helden „runterzuschreiben“. Tatsächlich hat er sich eben erst neue Verdienste erworben – allerdings solche, die sich für die Medien schwer „versilbern“ lassen.

Bild: ddp

Seit gut drei Wochen müssen wir jeden Abend im Fernsehen folgende Bilder ertragen: ein abbrechender Eisberg, der ins Wasser kracht, oder ein Eisbär, der auf einer abdriftenden Insel aus Eis verzweifelt ist. Diese beiden Bilder, aus dem Archiv von 1998 oder so, sind offenbar in jedem Nachrichtenstudio zur Hand. Sie sind so gut, dass man sich nicht die Mühe macht, sie noch mal zu drehen. Unsere Enkelkinder malen diese Bilder jetzt in der Schule. Fragt man die Kleinen nun, wer die Schuld am Tod der Eisbären trägt, werden die besonders Aufgeweckten unter ihnen mit den gleichen Worten wie Angela Merkel, Greenpeace und die Künstler antworten: die Klimamaker! Die Industrie und die Autos und Flugzeuge, die Luft mit den Abgasen verpestet, mit dem „Killergas“ Kohlendioxid. Das kann man auch malen, Kinder können das. Merkel und Greenpeace und Frau Küstner wissen natürlich, dass Kohlendioxid unsichtbar ist, aber das ist ja gerade das Teuflische, es sitzt in uns. Bei jedem Atemzug atmen wir das Gas aus. Die Pflanzen atmen es ein, die Blumen, die Bäume, die Kornfelder. Dein Freund der Baum atmet das Kohlendioxid ein. Dein Freund der Eisbär atmet das Gas aus. Wie alle anderen Tiere. Früher nahm man an, der liebe Gott hätte das so eingerichtet, aber die Zahl der Gläubigen in unserem Land ist im Abnehmen, die Zahl der Abergläubigen aber

Moment mal!



Abergläubige erschüttert: Mit jedem Atemstoss sondern wir CO₂ aus

nimmt zu. Gott schütze unser Land. Ist die Welt noch vor der Klimakatastrophe zu retten? Schwer zu sagen. Stimmt das alles, was die Sprecher im Fernsehen und in den Radios sagen sowie die Zeitungen und Illustrierten schreiben? Es muss ja stimmen, antworten die meisten Menschen, so viele Politiker und Wissenschaftler und Filmemacher und Fernsehköche können doch nicht die Unwahrheit verbreiten. Die haben studiert, haben geforscht und nachge-

achtet. Oder? In den Tagen der Kopenhagener Klimakonferenz hängt die Angst vor dem „Klimawandel“ über dem Land wie ein dichter Vorhang und die Wächter der politischen Korrektheit passen auf, dass keiner aus der Reihe tanzt.

Nur manchmal zerreißt dieser Vorhang. Da erschien im *brav* linksliberalen – oft eine Idee mehr linken als liberalen – „Köln Stadtscheiter“ ein großer Artikel „Klimaforscher unter Verdacht. Institut soll Daten zur Erdwärmung manipuliert, Kritiker unter Druck gesetzt haben“. Wie konnte das passieren? Da war der PC-Wächter wohl schon vorzeitig ins Wochenende gegangen. So erfahren wir: Ein führender Wissenschaftler des Climate Research Unit (CRU), die an der Vorbereitung des Weltklimagipfels beteiligt war, hat einen US-Kollegen aufgefordert, alle E-Mails zu löschen, in denen er berichtet hatte, dass die Erdtemperatur, im Gegensatz zu den ständigen Bem-

hauptungen der Wissenschaftler, sich im letzten Jahrzehnt nicht erhöht hätten, sondern es in der Welt immer kälter geworden ist. Die „New York Times“ griff diese durch „Hacker“ zwar außerhalb der Legalität beschafften, aber unbestreitbaren Tatsachen auf und ging erbarmslos mit den Vertretern der These von der Erdwärmung ins Gericht: „Diese Leute jetten von Konferenz zu Konferenz und schmieden Rachepläne gegen Leute, die die globale Erwärmung in Frage stellen.“ Ein Klimagate nach dem Watergate-Skandal? Die PAZ berichtete bereits über den Skandal, der so gar nicht in das Horrorszenerario vor der Klimakonferenz in Kopenhagen passen wollte. Die meisten deutschen Zeitungen brachten zwar kurze Beiträge zu dem Skandal, doch gingen ohne Analyse gleich danach wieder zur Tagesordnung über: dem Kampf gegen die Erdwärmung.

Sind Sie, lieber Leser, auch besorgt über das Klima? Dann lesen Sie bitte noch folgende Meldungen: „Tagelanger, wolkenbruchartiger Regen verursachte eine Überschwemmungskatastrophe in Polen, bei der rund 150 Menschen ums Leben kamen und 50 000 Familien obdachlos wurden. Durch Überschwemmungen in der chinesischen Provinz Jehol (Cheghe) werden 50 000 Menschen obdachlos. 200 sterben. Unter einer Hitzewelle leiden die Menschen in den Vereinigten Staaten. In Kansas City werden 27 Tage nacheinander Temperaturen bis zu 47 Grad Celsius gemessen. Felder und Wälder liegen entweder ausgedörrt oder unter fußtiefem Flugstaub begraben. Am 18. Juli erschießen Landwirte in Oklahoma 600 Stück Vieh, für die kein Wasser mehr aufzutreiben ist.“ Furchtbar. Kannten Sie diese Meldungen schon? Nein? Kein Wunder, sie stammen aus dem Jahr 1934!

Erdwärmung durch Menschenhand? Lesen wir eine Chronik aus dem 19. Jahrhundert: „Der warme Winter von 1806 auf 1807 hat viel Verwunderung erregt und den armen Leuten wohlgetan, der oder je-

ner wird als alter Mann seinen Enkeln erzählen, dass man Anno 1806, als der Franzose in Danzig war, zwischen Weihnachten und Neujahr Erdbeeren gegessen hat und Veilchen gerochen hat. Solche Zeiten sind selten, aber man zählt in den alten Chroniken in den letzten 700 Jahren 48 solche warmen Jahre. 1289 war es so warm, dass die Jungfrauen um Weihnachten und am Dreikönigstag Kränze von Veilchen, Kornblumen und anderen trugen. 1420 war der Winter so gelind, dass im März die Bäume schon verblühten. Im ersten Monat des Jahres 1572 schlugen die Bäume aus und im Februar brüteten die Vögel. Im Jahre 1585 stand am Ostertag das Korn in den Ähren. 1722 hörte man schon im Januar wieder auf die Stuben einzuziehen.“ Aus: Johann Peter Hebel, Rheinländischer Hausfreund, 1807!

Wenn in diesem Jahr die Bilder von den Waldbränden in Griechenland, in Italien und Portugal über den Bildschirm flimmern, gleich danach die von den Wasserfluten einer Überschwemmung in China und in England gezeigt werden, sollen wir denken: Das ist die Klimakatastrophe. Vom Menschen verursacht. Das Publikum hat begriffen, seine Schuldgefühle sind schon abrubbar. Die Klimakatastrophe haben „wir“ verursacht. Manche der Älteren zweifeln noch. Die Jüngeren stellen schon den Geschirrspüler ab, stormieren die Flug-

reise und machen Urlaub auf Rügen. Den Müll trennen sie schon, den Rasen sprengen sie nicht mehr. Soll er ruhig verdorren. Wasser ist knapp, eine kostbare „Ressource“. Für die Sahelzone. Den Kaffee kaufen sie nur aus fair bezahlten und „schonend“ wirtschaftenden Plantagen. Die Kaffeebauern kriegen jetzt zwei Euro in der Woche, statt einen. Tun Sie was für eine saubere Umwelt, annonciert eine Supermarktkette. Wir tun es, im Vollbesitz unserer Zweifel. Schuld bewusst, weil wir

keine Patenschaft für ein hungrendes Kind aus Darfur übernommen haben.

Die Klimahysterie hat inzwischen die Regierungsebene erreicht, Angela Merkel stellt sich an die Spitze der Klimaschützer, dicht gefolgt von dem US-Präsidenten Obama. Ein schönes Bild der Einheit der Welt. Aber etwas stört. Die uns durch tausendfache Wiederholung glaubhaft gemachte Gefahr durch das Verbrennungsgas CO₂, erhöht ja weltweit die Nachfrage nach Kern-

energie, selbst Öl-Länder wie der Iran bauen Kernkraftwerke – Frankreich selbst erzeugt mit seinen 59 Kernkraftwerken 78 Prozent seines Strombedarfs. Kernkraftwerke, man kann es nicht oft genug wiederholen, erzeugen kein CO₂.

Gegen die Klimakatastrophe und gegen die Kernkraftwerke lautet nun das Schlagwort. Deutschland voran? Mit neuen Ideen. Einmalig wie das Flaschenpfand! Das bedeutet, dass Deutschland bald nur noch von Windmühlen, Sonnensammlern und Bio-Diesel leben soll. Also beziehen wir auch in ferner Zukunft den Strom aus der Steckdose: Von französischen Kernkraftwerken!

Übrigens: Im Jahre 1950 wurden noch 5000 Eisbären gezählt. Im Jahre 2009 gab es laut „Spiegel“, „nur noch“ 25 000.

Mehr über die Klimatalen auf Röhl's Seite www.klausrainerroehl.de

Klimawandel und kein Ende

Von KLAUS RAINER RÖHL

Im Vollbesitz unserer Zweifel betreiben wir den Klimaschutz

Faszination fremder Welten

Der Forscher Alexander von Humboldt inspirierte Maler zu besonderen Leistungen – Ausstellung in Berlin

Fernreisen waren im 19. Jahrhundert eine aufwendige Unternehmung, um so mehr war man neugierig auf das, was Reisende berichteten. Einer der Touristen in Sachen Wissenschaft war Alexander von Humboldt, der seinerseits andere inspirierte. Eine Ausstellung in Berlin zeigt Werke von Malern aus dem Kreis um von Humboldt.

Alexander von Humboldt (1769–1859) war der erste Mann, der nicht nur als neugieriger Abenteurer die Neue Welt bereiste, sondern dem es vielmehr darum ging, Tatsachen zu sammeln und sie in einem riesigen wissenschaftlichen Werk aufzuzeichnen. Durch die Beschreibung dieser Reisen, durch das Sammeln und Beobachten der

Wissenschaftliche Reisen neu begründet

verschiedenartigsten Formen und Erscheinungen der Natur und menschlicher Lebensformen, die Erforschung der Naturgesetze im Verhältnis zueinander wurde Alexander von Humboldt der Begründer einer neuen Epoche wissenschaftlicher Reisen.

Mit seinen Erkenntnissen begeisterte er nicht nur die einschlägige Fachwelt. Auch Johann Wolfgang von Goethe war angetan und sagte zu Eckermann über Alexander von Humboldt: „Humboldt ist heute einige Stunden bei mir gewesen: Was für ein Mann ist das! Man kann sagen, er hat an Kenntnissen und lebendem Wissen nicht seinesgleichen und eine Vielseitigkeit, wie sie mir gleichfalls noch nicht vorgekommen ist. Wohin man rührt, er ist überall zu Hause und überschüttet uns mit geistigen

Schätzen. Er gleicht einem Brunnen mit vielen Röhren, wo man überall nur Gefäße unterzubalten braucht, und wo es uns immer erquicklich entgegen strömt.“ Auch Maler ließen sich von Humboldts Begeisterung für diesen Landstrich anstecken. Im Berliner Kupferstichkabinett wird derzeit eine Ausstellung zur mittel- und südamerikanischen Kunst nach Humboldt gezeigt. Die Maler Johann Moritz Rugendas (1802–

1858), Ferdinand Bellermann (1814–1889) und Eduard Hildebrandt (1817–1868) unternahmen in der Nachfolge Humboldts im 19. Jahrhundert ausgedehnte Reisen durch Lateinamerika. In den vor Ort entstandenen Reiseskizzen und Naturstudien erlebten die von Humboldt angeregten Darstellungen des amerikanischen Subkontinents eine europaweit beachtete Blüte. Von den Landschaften, der Flora und Fauna, den Ortschaften,

Volkstypen, Sitten und Gebräuchen der von ihnen durchstreiften Regionen entwarfen die Künstler ein faszinierendes Bild.

„Das Kupferstichkabinett besitzt qualitativ hochwertige Werke, die von den Reisen der Künstler zeugen. Sie stammen von Rugendas dreijährigem Aufenthalt in Mexiko (1831–34), von Bellermanns Aufenthalt in Venezuela (1842–45) und Hildebrandts erster Brasilienreise (1844)“, erläutert Sigrid Achenbach, Oberkustodin am Kupferstichkabinett und Kuratorin der Ausstellung. „Die meisten Arbeiten wurden durch Humboldts Vermittlung von Friedrich Wilhelm IV. für das Kupferstichkabinett erworben. Sie gehören zum Grundstock einer einzigartigen Spezialsammlung von Naturbildern ferner Länder, vor allem der Tropen. In der Ausstellung werden erstmals zahlreiche Einzelblätter, ebenso Skizzenbücher der drei Künstler gemeinsam gezeigt.“

Achenbach weiter: „Alle drei Maler standen in engem Kontakt mit Alexander von Humboldt, der sie beriet und nach Kräften förderte. Er sah in ihnen große Talente und erwähnte sie lobend im zweiten Band seines ‚Kosmos‘. Der große Naturforscher hatte die Vorstellung, dass es möglich sei, Kunst und Wissenschaft zu verbinden und über die genaue Beobachtung der tropischen Natur auch zu einer Erneuerung der europäischen

Landschaftsmalerei zu gelangen. In den Skizzen, die Rugendas aus Mexiko, Bellermann aus Venezuela und Hildebrandt aus Brasilien mitbrachten, waren nach Auffassung Humboldts diese Ideen bereits in einer bis dahin unerreichten Vollkommenheit und Lebendigkeit umgesetzt.“

Mit ihren vor der Natur gezeichneten Landschaften gelangen den Malern Studien von einer Lichtintensität, die denen der späteren Impressionisten in nichts nachsteht. In diesem Zusammenhang ist der in Danzig geborene Hildebrandt erwähnenswert. Sigrid Achenbach nennt ihn im Katalog einen sensiblen und präzisen Beobachter. „Er ist der ‚Meister des realistischen Bildes der Tropen‘. Wie kein Zweiter beherrschte er die Kunst der Inszenierung, die sich mit einer seltenen Virtuosität der Pinselschrift paart. Seine Spezialität ist die Wiedergabe atmosphärischer Phänomene, von Licht und Luft, von Schwüle, Hitze und Kühle... Es gelingt ihm, die feinsten Witterungseinflüsse und klimatischen Veränderungen im Tagesablauf der Tropen bildlich umzusetzen.“

Rugendas, Bellermann und Hildebrandt sind heute nur noch Kennern ein Begriff, die Ausstellung trägt dazu bei, sie wieder in Erinnerung einer breiten Öffentlichkeit zu rufen. Sie demonstriert aber auch, dass es vor Erfindung der Fotografie durchaus möglich war, die Besonderheiten fremder Welten darzustellen. *Silke Osman*



Eduard Hildebrandt: Tamandaty (Öl auf Papier, 1844) Bild: Kupferstichkabinett, SMB

IN KÜRZE

Ein neues Grab für Kleist

Das Schiller-Jahr ist nun fast vorüber, da braust es in Köpfen und Gremien schon wieder heftig. Denn 2011 soll Deutschlands ‚Kleist-Jahr‘ werden. So ist ein Ausstellungsreigen in Berlin und im Kleist-Geburtsort Frankfurt an der Oder geplant, das Berliner Maxim-Gorki-Theater will im Gedenkjahr Kleists sämtliche acht Dramen spielen und die



Kleists Grab am Wannsee

Gruppe ‚Rimini Protokoll‘ einen Kleist von heute inszenieren. Vor allem aber soll in Berlin am Kleinen Wannsee das Kleist-Grab neugestaltet werden. Es befindet sich in einem erbärmlich verwahrlosten Zustand. Ein Steinblock mit einer Zeile aus Kleists letztem, dem preußischen Hof 1811 verzeifelt und erfolglos gewidmeten Drama ‚Der Prinz von Homburg‘ (‚Nun, o Unsterblichkeit, bist du ganz mein‘) ist dort unter den Lebensdaten des Dichters (1877–1811) zu lesen; daneben eine schlichte Grabtafel für die an Kleists Seite mit in den Freitod gegangene platonische Freundin Henriette Vogel. Nun soll das Grab nach dem Willen der Bundeskulturstiftung, die einen Architekturwettbewerb ausgeschrieben hat, bis 2011 ansehnlich wieder hergerichtet werden. *os*

Kollwitz und Zille über die Schulter geschaut

Die Ausstellung »Nahsicht« zeigt, wie die beiden Künstler die Menschen um die Jahrhundertwende in Berlin sahen

In einer Ausstellung der Altana Kultur-Stiftung in Bad Homburg vor der Höhe werden erstmals das zeichnerische Frühwerk von Käthe Kollwitz (1867–1945) und die bislang selten gezeigten Fotografien von Heinrich Zille gegenübergestellt. Unter dem Titel „Nahsicht“ kann der Besucher rund 60 Zeichnungen, Skizzen und Druckgrafiken von Käthe Kollwitz aus den Jahren von 1890 bis 1910 und eine fast ebenso umfangreiche Auswahl von Fotografien betrachten, die Heinrich Zille (1858–1929) um die Jahrhundertwende auf Streif-

züge durch Dresden Geborene siedelte mit seiner Familie 1867 nach Berlin über. Als der Vater arbeitslos wurde, hielt man sich mit Heimarbeit über Wasser und fertigte Tintenschreiber oder Nadeldrucken an. Zille handelte mit Kommissbrot aus der Alexander-Kaserne, war Laufbursche in einem Tingeltangel, führte Fremde durch die Berliner Sehenswürdigkeiten und verkaufte Programmzettel vor dem Wallner-Theater hinter dem Alexanderplatz. Als Abendschüler

richtige Schiene schob“. Er gab seinem Schüler den Rat: „Gehen Sie lieber auf die Straße hinaus, ins Freie, beobachten Sie selber, das ist besser als nachmachen.“ Für den Lebensunterhalt arbeitete Zille schließlich bei der Photographischen Gesellschaft und war bald firm in allen grafischen Techniken.

Als seine Arbeiten zum ersten Mal in der Berliner Sezession ausgestellt wurden, war Heinrich Zille bereits über 40 Jahre alt.

man ihm ganz gewiss nicht an der Wiege gesungen. Seine Zeichnungen wurden im „Simplicissimus“, in der Zeitschrift „Jugend“ und in den „Lustigen Blättern“ veröffentlicht, auch erschienen Bücher mit Zilles „Kritzeleien“. Er wurde populär.

Parteilosigkeit ließ Heinrich Zille sich nicht in eine Ecke drängen und betonte mehrmals: „Ich will der Politik nicht angehören. Ich helfe, wo ich kann, der Armut vor allem.“ Und: „Eigentlich stehe

helfen kann, tue ich es am liebsten in den hungernden Mund – gleich ...“ Man fühlt sich an den Ausspruch von Käthe Kollwitz erinnert: „Ich will wirken in dieser Zeit ...“

Die Königsbergerin erkannte, dass es weitaus mehr als „Kritzeleien auf Papier“ waren, die Heinrich Zille zustande brachte. Auf der Feier zu seinem 70. Geburtstag äußerte sie in einem Gespräch, es gebe „mehr als einen Zille“. Einmal den typischen Witzblattzeichner, zum anderen den Tendentenzeichner. „Dann gibt es aber noch den dritten Zille. Und dieser ist mir der liebste: Der ist weder Humorist für Witzblätter noch Satiriker. Er ist restlos Künstler. Ein paar Linien, ein paar Striche, ein wenig Farbe mitunter – es sind Meisterwerke.“

Als Zille am 9. August 1929 starb, hinterließ er auch ein umfangreiches fotografisches Werk, das hauptsächlich zwischen 1890 und 1910 entstand und erst vier Jahrzehnte nach seinem Tod wiederentdeckt

wurde. Zu Lebzeiten stellte er seine Fotos weder aus, noch versuchte er sie zu publizieren – die Fotografie war für ihn offenbar ein ausschließlich privates Unternehmen.

Im Dialog der Zeichnungen von Käthe Kollwitz mit meist privaten Motiven und den Fotografien von Heinrich Zille, darunter zahlreichen Vintage Prints (ein Abzug, der unmittelbar nach Entstehung des Negativs vom Fotografen selbst hergestellt wird), kann man in unverstellter Weise das Leben der Menschen im Berlin der Jahrhundertwende betrachten. *os*

Heinrich Zilles fotografisches Werk blieb meist unbekannt

nicht für die Öffentlichkeit produzierten Arbeiten ermöglichen einen ungestellten Blick über die Schulter der Künstler und machen den besonderen Reiz dieser Ausstellung aus. *os*

Die Ausstellung im Sinclair Haus, Löwengasse 15, Eingang Dorotheenstraße, Bad Homburg vor der Höhe, ist bis 7. Februar dienstags von 14 bis 20 Uhr, mittwochs bis freitags von 14 bis 19 Uhr, am Wochenende und an Feiertagen von 10 bis 18 Uhr, am 25., 26. Dezember sowie am 1. Januar von 12 bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt 5/3 Euro.

Im privaten Umfeld und auf Streifzügen Motive gefunden

zügen durch Berlin festgehalten hat. Sah Zille in der Fotografie das moderne Medium der Bildfindung, reagierte die Königsbergerin Käthe Kollwitz mit dem Zeichenstift auf das Leben in der Großstadt. Ihre Motive fand sie jedoch auch in ihrem ganz persönlichen Umfeld.

Kaum ein Name ist so eng mit Berlin verbunden wie der Heinrich Zilles. Seine typischen „Berliner Götter“ haben Geschichte gemacht. Stets stand er auf der Seite der „kleinen Leute“, kannte das „Milljöh“ von Kindheit an. Der am 10. Januar 1858 als Sohn eines Uhrmachers in Radeburg



Heinrich Zille: Frau mit Reisigbündel im Herbst (1898)

ler liebte er sich an der Königlichen Kunstschule von Theodor Hosemann unterweisen. Hosemann, der Meister Altberliner Malerei, war es auch, der Zille „auf die

Dass er 1924 auf Vorschlag von Max Liebermann in die Preußische Akademie der Künste berufen und gleichzeitig zum Professor ernannt werden würde, hatte



Käthe Kollwitz: Hans Kollwitz mit Kerze 1895

ich abseits – ich gebe Hungern, Darbenden, die ich kenne. Ich habe mit meinen Sprüchen und Bildern vielleicht etwas getan, vielleicht. Aber wenn ich

»Nur Afghanen besiegen Afghanen«

Auch die Russen mussten diese Erfahrung machen – Vor 30 Jahren begann ihr Einmarsch in das Nachbarland

„Afghanen sind nur durch Afghanen zu besiegen.“ Die Erfahrung, dass dieses alte Sprichwort unverändert gilt, musste schon manche Großmacht machen. Außer für die Briten gilt das auch für die Russen. Weihnachten 1979 begann ihr Afghanistankrieg, der nach zehn Jahren mit einer schweren Niederlage der UdSSR endete.

Schon ab dem Jahre 1839 versuchte Großbritannien, das durch Stammesstreitigkeiten und Teilkriege zerrüttete Land gewaltsam seinem Kolonialreich einzuverleiben. Doch nach drei blutigen Kriegen musste das den halben Globus beherrschende Empire 1919 endgültig erkennen, dass es in Afghanistan nicht Fuß fassen konnte.

In den folgenden Jahrzehnten stürzten Machtkämpfe und Revol-

Acht Jahrzehnte lang
bissen sich hier die
Briten die Zähne aus

ten die 1925 errichtete Monarchie immer wieder ins Chaos. Im Juli 1973 wurde König Mohammed Sahir Shah während eines Auslandsaufenthalts von seinem Schwager gestürzt, der die Republik ausrief und eine brutale Diktatur errichtete. Fünf Jahre später übernahm das Militär mit Unterstützung der links-islamistischen Opposition, die vom pakistanischen Exil aus agierte, gewaltsam die Macht. Der neue Machthaber, Nur Muhammad Taraki von der sowjetisch beeinflussten Demokratischen Volkspartei, rief die „Demokratische Republik Afghanistan“ aus und versuchte, das unterentwickelte Land durch Säkularisierung und eine radikale Bodenreform in einen modernen sozialistischen Staat umzuwandeln. Dabei stieß er jedoch auf

den bewaffneten Widerstand der konservativ-islamistisch geprägten Kräfte wie die enteigneten Großgrundbesitzer und den muslimischen Klerus, die von China und den USA unterstützt wurden. Tarakis entschiedenster Widersacher war Hafizullah Amin, dem es im September 1979 gelang, Taraki zu beseitigen. Hatte die Sowjetunion bislang aus außenpolitischen Gründen jede militärische Hilfe für das sozialistische Regime in Kabul abgelehnt, war sie jetzt zum gewaltsamen Eingreifen bereit.

Die Invasion begann in der Nacht vom 25. auf den 26. Dezember 1979 mit dem Einsatz von Luftlandkräften, die strategisch wichtige Punkte in der Hauptstadt besetzten. Am 27. Dezember marschierten zwei Schützen- und Panzerverbände in Afghanistan ein. Gleichzeitig erreichte eine sowjetische Spezialeinheit den Regierungspalast. Amin wurde kurzerhand liquidiert: Als ein vergiftetes Frühstück am 27. Dezember nicht wie gewünscht zum Tode führte, besorgten sowjetische Soldaten wenige Stunden später mit einer Handgranate den Rest.

Als neuer Staats- und Regierungschef wurde der sowjetfreundliche Babrak Karmal eingesetzt. Karmal erklärte, Amin sei US-Agent gewesen und die UdSSR leiste „brüderliche Hilfe“. Der Westen reagierte auf den Ein-

marsch mit Protesten, einem Weizen- und Ölboycott gegen die Sowjetunion und einem Boykott der Olympischen Spiele 1980 in Moskau.

Während Karmal darum bemüht war, deeskalierend auf die Bürgerkriegsparteien einzuwirken, versuchte das sowjetische Militär, die Regierungsautorität im Lande mit Gewalt wiederherzustellen. Doch der Widerstand gegen Karmal und die Besatzungs-

men Kampf gegen die kommunistische Herrschaft. Unterstützung erhielten sie durch die USA, Großbritannien, China und Pakistan, die ihnen Waffen und Ausrüstung lieferten.

Obwohl die Sowjetarmee mit 120 000 Mann im Land stand und ihren Gegnern weit überlegen war, konnte sie deren Widerstand nicht brechen. Ähnlich wie die GLs im Vietnam-Krieg sahen sich die sowjetischen Soldaten einem

die Fläche erlangten sie jedoch nie. Als sich daran auch nach zehn Jahren verlustreicher und von beiden Seiten mit grausamen Mitteln geführter Kämpfe nichts geändert hatte, sah die sowjetische Regierung ein, dass dieser asymmetrische Krieg nicht zu gewinnen war, und befahl den Truppenabzug. Am 15. Februar 1989 verließen die letzten sowjetischen Soldaten Afghanistan und überließen das Land sich selbst.



Sowjetische Besatzungssoldaten in Afghanistan: Sie scheiterten wie vor ihnen die Briten.

Bild: akp

macht nahm rasch zu. Neben den Mujaheddin, die sich als islamische Glaubenskrieger im Heiligen Krieg betrachteten, lieferten sich islamistische und monarchistische Gruppierungen blutige Kämpfe mit den Invasoren. Diese Kreise waren untereinander zerstritten, und ihre Zusammenarbeit beschränkte sich auf den gemeinsa-

Feind gegenüber, der das offene Gefecht vermied, hauptsächlich aus dem Hinterhalt zuschlug und anschließend in dem ihn begünstigenden Gelände verschwand oder in der Bevölkerung untertauchte. Zwar gelang es den Besatzern, einige Städte, Verkehrswege und Schlüsselorte in die Hand zu bekommen, die Kontrolle über

Aus dem folgenden Machtkampf ging schließlich die radikalislamisch-fundamentalistische, paschtunisch dominierte Bewegung der Taliban als Sieger hervor, die ein archaisches Regime errichtete. Lediglich in einem kleinen Landesteil im Nordosten behaupteten sich die in der „Nordallianz“ zusammenge-

schlossenen Taliban-Gegner. Die Gewalt Herrschaft in Kabul rief immer wieder die Empörung der Weltöffentlichkeit hervor, doch zu einer militärischen Intervention kam es erst nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001. Zu diesen Anschlägen hat sich in Video-Botschaften der seit Jahren von Afghanistan aus agierende saudi-arabische Millionär Osama Bin Laden bekannt. Nachdem die Taliban-Regierung eine Auslieferung Bin Ladens abgelehnt hatte, begannen die USA mit Unterstützung Großbritanniens Anfang Oktober 2001 mit Luftschlägen gegen Afghanistan. Gleichzeitig unterstützten die USA und ihre in einer „Allianz gegen den Terror“ zusammengeschlossenen Verbündeten die Gegner der Taliban. Am 13. November waren Kabul und die Taliban-Hochburg Kandahar in der Hand der Nordallianz. Das Taliban-Regime war beseitigt.

Seitdem versucht die Nato mit 190 000 Soldaten und Sicherheitskräften, im UN-Auftrag das Land durch gewaltsames Vorgehen gegen die Taliban und ihre Unterstützer zu befrieden und gleichzeitig durch Schaffung staatlicher Strukturen und Aufbauhilfe zu stabilisieren. Doch auch acht Jahre nach Beginn des Einsatzes gibt es kaum Erfolge. Die Koalitionstruppen stehen in einem latent eskalierenden asymmetrischen Krieg, in den auch die 4500 in Afghanistan eingesetzten Bundeswehrosoldaten trotz ihres reinen Stabilisierungsauftrages zunehmend hineingezogen werden. Bombenanschläge, Selbstmordattentate und Hinterhalte fordern fast täglich Opfer. Die Macht des Korruption und des Wahlbetrugs überführten Präsidenten Hamid Karzai reicht kaum über Kabul hinaus; weite Teile des Landes werden von Stammesfürsten, „Warlords“ und Kriegsgewinnlern beherrscht. Wann und wie dieses Trauerspiel endet, ist ungewiss.

Jan Heitmann

Macht- oder Elitenwechsel?

Mit dem Ende der Ära Ceausescu bleiben viele Fragen verbunden

In den Tagen, als in Berlin die Mauer fiel und die Wiedervereinigung beim deutschen Volk Euphorie auslöste, vollzog sich fernab weitgehend unbemerkt auch die Loslösung Rumäniens vom Kommunismus.

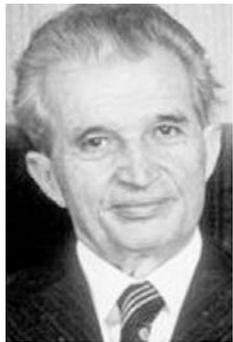
Gebannt verfolgten im sicheren Deutschland Rumäniendeutsche und die emigrierten Rumänen die Ereignisse in der alten Heimat, die am 16. Dezember mit dem Aufstand in Temeşvar einsetzten. Der rumänische Diktator Nicolae Ceausescu sprach von einer Terroraktion des internationalen Imperialismus, andere von einem Wechsel der Eliten, das Volk glaubte an die Revolution.

Eine Kette von Unruhen, Demonstrationen und gewaltigen Auseinandersetzungen erschütterten das Land, an deren Ende der kommunistische Diktator und seine Frau am 25. Dezember 1989 nach einem Schauprozess erschossen wurden.

Bis heute beschäftigt Historiker die Frage, ob es in Rumänien zu einem Machtwechsel oder nur zu einem Elitenwechsel gekommen sei. Für beides gibt es Indizien und Argumente.

Periodisch werden immer wieder Stimmen laut, dass es sich bei den Dezember-Ereignissen um eine internationale Verschwörung gehandelt habe. In der rumänischen „Nationalzeitung“ erklärte der damalige Securitate-Chef,

Brigadegeneral Aurel Rogojan, der KGB habe „die Eliminierung Ceausescus“ verfolgt, „auf welchem Weg auch immer“. Sein Dienst habe „zwecks Friedensvorbereitungen“ in Verbindung mit Geheimdiensten mehrerer Nato-Länder gestanden.



Nicolae Ceausescu Bild: Wikipedia

Hingegen behauptete der erste postkommunistische Premier Rumäniens, Petre Roman, im November 2009 in der Zeitung „Adevărul“ (Die Wahrheit): „Leider haben wir auf der Revolution herumgetrampelt und sie verspottet. Sie hätte ein Mythos werden können wie die Ungarische Revolution von 1956.“ Laut Roman tauchten Zweifel an der

Revolution erst auf, als „allzu viele ehemalige kommunistischen Machthaber sich in die neue Machtstruktur einschleuschten“.

Damit im Zusammenhang steht die ebenfalls nicht abschließend geklärte Frage, warum das Präsidentenpaar so überstürzt hingerichtet wurde: Damit es bei einem öffentlichen Prozess nicht zu viele neue Machthaber kompromittieren konnte oder aber um das Ende der Ära sicherzustellen? Immerhin war Ceausescu Oberkommandierender der rumänischen Armee und des Geheimdienstes Securitate. Alle waren auf Ceausescu persönlich eingeschworen, er hatte viele treue Anhänger und die waren eine reale Gefahr, solange er denn lebte.

Viele Gerüchte ranken sich auch um die Frage, wer zuerst geschossen habe, das Militär oder die Securitate. Es gab 1104 Tote und 3352 Verwundete. Der Hohe Kassationshof des Obersten Gerichts hat im Juli 2008 entschieden, dass die Securitate zuerst geschossen habe, deren Mitglieder allerdings zum Teil in die Armee eingeschleust worden waren.

Inzwischen ist Rumänien Mitglied der EU, hat die Folgen der Zangengeburt der Demokratie nicht ganz ausgestanden und hechtet schwer unter der Last der EU-Aufgaben. Ernst Kulcsar

Überfall auf Panama

Vor 20 Jahren sicherten sich die USA den Zugriff auf den Kanal

Zehn Jahre nach den Russen in Afghanistan nahmen auch die US-Amerikaner in ihrem „Hinterhof“ einen „Regimewechsel“ vor. Opfer dieses Wechsels war Manuel Noriega. Noriega war ab 1983 Kommandant von Panamas Nationalgarde, die er unter seiner Führung mit den Luft- und Seestreitkräften des Landes verband. Wie in anderen amerikanischen Bananenrepubliken war auch in Panama der Herr des Militärs Herr im Staat.

Daneben war die „Ananas“, wie Noriega wegen seines pokernartigen Gesichts auch genannt wurde, im großen Stil in Drogenhandel und Geldwäsche involviert. Diese kriminelle Seite des Manuel Noriega hinderte jedoch weder das Pentagon noch die CIA, vertrauensvoll mit ihm zusammenzuarbeiten. Im US-Fort Bragg erhielt er ein Training in psychologischer Kriegsführung; mit jährlich 200 000 Dollar stand er jahrelang auf der Gehaltsliste der CIA. Doch dann wendete sich das Blatt.

Den ab 1981 wieder im Weißen Haus regierenden US-Republikanern fiel es schon schwer genug zu akzeptieren, dass ihr Land sich zu Zeiten des demokratischen Präsidenten Jimmy Carter gegenüber dem damaligen panamaischen Militärjuntaführer Omar Torrijos verpflichtet hatte, die Panamakanalzone samt Kanal 1999 an Panama zurückzugeben. Kaum dass Ronald

Reagan Carter im Weißen Haus abgelöst hatte, kam General Torrijos bei einem Flugzeugabsturz ums Leben. Bis heute halten sich Gerüchte, dass dabei die CIA „nachgeholfen“ habe.

Nun schickte sich Noriega an, hinsichtlich seiner Kanalpolitik in die Fußstapfen seines toten Vorgängers zu treten. Er verhandelte mit japanischen Investoren und Baufröhen auf Kosten der US-Bau-

Die USA stießen
kaum auf Widerstand

firma Bechtel Corporation. Und die US-Armee musste auf seinen Druck hin ihr berühmtes Ausbildungslager „Western Hemisphere Institute for Security Cooperation“ (WHISIC), die frühere „School of the Americas“ (SOA), aus der Kanalzone in die USA verlegen.

Doch Noriega machte sich nicht nur in den USA, sondern auch im eigenen Land Feinde. Mit undemokratischen und brutalen Mitteln bekämpfte er diese. Nachdem der panamaische Diktator Anfang Oktober 1989 einen Putsch blutig niedergeschlagen hatte, fiel beim republikanischen US-Präsidenten George Bush senior die Entscheidung zur Intervention. Nach den im Vorfeld von Kriegen üblichen blutigen Zwischenfällen zwischen Soldaten beider Seiten ordnete

Bush am 20. Dezember 1989 die sofortige militärische Intervention in Panama an.

Gegen die fast 28 000 Invasoren der stärksten Macht der westlichen Welt hatten die 16 000 Verteidiger des Entwicklungslandes keine Chance. Innerhalb von vier Tagen waren fast alle Kampfhandlungen mit der panamaischen Nationalgarde beendet. Partisanen spielten – anders als in Afghanistan – keine Rolle. So kostete die Operation „nur“ 24 US-Soldaten das Leben, hingegen – je nach Quelle – zwischen 250 und 4000 Panamäern. Wie beim sowjetischen Afghanistankrieg konnte auch bei der US-Amerikanischen Panamainvasion der Aggressor eine Verurteilung durch die internationale Staatengemeinschaft durch sein Vetorecht im Sicherheitsrat verhindern.

Nachdem Noriega sich zum Ende der Kämpfe in die Nuntiatur geflüchtet hatte, stellte er sich schließlich am 3. Januar 1990 den Eroberern, die ihm den Prozess machten und zu einer langjährigen Zuchthausstrafe verurteilten. Ein renommierter US-amerikanischer Völkerrechtler bezeichnete Noriegas Ergehnisse als ungefähr so legal, „wie wenn der Ayatollah Khomeini die Festnahme des Schriftstellers Salman Rushdie auf dem Boden Großbritanniens angeordnet hätte, um ihn dann im Iran wegen Gotteslästerung vor Gericht zu stellen.“ Manuel Ruoff

»Der Kaiser und die Künste«

Das Verhältnis Wilhelms II. zu den Musen sagt viel über den letzten deutschen Kaiser – Tagung von (Kunst-)Historikern

Unter dem Titel „Der Kaiser und die Künste. Wilhelm II. im kulturellen Kontext des Kaiserreiches“ diskutierten Historiker und Kunsthistoriker im Düsseldorfer Gerhart-Hauptmann-Haus über ein bislang zugunsten der „reinen“ Politikgeschichte eher vernachlässigtes Thema. Dieser „äußere“ Aspekt erwies sich dabei als sehr ertragreich für das Verständnis des letzten deutschen Kaisers.

Wie kaum eine andere Person wird der letzte preussische König und deutsche Kaiser heute mit dem Schlagwort „Preußen“ verbunden. Fast keine Publikation, die sich mit Preußen als Gesamtphänomen befasst, verzichtet darauf, Wilhelm II. auf dem Titel abzubilden. Zu der inzwischen fast unüberblickbaren Literatur, die den Kaiser in den Mittelpunkt stellt oder sich mit einzelnen Aspekten seines Wirkens befasst, gesellen sich Fernsehsendungen bis hin zu der abendfüllenden, aus historischen Filmaufnahmen zusammengestellten und sogar im Kino gezeigten Dokumentation „Majestät brauchen Sonne“.

In erstaunlichem Gegensatz dazu steht die Tatsache, dass der 1859 geborene Wilhelm II. als Einzelperson im Jahr seines 150. Geburtstages kaum ins öffentliche Bewusstsein gerückt wurde. Die mangelnde Resonanz in der ansonsten so „jubelumsfreudigen“ Bundesrepublik lässt sich wohl nicht allein mit der Vielzahl der historischen Ereignisse und Personen erklären, die 2009 aufgrund eines „runden“ Jahrestages im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit standen.

Flächendeckend war die Abstinenz bezüglich der umstrittenen, mit Sicherheit aber für die preussische und deutsche Geschichte

äußerst bedeutsamen Persönlichkeit jedoch nicht. So wählte die Preußische Historische Kommission Wilhelm II. zum Gegenstand ihrer Jahrestagung.

Konzipiert und geleitet wurde die Tagung vom Vorsitzenden der Kommission, dem Chemnitzer Professor für Europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts Frank-Lothar Kroll in Zusammenarbeit mit dem Direktor des Geheimen Staatsarchivs Preussischer Kulturbesitz Jürgen Kloosterhuis sowie dem Direktor des Gerhart-Hauptmann-Hauses Winfried Halder.

Interesse und Anteilnahme Wilhelms II. erstreckten sich auf nahezu alle Bereiche der Kunst, wobei der Kaiser nicht selten selbst gestaltend eingriff. Bei großen architektonischen Projekten – genannt seien beispielsweise die Jeru-

Parallelen mit Großonkel Friedrich Wilhelm IV.

salemmer Erlöserkirche, die neu-beziehungsweise wiederaufgebaute Hohkönigsburg im Elsass – ist zweifelsfrei eine Einflussnahme des Kaisers erkennbar, deren Umfang jedoch schwer zu bemessen ist.

Hingegen lässt sich bei kleineren Bauten, etwa dem Donaueschinger Diana-Brunnen, und insbesondere bei Denkmälern mit überlieferten Skizzen zeigen, dass hier sehr genau nach den Vorstellungen Wilhelms II. verfahren wurde. Dass im Bereich der Malerei maritime Motive von der Hand des Kaisers stammen, ist vielleicht weniger überraschend als ein durchaus talentiert ausgeführtes Porträt, welches seine zweite Frau Hermine in einer Weise darstellt, die eher an eine elegante Halbwelt-Dame der 1920er Jahre denken lässt als an die Frau des deutschen Exilkaisers.

Neben Entwürfen für Schmuck und Plaketten richtete sich die

Aufmerksamkeit des Kaisers auf Theater-, vor allem aber Opernaufführungen. Bei letzteren widmete er sich allerdings in erster Linie der Ausstattung, insbesondere den Kostümen. Eine nennenswerte musikalische Ausbildung Wilhelms II. lässt sich nicht

prägend, wovon die Aufstellung der Achilles-Statue im Achilleion zeugt. Das Achilleion auf Korfu, ehemals Sommersitz der österreichischen Kaiserin Elisabeth („Sisi“), hatte Wilhelm II. 1907 erworben. Nach seinen Vorstellungen wurde in der Anlage die monu-

mentale Statue eines „siegreichen Achilles“ aufgestellt. Dabei sollte eine bereits vorhandene Achilles-Skulptur, die den sterbenden Helden darstellt, in den Hintergrund gedrängt werden.

mentale Statue eines „siegreichen Achilles“ aufgestellt. Dabei sollte eine bereits vorhandene Achilles-Skulptur, die den sterbenden Helden darstellt, in den Hintergrund gedrängt werden. Die diesjährige Tagung der Preußischen Historischen Kommission hat deutlich gemacht, dass es sich bei dem Themenkomplex „Wilhelm II. und die Kunst“ um einen äußerst lohnenswerten, bei weitem noch nicht in allen Facetten erforschten Untersuchungsgegenstand handelt. Die These, dass es auf diesem Gebiet, wenn auch mit dem entsprechenden „künstlerischen Gefälle“, durchaus Parallelen zwischen dem als kunstsinnig bekannten preussischen König Friedrich Wilhelm IV. und seinem Großneffen Wilhelm II. gibt, dürfte Einiges für sich haben.

Abgerundet wurde die Tagung durch den öffentlichen, sehr gut besuchten Abendvortrag „Kaiser Wilhelm II. in neuer Sicht“ des in Cambridge lehrenden Professors für Neuere Europäische Geschichte und Preußen-Experten Christopher Clark. Jenseits der übermäßigen Betonung eines „persönlichen Regiments“ einerseits, eines inkonsequenten, von „traditionellen Oligarchien“ an den Rand gedrängten „Schattenkaisers“ andererseits, ist es Clark in hervorragender Weise gelungen, ein ausgewogenes, auch die Schwächen Wilhelms II. nicht aussparendes Gesamtbild des letzten preussischen Königs und deutschen Kaisers zu zeichnen.

Erk Lommatzsch



Herrscher und Künstler: Wilhelm II. (mit Pickelhaube) und Adolph v. Menzel (mit Zylinder) vor Adalbert v. Kosaks Gemälde „Attache der Garde du Corps bei Zorndorf“

Bild: Bundesarchiv

nachweisen, jedoch unternahm er auch auf kompositorischem Gebiet Gehversuche, wovon der „Gesang an Ägir“ zeugt. Der Kaiser verfasste sowohl Text als auch Melodie dieses Stückes.

Neben Vorlieben für Neoromanisches und altnordische Motive kann ein anhaltendes Interesse des Kaisers für die Antike festgestellt werden. Allerdings waren hier bestimmte Vorstellungen

reich der Oper ist es interessant, dass für das Urteil Wilhelms II. vor allem der Inhalt ausschlaggebend war, der musikalische Aspekt rangierte demgegenüber im Hintergrund.

Vom stetigen Interesse des Kaisers an Kunst- und kulturhistorischen Fragen zeugt nicht zuletzt der „Doerner Arbeitskreis“, den der Kaiser in seinem niederländischen Exil um sich versammelte.

mentale Statue eines „siegreichen Achilles“ aufgestellt. Dabei sollte eine bereits vorhandene Achilles-Skulptur, die den sterbenden Helden darstellt, in den Hintergrund gedrängt werden.

Die Maler Anton von Werner und Adolph von Menzel erfruchteten sich der Förderung Wilhelms II. Für Modernes allerdings war er in der Malerei ebenso wenig aufgeschlossen wie in

Der Materialist am Hofe Friedrichs des Großen

Julien Offray de LaMettrie hielt sich für eine Art Maschine – Als Leibarzt und Vorleser im Dienst des toleranten Preußenkönigs

Julien Offray de LaMettrie wurde am 25. Dezember 1709 in St. Malo geboren. Sein Vater wollte, dass er die kirchliche Laufbahn einschlagen solle, doch er interessierte sich mehr für die Heilkunde. Er studierte unter anderem bei dem berühmtesten Arzt

seiner Zeit, Hermann Boerhave (1668–1738) in Leyden, was damals bereits als Empfehlung genügte. Er übersetzte einige lateinische Werke Boerhaves ins Französische. Dann praktizierte LaMettrie zunächst in seiner Heimatstadt, aber sein unruhiger Geist trieb ihn

zum Militär, wo er als Regimentsarzt im Österreichischen Erbfolgekrieg (1740–1748) an verschiedenen Schlachten teilnahm. Als er 1744 schwer erkrankte, beobachtete er an sich selbst eine zunehmende Abnahme der geistigen Kräfte, die die Abnahme seiner körperlichen Kräfte begleitete. Die Schlussfolgerungen schrieb er in dem Buch „Histoire naturelle de l'ame“ (Naturgeschichte der Seele) nieder und stellte die Beziehungen zwischen Physis und Psyche dar. Damit machte er sich viele Feinde; sein Buch wurde öffentlich verbrannt, und er wurde aus der Armee ausgestoßen. LaMettrie ging nach Leyden und publizierte im naturalistischen Geiste weiter. Bevor er selbst im damals freisinnigen Holland in eine gefährliche Lage geriet, wurde er von Friedrich dem Großen (1712–1786), der durch seinen Akademiepräsidenten Pierre-Louis Maupertuis (1698–1759) auf ihn aufmerksam gemacht worden war, nach Berlin eingeladen. Maupertuis kam ebenfalls aus St. Malo. Am 7. Februar 1748 kam LaMettrie in Berlin an. Am 18. Februar 1748 schrieb Friedrich an Maupertuis über LaMettrie: „Ich freue mich sehr über die Acquisition, die ich mit LaMettrie gemacht habe. Er hat allen Geist,

den man haben kann, und ist darüber hinaus auch noch ein guter Arzt. Er hat meine Gunst dadurch gewonnen, dass er mir getreulich versichert hat, dass Sie mit der Medizin noch lange leben werden und bei einer gewissen Vorsicht nichts für Ihre Schwindsucht zu befürchten haben.“

LaMettrie wurde Mitglied der Berliner Akademie und einer der Vorleser Friedrichs. Im Jahr 1748 erschien sein Buch „L'homme machine“ (Der Maschinen-Mensch) anonym in Leyden. Es wurde zu einem grundlegenden Werk des

Materialismus, da es in realistischer Weise die Befindlichkeiten des Menschen darstellte und den menschlichen Körper mit einer

Maschine verglich, dessen Äußerungen wie die Bewegungen einer Maschine zu berechnen seien. LaMettrie war in Berlin weiterhin rastlos schriftstellerisch tätig. Allerdings trieb seine Hybris den noch nicht ganz 42-Jährigen am 11. November 1751 dazu, eine riesige getrüffelste Fasaneppaste zu verschlingen, so dass er – wohl an einem Schlaganfall und nicht durch Gift, wie es kolportiert wurde – starb.

Zu seinem Tode hieß es in Meusels Medizinischer Bibliothek, Erfurt/Leipzig 1752, Band I, S. 655:

„Die Maschine, die den Namen Julius Offray de LaMettrie führt, hat am 11. November alle Glieder von sich gestreckt. Im Andenken wird sie zwar wohl bleiben, über den Stillstand ihrer Bewegung aber wird sich schwerlich jemand betrüben. Denn es war eine gefährli-

che Maschine, die ... viel weiser als ihr Schöpfer sein wollte“

Friedrich, der an dem stets fröhlichen und geistvollen Arzt Gefallen gefunden hatte, widmete ihm einen Eloge, der am 24. Januar 1752 vor der Akademie verlesen wurde.

Jürgen Ziechmann



Stets fröhlich und geistvoll: Julien Offray de LaMettrie

Formen des Materialismus

Der Materialismus ist eine radikale geistige Strömung der Aufklärung (zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts), die sich auf die Erfahrung beruft und jede geistige und seelische Regung des Menschen auf materiale und körperliche Phänomene zurückführt. Die Existenz Gottes lässt sich nicht durch Experimente oder naturwissenschaftliche Forschungen nachweisen, woraus der Materialismus kurzerhand folgert, dass es keinen Gott gäbe. Auch Gedanken und Empfindungen des Menschen seien Erscheinungsformen der Materie. Auch der menschliche Wille sei nicht durch immaterielle Faktoren zu erklären, sondern nur durch Naturgesetze in seinen Wurzeln feststellbar. Wichtige weitere Vertreter des erkenntnistheoretischen Materialismus neben de LaMettrie waren Paul Henri Thiry d'Holbach (1723–1789), Claude Adrien Helvétius

(1715–1771) und Denis Diderot (1713–1784).

Man unterscheidet den ontologischen (erkenntnistheoretischen) Materialismus, der eine philosophische Position ist mit einer rein naturwissenschaftlichen Orientierung, vom historischen Materialismus des Karl Marx (1818–1883), der die gesellschaftlichen Vorgänge dadurch zu erklären versucht, dass er Produktion und Tausch als treibende Elemente der gesellschaftlichen Entwicklung benennt und die Geschichte der Menschheit als gesetzmäßige ökonomische Abfolge beschreibt. Die erreichte kapitalistische Entwicklungsstufe könne nur nach einer Revolution durch die Diktatur des Proletariats in den Sozialismus überführt werden. Der Sozialismus sei die einzige gesellschaftliche Lebensform, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verhindere, glaubte Marx. J.Z.

Mangel an Verstand und Charakter

Zu: „Unendliche Geschichte“ (Nr. 49)

Sind es wirklich nur Irrungen und Wirrungen, welche die Debatte um die Besetzung des Beirates der „Stiftung zu Flucht, Vertreibung und Versöhnung“ mit Erika Steinbach bestimmen? Wir Deutschen sind ein schafköpfiges Volk. Und unsere Eliten, von leider zu wenig Ausnahmen abgesehen, all zu oft Opportunisten und Feiglinge, mehr auf ihre Karriere als auf das Wohl des Volkes bedacht. In der Nazi-Diktatur hat diese Mischung nicht funktioniert. Und in der freien Gesellschaft soll das anders sein? So schnell ändern sich Eigenschaften nicht.

Immanuel Kant hat vor etwa 230 Jahren festgestellt, dass 95 von 100 Menschen der Urteilskraft ermangeln. Dass Guido Westerwelle sich als deutscher Außenminister öffentlich mit den Vertreibern und nicht mit den Vertriebenen solidarisiert, ist wie ein Meteoriten-Einschlag. Er möchte wohl eine 700-jährige deutsche Geschichte in den Ostgebieten möglichst geräuschlos entsorgen. Ich frage mich: Ist das ein Mangel an Charakter oder an Verstand, oder an beidem?

Herr Minister Jung ist zurückgetreten. Ich frage mich, wann auch Herr Westerwelle dies tut. Peter Herder, Weingarten

v. Gottbergs Bericht über Polen: Spannend wie ein Krimi

Zu: „Polen will eine ‚Neujustierung‘ des Rechts“ (Nr. 49)

Was in diesem Bericht von Wilhelm v. Gottberg über die offizielle polnische Politik in Bezug auf Versöhnung mit den Deutschen und insbesondere mit den Heimatvertriebenen verlautet, ist in Verbindung mit der offiziellen deutschen Gutmenschenpolitik – fortgesetzt von Guido Westerwelle – spannend wie ein Kriminalroman zu lesen.

In Polen werden beharrlich weiter alte Klischees gegenüber Russland und Deutschland bedient und alte Seilschaften beschworen – zur Not auch mit Anbiederungen zum Beispiel durch voreilige

Zusagen für Truppenaufstockungen in Afghanistan und US-Raketestationierung in den „wiedergewonnenen Westgebieten“.

Jeder, der sich für Geschichte interessiert, weiß, dass das polnische Hemd in den zurückliegenden Jahrhunderten nicht immer blütenweiß war. Die Beziehungen der Menschen untereinander dies- und jenseits von Oder und Neiße sind heutzutage mit viel Kleinarbeit weiter gediehen, als man es vielleicht möchte – somit steht die offizielle polnische Politik der gesamteuropäischen Entwicklung im Wege, das merken selbst die Partner in Brüssel.

Man schmolzt auch, wenn Russen und Deutsche bei soviel eige-

ner Unberechenbarkeit die geplante Gasleitung lieber durch die Ostsee legen, anstatt später noch Transitgebühren bezahlen zu müssen. Das ist das eigentliche Katz- und Mausspiel.

Was die BdV-Vorsitzende Erika Steinbach betrifft, ist sie nun mal in Warschau kein Wunschkandidat und das ist auch nicht erforderlich. Die Tatsache, dass sie seinerzeit gegen die „Grenze“ gestimmt hat, macht sie bei uns glaubwürdig und stellt die Politik der „Großen Drei von Potsdam“ nachträglich in Frage. Dem Unrecht an den Deutschen gebührt zumindest der gerechte Stellenwert in der Geschichtsschreibung, dafür wird Erika Steinbach sicher bürgen.

Man stelle sich mal vor, unsere westlichen Nachbarn hätten mit derartigen territorialen Forderungen und Vertreibungen aufgewartet, dann wäre von Deutschland fast nichts mehr übrig geblieben.

Alle wissen, dass wir mit diesen Fakten – die uns unsere Großväter hinterlassen haben – leben müssen und werden. Die Zeiten deutscher Vorleistungen oder Erfüllung von Erwartungshaltungen sollten 65 Jahre nach Kriegsende allerdings abgeschlossen werden. Es warten kompliziertere Probleme auf die Menschheit: Klima, Umweltverschmutzung und Überbevölkerung.

Wolfgang Saurenbach, Wuppertal

Polens Vergangenheit beginnt nicht erst 1939

Zu: „Die Zeit ist noch nicht reif“ (Nr. 44)

Wenigstens ein in Polen sympathischer Deutscher, jener seit Jahren in seiner Wahlheimat Polen lebende und dort als Kabarettist tätige Steffen Möller, der als bester deutscher Botschafter gilt, und der Polen herzlich willkommen ist. Dieser große Poleman, wie man im Schloss Bellevue einst befand, hat mit seinem Humor einen Beitrag zur Verbesserung des polnisch-deutschen Verhältnisses geleistet, weshalb das dort residierende

deutsche Staatsoberhaupt ihm 2005 auch das Bundesverdienstkreuz um den Hals gehängt hat.

Es kann jedoch nicht jeder Deutsche ein Kabarettist sein, um auf ukigke Weise zur Verbesserung des polnisch-deutschen Verhältnisses beizutragen. Auch steht uns, den von Möllers Wahlvolk ihrer Heimat Beraubten, nicht der Sinn nach Humor, was im christlichen Polen verständlich sein müsste. Herr Möller meint, dass man in Polen die deutsche Vergangenheitsbewältigung nicht ausreichend zur Kenntnis nimmt.

Viele Polen hätten das Gefühl, dass die Deutschen viel zu wenig über das, was 1939 bis 1945 passiert ist, wissen, und die Deutschen den Fall der „Westerplatte“ auch nicht kennen würden. Dies würde die Polen aggressiv machen, weil sie dann das Gefühl hätten, dass die ganze deutsche Vergangenheitsbewältigung nicht viel wert sei. Hier sollte Herr Möller den Polen „ihre“ eigene Vergangenheit unter die Nase halten, und die beginnt nicht erst 1939.

Friedrich Kurreck, Offenbach am Main

Sandmännchen im Panzer

Zu: „Kampf der Systeme im Kinderzimmer“ (Nr. 47)

Den Autor des Artikels muss die Fortsetzung des Ost-Sandmännchens hart getroffen haben, dass er sich verbittert in die Niederungen von Verunglimpfung begibt. Um den Irrsinn zu verdeutlichen: wenn eine (eine!) Panzerfahrt des Sandmännchens frühkindliche Wehrziehung ist, bedeutet dann eine Hubschrauberlandung frühkindliche Flugausbildung?

Das Sandmännchen kam desweiteren mit Schneepflug, Traktor,

Rentierschlitten, Kutsche, Zeppelin, Drachengleiter und Rakete.

Die „Mitteutsche Zeitung“ schreibt, das DDR-Fernsehen bereite eine Abendgruß-Sendung für Kinder vor und währenddessen erfuhre man vom Vorhaben des SFB, ebenfalls solches zu senden, so dass sie sich beiläufig, um als erstes mit dem Sandmann auf Sendung zu gehen.

Als aufmerksamer Leser finde ich, dass die PAZ manchmal einen Keil zwischen Ost und West treiben möchte.

Christoph Herrmann, Zäckwar

Wer war dabei?

Zu: Charta der Heimatvertriebenen – Zeitzeugen gesucht

Sie suchen Menschen, die bei der Unterzeichnung der Charta der Heimatvertriebenen am 5. August 1950 und/oder am darauf folgenden Tag bei der Verkündung in Stuttgart dabei waren. Wir suchen außerdem private Filmaufnahmen der Unterzeichnung und/oder Kundgebung. Kontakt: Allendorf

Media GmbH, Sabine Tegeler, stegeler@allendorf-media.de, Telefon (030) 240 84 69 22, Friedrichstraße 129, 10117 Berlin

Vom Volk der Erneuerer zu Innovationsfeinden

Zu: „Versorgungssicherheit in Gefahr“ (Nr. 48)

Es ist besorgniserregend, wie die unheilige Allianz von Politik, Medien und NGOs es geschafft hat, das nicht aufgeklärte Volk so zu verblöden, dass es als seinen Hauptfeind nicht die Verursacher des Skandals erkennt, sondern das lebenswichtige Kohlendioxid, CO₂.

Dass es ohne CO₂ keine Photosynthese, also auch kein Leben auf der Erde gäbe, wird in den zahlreichen Märchensendungen über die Klimakatastrophe grundsätzlich

nicht erwähnt. Das Gas wird als Dreck, Klimakiller und Umweltverschmutzer diffamiert. Es ist der Mafia der Katastrophenverkünder inzwischen gelungen, die Menschen gegen Kohlekraftwerke zu mobilisieren, obwohl es noch niemandem gelungen ist, zu beweisen, dass CO₂ den so genannten Treibhauseffekt, also eine Temperaturerhöhung in der Atmosphäre, befördert. Inzwischen scheint auch diese Reducation der Deutschen erfolgreich abgeschlossen zu sein. Wie sie allerdings ohne Kern- und Kohlekraftwerke ihren Strom aus der Steckdose bekom-

men werden – darüber nachzudenken hat man ihnen erfolgreich ausgetrieben. Windmühlen und Photovoltaik sollen es richten.

Auch Gentechnik und andere technische Erneuerungen sollen Teufelszeug sein. Die roten und grünen Gutmenschen haben auf ihrem Marsch durch die Institutionen ganze Arbeit geleistet. Vom Volk der Erneuerer und Nobelpreisträger des 19. und beginnenden 20. Jahrhundert ist ein Häuflein Innovationsfeinde geblieben, ein Volk so recht im Sinne unserer näheren und ferneren Nachbarn.

Dr. Knut Wuntke, Milow

Leipziger Uni grenzt Korporierte aus

Zu: „Ambitionierte Alma Mater mit viel Tradition“ (Nr. 48)

Die Leitung dieser „ambitionierten Alma Mater“ hat es nicht fertiggebracht, mit der seit Jahrhunderten ebenso ambitionierten korporierten Leipziger Studentenschaft ein gemeinsames Festprogramm darzustellen und durchzuführen. Das diesbezügliche Angebot des „Korporierten Festausschusses“ haben Rektor und andere Hochschul-Verantwortliche abgelehnt, so dass das krasse Gegenteil zu den wahrhaft feierlichen Aufzügen der Profes-

sorenschaft, Studenten und Bürger des Jahres 1909 beobachtet werden konnte.

Die studentischen Korporationen, die seit Jahrhunderten das Leben der Universität Leipzig maßgebend beeinflusst und mitgestaltet haben, werden auch seit der „Wende“ 1989/90 und dem Wiedereinzug der exilierten Korporationen weder als zur Universität gehörig noch sonst im Universitätsleben von offizieller Seite als beachtlich wahrgenommen.

Die feindliche Haltung der Nationalsozialisten und nach ihnen die der Kommunisten gegenüber

den traditionsreichen studentischen Korporationen ist auch unter gewandelten Verhältnissen geblieben. Dennoch haben sich die Leipziger Korporationen nicht geduldet. Sie haben festliche Jubiläums-Veranstaltungen in eigenem Namen veranstaltet unter anderem mit Vortragsreihen und am Abend des 31. Oktober mit einem feierlichen Festkommers im großen Saal des „Bayerischen Bahnhofs“. Über diese Initiativen hat man in der Presse nichts gelesen, sehr bedauerlich.

Peter Zeidler, Köln

Medaillen-Vergabe hatte mit Owens nichts zu tun

Zu: Leserbrief „Hitler schüttelte Owens die Hand“ (Nr. 47)

Hierzu kommt mir folgende Erinnerung: Um die Zeit der Olympischen Spiele von München 1972 wurde in den Medien berichtet, dass Hitler zu Beginn der Spiele die Goldmedaillen verliehen habe. Dies jedoch abgebrochen hätte, als Owens die Goldmedaille gewonnen hätte. In dieser Zeit lief eine Serie, in der Teilnehmer von 1936 von ihren Erlebnissen berichteten.

Als Junge schwärmte ich 1936 für Gisela Mauermeier und war nun gespannt auf ihren Bericht. Ich war hoch erfreut über ihre Erfahrungen in diesen Tagen. Auch andere Sportler sprachen begeistert über dieses sportliche Ereignis. Am deutlichsten ist mir in Erinnerung die Aussage eines Mannes, der damals eine bedeutende Rolle in der Organisation der Spiele inne hatte. Dieser Mann sagte: „Dadurch, dass Hitler immer erst von seiner Loge zum Ort der Medaillen-Vergabe

kommen musste, verzögerte sich alles sehr.“ Man habe deshalb Hitler gebeten, in Zukunft darauf zu verzichten. Das habe alles mit Owens nichts zu tun gehabt. Auch Jesse Owens kam in dieser Fernsehdokumentation zu Wort und sprach sich nur positiv über seine Erlebnisse 1936 in Berlin aus. Damals war es noch möglich, eine Sendung zu machen, die nicht dem Zeitgeist untergeordnet war. Wo sind wir inzwischen hingekommen? Adolf Fröhlich, Hamburg

Mit »political correctness« keine Versöhnung

Zu: „Unendliche Geschichte“ (Nr. 49)

Herr Westerwelle ist ein außenpolitisches Fliegengewicht. Er weiß nicht, was die Polen zwischen 1919 und 1939 allen ihren Nachbarn mit Gewalt angetan haben und wie sie in dieser Zeit mit ihren Minderheiten und den Juden umgegangen sind.

Eine Versöhnung erreicht man nicht zwischen einem nationalstisch überhöhten Nationalstolz

der polnischen Regierung und einer würdlosen deutschen Bundesregierung.

Herr Westerwelle weiß auch nicht, dass hinter Frau Steinbach hunderte Tausende Angehörige der Vertriebenenverbände stehen, die in ihrer früheren Heimat echte Verständigung mit den heutigen Bewohnern betreiben.

Herr Westerwelle hat keinen unabhängigen Geschichtsunterricht erhalten, und er kennt auch nicht die Aussagen von Norman C. Fin-

kelstein über die „Holocaust-Industrie“ und die von Avraham Burg in „Hitler besiegen“. Mit „political correctness“ gibt es keine Versöhnung! Karl-Friedrich v. Below, Mielkendorf

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den uns ungerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Anzeige

Advertisement for 'Das Web-Adressbuch für Deutschland 2010'. The ad features a large image of the book cover on the left, which is yellow and red with the title in large letters. To the right of the book, there are several columns of text in German, each starting with a quote from a different publication praising the book. The quotes mention various media outlets like 'Hamburger Abendblatt', 'Berliner Kurier', 'Frau im Spiegel', 'Hamburger Morgenpost', 'Dresdner Morgenpost', 'NDR', 'Saarbrücker Zeitung', 'Bayern 3', 'PC Magazin', 'Frankfurter Neue Presse', 'Berliner Zeitung', 'Stuttgarter Zeitung', 'Münchener Merkur', and 'Berliner Morgenpost'. At the bottom of the ad, there is a small logo for 'm.w. VERLAG' and the website 'www.web-adressbuch.de'. The overall layout is clean and professional, with a focus on social proof through media endorsements.



»Astra« und »Zafira« aus Moditten

Sieben Kilometer westlich der ostpreussischen Hauptstadt ist in Moditten, das die Russen „Kosmodemjanskogo“ nennen, der erste Opel vom Fließband der Fabrik »Avtotor« gelaufen. Zu diesem Anlass hat die Avtotor-Konzernleitung auf dem Hansaplatz ein zehnmütiges Feuerwerk spendiert, und da es völlig überraschend kam, waren manche Anwohner über die laute und unerwartete Vorstellung besorgt.

In der Fabrik werden die beiden Opel-Modelle Astra und der Minivan Zafira montiert. Geplant sind 30 000 Einheiten pro Jahr. General Motors und Avtotor wollen 50 Millionen Euro investieren, 39 Millionen wurden bereits ausgegeben. Das restliche Geld



Opel „Astra“ Bild: Internet

soll in den kommenden zwei Jahren vor allem für Schweißlinien investiert werden. Laut Vertrag sollen dann Neuwagen vollständig in Moditten fertiggestellt werden: von der Montage über das Schweißen bis zur Lackierung der Karosserie.

Die Zusammenarbeit von Avtotor und General Motors begann schon im Jahr 2003, als eine allgemeine Vereinbarung über die Pkw-Produktion in der Sonderwirtschaftszone Königsberger Gebiet getroffen wurde. 2004 stellte der GM-Konzern die ersten Modelle her, Hummer und Chevrolet. Später kamen Autos der Marke Cadillac hinzu. Damals unterzeichneten General Motors und Avtotor einen Vertrag über die Herstellung einer



Opel „Zafira“ Bild: Internet

Reihe neuer Modelle für die Jahre 2009 bis 2011 und erhöhte die Kapazität der Fabrik auf 100 000 Automobile jährlich.

Zur Zeit montiert Avtotor 27 Modelle von sieben Marken. Die Investitionen für deren Herstellung übersteigen 380 Millionen Euro. 2009 will Avtotor 60 000 Fahrzeuge aller Modelle fertigen. Im Vergleich zu 2008 werden wegen der schlechten Marktlage anderthalbmal weniger Autos produziert. Die Nachfrage ist allgemein zurückgegangen. Die Hauptgründe für die Fertigung von Opel-Modellen in der Sonderwirtschaftszone sind Zollvergünstigungen und die besondere geographische Lage mit ihrer Nähe zur Europäischen Union. Jurij Tschernyschew

Die offene und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem litauischen Botschafter in Berlin, Mindaugas Butkus, und dem Kreisvertreter von Memel-Stadt, Hans-Jörg Froese, geht weiter. In den letzten Wochen gab es mehrere Zusammenkünfte, darunter auf einem Filmabend sowie einem litauischen und sachsen-anhaltinischen Adventsmarkt.

Eine Frucht dieser Kooperation zwischen Kreisvertreter und Botschafter ist ein ganz besonderer Filmabend in der litauischen Botschaft in Berlin. Präsentiert wurden dabei Werke von Arvydas Barysas und seinem Team über die Burg Trakai und Thomas Manns »Mein Sommerhaus« sowie »Vineta«, ein Film über das kulturelle Wiederzusammenwachsen der Ostseeanrainerstaaten seit der

staatlichen Eigenständigkeit Litauens 1990. »Die ersten Preußen« wollen beide gemeinsam besuchen

ehemaligen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten und SPD-Vorsitzenden Björn Engholm vorgestellten Idee einer Wiedergeburt der historischen Zusammenarbeit im Ostseeraum zwischen den Anrainerstaaten die Entwicklung in den vergangenen Jahren dargestellt. Wesentlich ist das filmische Portrait von Dietmar Albrecht von der in Lübeck beheimateten Academia Baltica, seine Visionen der Zusammenarbeit in den Zeiten des Aufbruchs und deren Umsetzung. Dabei werden auch die in der Annäherung und Realisierung aufgetretenen Schwierigkeiten ebenso wie vielfältige Erschwernisse und nicht immer sachlich nachvollziehbare Argumente gegen das Erreichte dargestellt.

Bei einem litauischen Imbiss und Getränken bot sich nach der

Geschenk der (wiedergewonnenen) Freiheiten es ermöglicht habe, sich an diesem Ort zusammenzufinden und die Filme gemeinsam anzusehen. Gleichfalls überbrachte er Grüße des Sprechers der Landmannschaft Ostpreußen.

Arvydas Barysas und Martynas Purvinas aus Kaunas stellten die Entstehung und die Inhalte der Filme vor. In dem Film »Mein Sommerhaus« nach der gleichnamigen Rede Thomas Manns vor dem Münchener Rotary Club im Jahr 1931 sind eine Vielzahl von historischen Filmaufnahmen aus Nidden und der Kurischen Nehrung eingeflossen. Anhand des Inhalts der Rede wird die Distanz gegenüber, ja sogar die Fehleinschätzungen Manns der Nehrungsbevölkerung mehr als deutlich.

Im anschließenden Film »Versunken wie Vineta. Wege zum Nachbarn an der Ostsee« wurde ausgehend von der durch den ehemaligen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten und SPD-Vorsitzenden Björn Engholm vorgestellten Idee einer Wiedergeburt der historischen Zusammenarbeit im Ostseeraum zwischen den Anrainerstaaten die Entwicklung in den vergangenen Jahren dargestellt. Wesentlich ist das filmische Portrait von Dietmar Albrecht von der in Lübeck beheimateten Academia Baltica, seine Visionen der Zusammenarbeit in den Zeiten des Aufbruchs und deren Umsetzung. Dabei werden auch die in der Annäherung und Realisierung aufgetretenen Schwierigkeiten ebenso wie vielfältige Erschwernisse und nicht immer sachlich nachvollziehbare Argumente gegen das Erreichte dargestellt.

Bei einem litauischen Imbiss und Getränken bot sich nach der



Trugen zum Gelingen des Filmabends in der litauischen Botschaft bei: Martynas Purvinas, Austra Gibieziene, Arvydas Barysas, Hans-Jörg Froese und Marija Purviniene Bild: Froese

Präsentation in ungezwungener Atmosphäre die Gelegenheit zum ausführlichen Austausch auch über Heimatliches, Politisches, sowie Persönliches und Privates.

Am selben Tag fand wenige hundert Meter weiter in der Vertretung Sachsen-Anhalts der traditionelle litauische und sachsen-anhaltinische Adventsmarkt statt, auf dem das Angebot an Kunsthandwerk und kulinarischen Köstlichkeiten aus dem Baltikum und dem Bundesland eine Vorfreude auf das Weihnachtsfest aufkommen ließ. Der Reigen des Angebotenen reichte von litauischem Gebäck über Bernstein-schmuck und Produkten aus Leinen bis zu in der Samstagsschule von Kindern gebasteltem Kunsthandwerk. Aus Sachsen-Anhalt wurden gleichfalls vielerlei po-

tenzielle Geschenke wie Wurstprodukte, Baumkuchen, Gedrehtes, Weihnachtsschmuck und spezielle Gebrauchsgegenstände für Linkshänder angeboten.

Am Abend fand sodann der ebenfalls schon traditionelle Adventsempfang der beiden Länder statt. Eingeladen hatten der litauische Botschafter und der sächsisch-anhaltinische Staatssekretär für Landwirtschaft und Umwelt. Dieses Jahr war es zugleich die Abschlussveranstaltung des Millenniumsjahres Litauens. Ein Jahr lang hatten die Litauer gefeiert, dass im Jahre 1009 in den Quedlinburger Annalen erstmals in einer schriftlichen Quelle von Litauen beziehungsweise »Litua« die Rede war. Während der Ansprachen und Grußworte sorgte eine im Hintergrund laufende

Filmpräsentation über die Kurische Nehrung für einen stimmungsreichen Rahmen.

Alle Veranstaltungen konnten vom Kreisvertreter zu teilweise vielversprechenden Gesprächen mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft sowie Vereinen und Verbänden genutzt werden. Abschließend sei noch erwähnt, dass Botschafter Butkus sich nicht nur bestens mit der deutschen und preußischen Geschichte auskennt, er interessiert sich auch für Details wie die heutige Interessenvertretung der ostpreussischen Urbevölkerung, der Prussen, und möchte noch im Dezember die Museumsgalerie »Die ersten Preußen« der Stiftung Tolkenstein in Potsdam zusammen mit dem Ehepaar Froese besuchen. PAZ

Ein »Nein« aus Warschau

Die direkte Zugverbindung zwischen Königsberg und Berlin musste eingestellt werden

Die direkte Zugverbindung zwischen Königsberg und Berlin ist eingestellt worden. Die Entscheidung darüber fiel Anfang Dezember in Warschau. Die Bewohner Ostpreußens verlieren eine wichtige Verkehrsverbindung Richtung Westen. Schon ab den 1920er Jahren gab es einen festen Linienflug von Berlin über Königsberg nach Moskau, hinzu kam ein intensiver Fahrgaststrom per Eisenbahn zwischen diesen drei Städten.

Viele sahen deshalb in der Erneuerung der Flugverbindung zwischen Ostpreußen und einigen bundesdeutschen Städten, darunter Berlin, eine Fortsetzung des historischen Verkehrs und eine wichtige Ergänzung zur bereits seit 1992 wieder existierenden Eisenbahnverbindung.

Am 10. August 1992, anderthalb Jahre nach dem Ende der Abriegelung

des Königsberger Gebietes, erreichte der erste Zug mit 200 Passagieren aus der Bundesrepublik die Station »Dzierschinskaja nowaja«. Später wurden von deutscher Seite Mittel für den Bau eines Schienenzweiges mit europäischer Normalspur bis zum Südbahnhof in Königsberg zur Verfügung gestellt. Diese Linie wurde im Mai 1993 in Betrieb genommen. Beide Seiten feierten, dass es wieder eine direkte Verbindung zwischen Königsberg und Berlin gab.

Im Mai 2000 wurde jedoch der Verkehr der an polnische Züge angekoppelten russischen Waggons bis Berlin unterbrochen. Dies geschah auf polnische Initiative, weil sie die Verbindung für nicht einträglich genug hielt. Damals sprang die Bundesrepublik ein, indem sie

die Kosten übernahm. In Warschau fanden diesbezüglich Verhandlungen unter Beteiligung der Eisenbahnchefs der drei Länder statt. Bei einem Treffen des russischen Präsidenten mit dem damaligen deutschen Kanzler wurde ein Memorandum über die Zusammenarbeit bei der Erneuerung des Personenverkehrs zwischen Königsberg und Berlin geschlossen. Das Ende 2003 umgesetzt wurde. In den darauffolgenden Jahren nutzten ungefähr 10 000 Passagiere jährlich diese Verbindung. Einschließlich der Wartezeit an der Grenze dauerte die Fahrt etwas über 15 Stunden. Der Zug verließ um 18 Uhr abends Königsberg und erreichte Berlin um acht Uhr morgens.

Am 12. Dezember wurde die Zugverbindung Königsberg–Berlin

erneut von polnischer Seite unterbrochen. Als Grund nannte sie die Einstellung des Zugs Nr. 448/449 von Warschau nach Berlin. Die Waggons aus Königsberg wurden an diesen Zug angekoppelt. Die Entscheidung fiel die »PKP Intercity«, eine Tochterfirma der staatlichen polnischen Eisenbahngesellschaft PKP, aus rein wirtschaftlichen Überlegungen: Ihr war die Route nicht rentabel genug. Der Fahrkarten-Verkauf für die Zugverbindung Königsberg–Berlin wurde am 12. Dezember eingestellt. Dieser traurigen Entscheidung waren intensive Verhandlungen der russischen und der polnischen Eisenbahnchefs vorausgegangen. Schon damals gab es Gerüchte über eine Einstellung, doch die Entscheidung fiel erst Anfang Dezember, als klar wurde, dass die Polen keine andere Möglichkeit in Betracht ziehen würden. J.T.

Vage Erinnerung an den Korridor

Erinnerung: Neue Preise

Volle vier Jahre lang hat die Preußische Allgemeine Zeitung den Preis ihres Abonnements stabil gehalten. Nun zwingen steigende Kosten trotz strikter Ausgabendisziplin zur Anpassung der Bezugspreise. Unser Inlands-Abopreis steigt ab 1. Januar von 8,30 auf 9 Euro im Monat, al-

Daueraufträge bitte ändern!

so 108 Euro im Jahr. Der Bezugspreis im Ausland steigt auf 11,50 Euro monatlich (15,50 Euro bei Versand per Luftpost). Die Preußische Allgemeine bleibt damit auch in Zukunft die mit Abstand günstigste Wochenzeitung mit vergleichbarem journalistischen Angebot. Soweit keine Einzugsermächtigung besteht, bitten wir um die rechtzeitige Anpassung von Daueraufträgen. PAZ

Vom Banat über Deutschland nach Stockholm

Herta Müller stand anlässlich der Nobelpreisverleihung den Journalisten Rede und Antwort – »Ich liebe die rumänische Sprache«

Vor wenigen Tagen kamen in Stockholm die diesjährigen Nobelpreisträger zusammen, um an den Veranstaltungen der Nobelpreis-Woche teilzunehmen. Sie endet traditionell am 13. Dezember.

Für Herta Müller fand die erste große Veranstaltung, eine Lesung vor über 400 Zuhörern, am 7. Dezember im Gebäude der Königlich Schwedischen Akademie der Wissenschaften statt. Unter den Teilnehmern im „Börssalen“ waren Vertreter des Nobelpreis-Komitees, der Schwedischen Akademie der Wissenschaften, der internationalen Presse, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und weitere geladene Teilnehmer.

Herta Müller las auf Deutsch aus ihrer Erzählung „Jedes Wort weiß etwas vom Teufelskreis“, in

der es darum geht, wie der Hass auf das Regime des rumänischen Diktators Nicolae Ceausescu der Schriftstellerin Impulse für ihr literarisches Schaffen gab.

Bei einer Pressekonferenz am Tag danach am selben Ort fragten die Journalisten Müller vor allem nach dem Leben unter den Diktator Ceausescu. Über das heutige Rumänien berichtete Frau Müller den rund 100 überwiegend schwedischen, deutschen und rumänischen Medienvertretern, dass das Land von einer grundlegenden Verbesserung der Lage weit entfernt sei. Der heutige rumänische Geheimdienst sei zu 40 Prozent der gleiche wie unter Ceausescu. Ein Großteil der Archive stehe immer noch unter Verschluss, die Korruption sei hoch: „Es ist kein Wiederherstellung des alten Systems, aber die Leute der alten Nomenklatura und des

Apparats haben ein „zweites Leben“ bekommen. Rumänien braucht eine bürgerliche Gesellschaft, doch ihm fehlen die Voraussetzungen dafür. Die Menschen haben keine Gegner, mit denen sie etwas zu tun haben, sie haben Feinde, die sie vernichten müssen. Sie lernen nicht, zu diskutieren und andere Meinungen zu achten. Möglicherweise hat diese Brutalität ihre Wurzeln in der Diktatur ... Ein demokratisches Rechtssystem ist nötig, wirklich unabhängige Richter, das ist es, womit man die Korruption besiegen kann, und was es in Rumänien bislang nicht gibt.“

Es wurden auch philosophische Fragen gestellt wie: „Was können Sie Menschen sagen, die zwar ei-

ne Sprache, aber kein Zuhause haben?“ Frau Müller antwortete: „Ich weiß nicht, was Zuhause ist. Ich bin in Rumänien geboren und aufgewachsen. Aber ich kann es nicht meine Heimat nennen. Man kann ein Land nicht Heimat nennen, wo man nicht leben kann, wo man Todesangst hat.“

Auf die Frage eines rumänischen Journalisten: „Sie dramatisieren ständig die Situation in Rumänien, haben Sie denn auch irgendwelche positiven Eindrücke von Rumänien?“ antwortete sie: „In jeder Diktatur gibt es auch positive Seiten im Leben. Natürlich habe ich positive Eindrücke von Rumänien: von dem Land, nicht von dem Staat. Ich habe Freunde. Aber die Leute fragen

mich nicht, wer mir in schweren Momenten geholfen hat, man fragt mich auch nicht über die glücklichen Augenblicke.“

Über ihr Verhältnis zur rumänischen Sprache sagte sie: „Ich liebe die rumänische Sprache. Wenn ich auf Deutsch schreibe ist Rumänisch stets Teil meines Gedankenflusses.“

Herta Müller verglich die Situation im Land mit der DDR nach dem Fall der Mauer: „In der DDR hatte die Stasi keine Zeit, Dokumente zu vernichten, und die Archive wurden unmittelbar nach dem Fall der Berliner Mauer zugänglich, aber in Rumänien ist die Lage ganz anders. Erst nach zehn Jahren fand man im Jahr 1999 ähnliche Archive und natürlich gab es genügend Zeit, sie zu ändern.“

Das Thema Demokratie und Diktatur wurde auch auf das Bei-

spiel China ausgeweitet. Auf die Frage nach der Demokratie in diesem Land antwortete Herta Müller, dass die Verfolgung von Dissidenten „nicht das Geringste mit Demokratie zu tun hat“, und betonte, dass die westliche Welt eine entschiedenere und härtere Position gegenüber China einnehmen sollte, dann würde die chinesische Regierung über eine Änderung ihrer Politik nachdenken.

Auf die Frage, was die Preisträgerin mit ihrem mit einer Million Euro dotierten Preis anfangen werde, sagte Herta Müller, sie wisse es noch nicht, aber auf jeden Fall werde sie keine Jacht davon kaufen. Sie sagte, der Preis sei für sie ein großes Glück, sie wolle aber genauso weiter leben wie bisher. „Ich bin ein normaler Mensch und das möchte ich auch bleiben.“ Jurij Tschernyschew

Müller zeichnete ein trauriges Bild vom heutigen Rumänien

Lewe Landslid, liebe Familienfreunde,

also langsam glaube ich nicht mehr an Zufälle, denn es ist wieder etwas geschehen, was in der Erfolgsserie unserer Ostpreußischen Familie einen neuen Markstein setzt. Schon der Absender auf dem Brief mit den polnischen Briefmarken machte mich stutzig, denn ich hatte ihn erst vor Kurzem in unserer Kolonne erwähnt: Zaporowski. In der sehr schwierigen Suche einer Französin, deren Mutter aus einem ihr unbekanntem und für sie nicht auffindbarem Ort aus Westpreußen stammte. Den hatten wir bereits ohne Hilfe unserer Leserschaft gefunden. Es handelte sich um das von den Polen „Brynsk“ genannte Brinsk, Kreis Strasburg, einen sehr kleinen, nur aus mehreren „Buden“ bestehenden Ort – das konnten wir Frau Camille Stein mitteilen, auch einige Auszüge aus dem Namensregister aus der alten deutschen Zeit. Frau Steins Mutter Franziska war dort 1891 als Tochter des Ehepaars August Janowski und Marianne geborene Zaporowski geboren. Während sich der Name Janowski mehrmals in dem Einwohnerverzeichnis fand, gab es keinen Hinweis auf den Namen Zaporowski. Deshalb hakten wir noch einmal nach und fragten nach Trägern dieses Namens. Die Hoffnung war nicht sehr groß, denn die wechselvolle Geschichte dieses westpreußischen Ortes wird die ehemaligen Bewohner veranlasst haben, fort zu gehen, oder sie mussten ihn verlassen. Und selbst die Dagebliebenen dürften unsere Zeitung kaum lesen, zumal sie schon längst einer anderen Generation und Nation angehören.

Man kann noch so logische Folgerungen ziehen – die Wirklichkeit krepelt alles um, der Brief des Franz Zaporowski beweist es. Und damit Sie sehen, warum ich ihn in atemloser Spannung gelesen habe, gebe ich den Inhalt wörtlich weiter. Herr Zaporowski, heute in Hohestein (Pszczółki) bei Danzig wohnhaft, schreibt:

„Als ich unlängst meine Verwandten besuchte, traf ich bei ihnen auf das Ostpreußenblatt Nr. 43. Bei dem Überblicken der Inserate traf ich auf den Titel „Es gibt schon Zufälle ...“ und dabei geht es um die Frau Camille Stein. Nach allen Anzeichen ist sie eine Verwandte von mir, höchst wahrscheinlich bin ich ihr Onkel. Mein Vater Dominik Zaporowski, * 1880 in Langendorf, Kreis Strasburg, Westpreußen (Brynsk, Colonie Brinsk, Langendorf, Kolonie Brynsk, Brynsk). Mein Großvater Simon Zaporowski und seine Ehefrau Marianne geborene Blas-

kewitz, herkömmlich aus Popowo bei Torun/Thorn. In dieser Ehe waren vier Kinder: Maria (Marianne), * 1870, † 1954, Apolonia, * 1873, † 1952, Dominik * 1880, † 1967, ein Junge verstarb im Kindesalter. Maria (Marianne) heiratete August Janowski. Aus dieser Ehe waren 14 Kinder, der Älteste war Jan, * 1889, † 1978. Das zweite Kind war Franziska, das müsste die Mutter von Camille sein.“

Soweit die wichtigsten Angaben aus dem Brief von Herrn Franz Zaporowski. Wenn diese Angaben stimmen, was bei der präzisen Auflistung der Namen

wandte finden. Wenn es auch nicht so viele sein werden wie bei jenem Landsmann, für den ich vor einigen Jahren nach Angehörigen suchte – er kannte niemanden aus seiner Familie – und der mir dann fast schockiert mitteilen konnte, dass er auf einmal 80 Verwandte hätte!!! Wir werden jedenfalls bald und freudig von Frau Steins Reaktion und einer vermutlichen Familienzusammenführung berichten können, der zwar im heutigen Europa keine Grenzen gesetzt sind, aber Sprachbarrieren in dieser franzö-

Angaben spärlicher. Zu den Eisen-Wiesemanns bekam er konkrete Hinweise, darunter auch von zwei Leserinnen, die aus dieser Linie stammen. Nun schließt unser Leser aus Hitzacker nicht aus, dass er über die Aufzeichnungen der Angehörigen der Eisen-Wiesemanns doch irgendwo die Querverbindung zu seinen Vorfahren findet, die es mit großer Wahrscheinlichkeit geben dürfte. Eine eventuell weiterführende Idee ist Michael Wiesemann bei der Suche nach den Daten seines Großvaters gekommen. Der war sicher kein Einzelkind, das wäre für ein ostpreußisches Ehepaar ungewöhnlich, und so will er den Suchkreis auf die Geschwister seines Urgroßvaters Gustav Wiesemann und deren Nachkommen ausweiten. Er erinnert sich an ein altes Foto, auf dem der Urgroßvater einen Knöchellang, aschgrauen Militärmantel trug, Koppel und Knopfreiheiten wiesen Ähnlichkeiten mit den Uniformen aus den Einigungskriegen (1864–1871) auf. Und vielleicht erinnern sich doch noch Wiesemann-Nachkommen aus dieser Linie an das Haus in der Goldaper Straße 24 oder 26, später Nr. 4. Auf diese Weise ließe sich dann die Lücke schließen, die Michael Wiesemann derzeit hindert, in den Kirchenbüchern und Archiven voranzukommen. (Michael Wiesemann, Schulweg 8 in 29456 Hitzacker.)

Manchmal ist es nur ein kurzer Anruf, manchmal ein Zettel, sehr oft eine E-Mail mit ein paar Namen – und immer mit der Aufforderung: Nun sucht man schön! Würden wir gerne tun, aber mit ein paar fehlerhaften Angaben kann man keine Spur legen. Fast immer muss ich nachfassen, und manchmal erfahre ich erst in einem direkten Gespräch, was überhaupt gemeint ist. Deshalb bitte ich immer, schon bei der ersten Anfrage auch Telefonnummer und Postanschrift anzugeben, die E-Mail-Adresse genügt nicht, weil viele unserer Leserinnen und Leser keinen Zugang zu den elektronischen Medien haben. Das habe ich schon oft gesagt und muss es leider immer wieder tun. Auch heute. Denn es liegen wieder Anfragen ohne Adressangaben vor und Rückfragen blieben ohne Antwort. So kann es vorkommen, dass – manchmal auch erwünscht, weil die Korrespondenz ausschließlich über eine andere, mit dem Internet vertraute Person geht – nur E-Mail-Adressen angegeben werden. Wenn diese von interessierten Lesern nicht genutzt werden können, dann bitte die Briefe an unsere Anschrift senden. Nachfassen musste ich auch bei

dem Suchwunsch von Frau Dora Ommert aus Gießen, die schon lange nach ihren Vorfahren sucht, jetzt aber erst den Hinweis auf unsere Ostpreußische Familie bekam. Hier lagen die Schwierigkeiten vor allem daran, dass die Ortsangaben ungenau waren. Jetzt können wir den Suchwunsch richtig einordnen: Wer kann Angaben über Frau Gertrud Ampt, geborene Czybayko, * 10. Januar 1919 in Fröhlichen, Kreis Johannisburg, und ihre Eltern machen? Es handelt sich bei diesen um Karl Czybayko und Frau Auguste Helene geborene Treskatis, * 7. April 1891 in Scharyken, Kreis Treuburg. Hier fand auch am 15. Dezember 1912 die Hochzeit statt. Daten zu Geburt und Tod des Karl Czybayko fehlen, es ist anzunehmen, dass er aus Fröhlichen stammt, denn alle Kinder aus dieser Ehe wurden in

pe aus der Wüste zur Truppe führte. Er wurde für seine Rettungstat hoch ausgezeichnet. Nun bin ich fast 87 Jahre alt und dem Ostpreußenblatt von erster Stunde an treu, deshalb möchte ich Sie bitten, nach Kriegskameraden aus der Afrikazeit, später Italien, dann Ardenneneinsatz unter Oberst v. d. Heydt zu suchen. Mit Auskunftsstellen stehe ich in Verbindung, und vier Freunde leben noch.“

Sehr gerne, lieber Herr Buchholz, haben wir hiermit Ihren Wunsch erfüllt und hoffen, dass Ihre Treue zu unserer Zeitung auch mit einem erfreulichen Echo auf Ihre Suchfrage belohnt wird. (E-Mail: horst.buchholz@htp-tel.de)

Im Nachlass seines Onkels Egon Lemke fand unser Leser Gerd Fest zwei Fotos, die ihn in einer für den Neffen unbekanntem Uniform zeigen. Die Aufnahmen wurden am 17. September 1939 in Osterode gemacht. Herr Fest vermutet, dass der Onkel damals Mitglied eines Heimat- oder Grenzschutzbundes war, der während der Poleneinmärsche zur Wehrmacht kam, denn auf der Armbinde steht „Deutsche Wehrmacht“. Es ist anzunehmen, dass die Aufnahmen auf Heimaturlaub gemacht wurden, denn sein Einsatz dürfte im Gebiet des ehemaligen polnischen Korridors gewesen sein. Aber ehe wir den Vermutungen zu viel Platz einräumen, fragen wir lieber unsere Leser: Wer kann über diese Uniform etwas sagen, hat sie vielleicht selber getragen? (Gerd Fest, Ulmenstraße 14 in 45133 Essen, Telefon 0201/265820.)

Schon jetzt will ich im Namen unserer Ostpreußischen Familie herzliche Weihnachtsgrüße an unsere treuen Leser und Leserinnen im Ausland senden, die unsere Zeitung etwas später erhalten. Und auf die sie immer sehnsüchtig warten, wie wir den Briefen aus den USA, Kanada, Südafrika und Australien entnehmen können. Das Ostpreußenblatt im Mantel der PAZ ist da eine verlässliche Brücke. Ein besonders herzlicher Gruß geht nach Sydney, wo eine kleine Vanessa mich zur Urgroßtante gemacht hat, wie mir die stolzen Großeltern berichten konnten. Und da diese begeisterte Leser unserer Zeitung sind, sei mir dieser kleine Extragrüß erlaubt.

Eure



Ruth Geede



Egon Lemke am 17. September 1939: Wer weiß Näheres über diese Mischung aus Reichsarbeitsdienstuniform und Wehrmachtsarmbinde? Bild: privat

und Daten kaum zu bezweifeln ist, wäre er tatsächlich ein naher Verwandter von Camille Stein. Dann hätten wir einen großartigen Erfolg erzielt, der vielleicht nicht der einzige bleibt, denn nach diesen Aussagen hätte ja Frau Steins Mutter Franziska 13 Geschwister gehabt. Und wenn die alle so langelig sind, wie man aus den Daten der namentlich Genannten ersehen kann, könnten sich noch weitere Ver-

sich-deutsch-polnischen Verständigung.

Ja, unsere Ostpreußische Familie zieht viele Kreise, das konnte auch Herr Michael Wiesemann aus Hitzacker feststellen, der neue Erfolge in seiner Familienforschung vorweisen kann, nachdem wir über erste bereits berichteten. Das Problem ist nur, dass es im alten Stallupönen zwei Wiesemann-Sippen gab, die der Suche ihrer kaufmännischen Tätigkeit nach in „Stoff-Wiesemanns“ und „Eisen-Wiesemanns“ trennt. Er stammt aus der erstgenannten Linie, und da sind die

Die ostpreußische Familie



Ruth Geede

Foto: Pawlik

dem zum Kirchspiel Richtenberg gehörenden Ort geboren. „Wir interessieren uns für alle Vorfahren, die Sie finden können“, malt die Enkelin von Gertrud Ampt, die auch die Korrespondenz führt. (E-Mail M.Amp@gmx.de, Postanschrift: Dora Ommert, Licher Straße 89 in 35394 Gießen.)

Mit großer Freude hat Herr Horst Buchholz den Artikel in der PAZ „Deutschlands stille Reserve“ über seinen unvergessenen Kommandeur Freiherr von der Heydt gelesen und verbindet in seinem Schreiben Dank und Bitte:

„Nach meiner Fallschirmsprungausbildung war er als Major mein Kompanie-Chef, später war er mein Btl.Kommandeur in Afrika.

„Unsere Familie“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de



ZUM 101. GEBURTSTAG

Kuhr, Charlotte, geb. **Gulbis**, aus Inse, Kreis Elchniederung, jetzt Tannenhof 4, 28870 Ottersberg, am 23. Dezember

ZUM 100. GEBURTSTAG

Pustan, Charlotte, geb. **Rockel**, aus Palmnicken, Kreis Samland, jetzt Am Mühlenberg 11, 49774 Lähden/Holte, am 25. Dezember

ZUM 99. GEBURTSTAG

Kloß, Gertrud, aus Talussen, Kreis Lyck, jetzt Grabenstraße 1, 59320 Ennigerloh, am 27. Dezember

ZUM 98. GEBURTSTAG

Greszik, Helene, aus Lötzen, jetzt Julius-Leber-Weg 1, 25524 Itzehoe, am 23. Dezember

ZUM 96. GEBURTSTAG

Heinrich, Otto, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Erlengweg 31, 47906 Kempen, am 19. Dezember

ZUM 95. GEBURTSTAG

Hillgruber, Erika, geb. **Lorenz**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Forststraße 44, 50767 Köln, am 23. Dezember
Iwanowski, Marie, aus Giersfelde, Kreis Lyck, jetzt Melanchthonstraße 75, Seniorenheim, 42653 Solingen, am 25. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bender, Fritz, aus Ebenrode, jetzt Poststraße 151a, 44809 Bochum, am 17. Dezember
Fichtner, Eva, geb. **Langkarth**, aus Johannisburg, jetzt Johanneshaus, Thebaerforum, Mechternstraße 28, 50823 Köln, am 20. Dezember
Lehmann, Erna, geb. **Uszkurat**, aus Ebenrode, jetzt Lüneburger Straße 130, 29614 Soltau, am 26. Dezember
Reuter, Hildegard, geb. **Paulson**, aus Taplacken, Kreis Wehlau, jetzt Ulmenstieg 6, 24568 Kaltenkirchen, am 25. Dezember

ZUM 93. GEBURTSTAG

Borchert, Helene, geb. **Michalski**, aus Jesken, Kreis Treuburg, jetzt Meitzendorfer Straße 36, 39179 Barleben, am 27. Dezember
Helm, Luise, aus Hüttenfelde, Kreis Treuburg, jetzt Giselher-

weg 8, 42653 Solingen, am 22. Dezember

Lojewski, Johanna, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, jetzt Nahburger Straße 21, 92245 Kümmersbruck, am 27. Dezember

Niedanowski, Johann Emil, aus Skurpinen, Kreis Neidenburg, jetzt Kuh Schnapler Berg 2, 09337 Rüssdorf, am 22. Dezember

Westphal, Irma, aus Osterode, jetzt Oldenburger Landstraße 10, 23701 Eutin, am 28. Dezember

ZUM 92. GEBURTSTAG

Braun, Herta, geb. **Dannapel**, aus Kalkhöfen, Kreis Ebenrode, jetzt Hausstockweg 57, 12107 Berlin, am 15. Dezember

Schink, Christel, geb. **Walendy**, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 14, jetzt Am Forstkreuz 10, 56639 Königswinter, am 24. Dezember

ZUM 91. GEBURTSTAG

Brettschneider, Emil, aus Bönenwalde, Kreis Heiligenbeil, jetzt Wormser Straße 1, 27270 Bremerhaven, am 22. Dezember

König, Martha, geb. **Modregger**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Krondorfer Straße 5, 06766 Wolfen, am 25. Dezember

Krause, Martha, geb. **Kudritzki**, aus Lyck, General-Busse-Straße 24, jetzt Tübitzer Straße 35, 70825 Kornthal-Münchingen, am 26. Dezember

Mirbach, Christel, aus Lyck, jetzt Roonstraße 5, 50996 Köln, am 25. Dezember

Wasilenski, Elfriede, aus Schafeneck, Kreis Ebenrode, jetzt Fuhlendorferweg 5b, 22589 Hamburg, am 18. Dezember

ZUM 90. GEBURTSTAG

Erwin, Wilhelm, aus Winsken, Kreis Neidenburg, jetzt Zweigsigstraße 9c, 33607 Bielefeld, am 24. Dezember

Ewert, Christel, geb. **Rasch**, aus Karlshof, Kreis Rastenburg, jetzt Ernst-Thälmann-Straße 15, 16321 Börmicke, am 24. Dezember

Federmann, Waltraud, geb. **Pilat**, aus Ostseebad Cranz, jetzt Kesselberg 53, 34212 Melsungen, am 23. Dezember

Görgens, Richard, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, jetzt Duisburger Straße 440, 47198 Duisburg, am 18. Dezember

Heinrich, Charlotte, aus **Kelchendorf**, Kreis Lyck, jetzt Walkmühlenweg 13, 35745 Herborn, am 26. Dezember

Hepke, Gertrud, geb. **Schmidt**, aus Rehbusch, Kreis Ebenrode, jetzt Blumenstraße 19, 30880 Laatzen, am 20. Dezember

Jahnke, Dr. Ernst, aus Elbing, jetzt Rockwinkler Heerstraße 130, 28355 Bremen, am 27. Dezember

Költch, Waltraud, geb. **Galoska**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Kastanienweg 1, 08529 Plauen, am 24. Dezember

Krauledat, Franz-Karl, aus Malissen, Kreis Ebenrode, jetzt Heinrich-Schwerdt-Straße 3, 99880 Waltershausen, am 20. Dezember

Massar, Liesbeth, geb. **Poschmann**, aus Heiligenbeil, Rosenberger Landstraße 5, jetzt Hüllweg 19, 66482 Zweibrücken, am 19. Dezember

Mertins, Charlotte, geb. **Herrmann**, aus Kuglacken, Jacobsdorf, Kreis Wehlau, jetzt Ostlandsiedlung 29, 27383 Scheeßel, am 26. Dezember

Moller, Hedwig, geb. **Schweiger**, aus Kellen (Kellminen), Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Friedensallee 25, 39261 Zerbst, am 17. Dezember

Prank, Eugen, aus Saberau, Kreis Neidenburg, jetzt Osterhoop 24, 38543 Hillerse, am 24. Dezember

Preuß, Hildegard, geb. **Dagott**, aus Rothenen, Kreis Fischhausen, jetzt Vietzer Straße 7, 29475 Gorleben, am 14. Dezember

Rapp, Annemarie, aus Ebenrode, jetzt Panoramasträße 54, 65191 Wiesbaden, am 17. Dezember

Wagner, Willi, aus Ebenrode, jetzt Humboldtstraße 20, 14712 Rathenow, am 22. Dezember

Wirths, Christa, geb. **Schirwinsky**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, jetzt Rosenhang 7, 51545 Waldbröl, am 25. Dezember

ZUM 85. GEBURTSTAG

Albers, Christel, geb. **Cyrcel**, aus Saberau-Abbau, Kreis Neidenburg, jetzt Augustenstraße 28, 26441 Jever, am 23. Dezember

Bansemir, Herta, geb. **Freyer**, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, jetzt Strickleinsweg 26, 97199 Ochsenfurt, am 22. Dezember

Bartsch, Vera, geb. **Löper**, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, jetzt Flugplatzweg 45, 79258 Hartheim, am 21. Dezember

Bartschies, Heinz, aus Lyck, jetzt Arnswaldstraße 29, 30159 Hannover, am 24. Dezember

Dembek, Willy, aus Grundensee, Kreis Lötzen, jetzt Liegnitzer Weg 15, 32339 Espelkamp, am 22. Dezember

Dunzig, Margarete, geb. **Schick**, aus Lötzen, jetzt Willy-Brandt-Straße 12, 76571 Gaggenau, am 24. Dezember

Dziedzic, Heinrich, aus Steinberg, Kreis Lyck, jetzt Mühlenweg 28, 50996 Köln, am 22. Dezember

Erismann, Alfred, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, jetzt Stormstraße 12, 51912 Bergkamen, am 23. Dezember

Eumicke, Frieda, geb. **Irrtje**, aus Stolzenau, Kreis Ebenrode, jetzt Ernst-Deecke-Weg 92, 23568 Lübeck, am 23. Dezember

Froese, Grete, geb. **Laser**, aus

Kalthagen, Kreis Lyck, jetzt Kolberger Straße 9, 21244 Buchholz, am 26. Dezember

Gardeick, Heinz, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Ginsterweg 42, 52428 Jülich, am 23. Dezember

Gerdes, Richard, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, jetzt Wetzlarer Straße 16, 35580 Wetzlar, am 26. Dezember

Glashoff, Charlotte, geb. **Samsel**, aus Schönwiese, Kreis Neidenburg, jetzt Norderstraße 69, 25436 Tornesch, am 24. Dezember

Hartmann, Lucie, geb. **Gatzke**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Bismarckstraße 32, 32545 Bad Oeynhausen, am 21. Dezember

Lampe, Hildegard, geb. **Sokolowski**, aus Ramecksfelde, Kreis Lyck, jetzt Dorfplatz 1, 19067 Rame, am 26. Dezember

Meier, Christel, geb. **Wischnewski**, aus Neidenburg, Soldauer Straße, jetzt Sofioloer Straße 1/74, 99091 Erfurt, am 26. Dezember

Müller, Hermann, aus Schirrau, Groß Schirrau, Kreis Wehlau, jetzt Riesengebirgsstraße 72c, 47448 Moers, am 23. Dezember

Olshewski, Helmut, aus Lyck, jetzt Buchendorfer Straße 19, 82131 Gauting, am 22. Dezember

Pawassarat, Klaus, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Grothstraße 20, 31787 Hameln, am 21. Dezember

Schössow, Liesbeth, geb. **Sostak**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Saligmannsweg 9, 33330 Gütersloh, am 24. Dezember

Stumm, Herta, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, jetzt Lazarettgasse 8, 72070 Tübingen, am 21. Dezember

Tietz, Gerhard, aus Wehlau, Kleine Vorstadt, jetzt Forststraße 203, 70193 Stuttgart, am 27. Dezember

Waga, Ewald, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Kettelerweg 5, Seniorenheim, 22457 Hamburg, am 23. Dezember

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bartel, Brunhilde, geb. **Willig**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, jetzt Ohlstädter Straße 8, 22949 Ammersbek, am 14. Dezember

Brinkmann, Roswitha, geb. **Böhme**, aus Reimnswalde, Kreis Treuburg, jetzt Auf dem hohen Ufer 125b, 28459 Bremen, am 23. Dezember

Buschsenja, Christel, geb. **Kinder**, aus Neidenburg, jetzt Am Aarbach 17, 21279 Hollenstedt, am 22. Dezember

Clormann, Christel, geb. **Tesarsch**, aus Bartendorf, Kreis Lyck, jetzt Höhenweg 1, 63477 Maintal, am 26. Dezember

Demant, Horst, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, jetzt Holtkamp 25, 45886 Gelsenkirchen, am 21. Dezember

Ernst, Christa, geb. **Michalski**, aus Heiligenbeil, Parschauweg 1, jetzt Schönwolder Straße 10, 18276 Hägerfelde / Güstrow, am 27. Dezember

Harborth, Anneliese, geb. **Artswagner**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, jetzt Mühlenring 31, 38104 Braunschweig, am 26. Dezember

Heinrich, Christel, geb.

Ostpreußenchor

Hamburg – Ein Weihnachtskonzert gibt der Ostpreußenchor Hamburg am Freitag, 18. Dezember, 15 Uhr, in der St.-Gabriel-Kirche, Hartzloh-Platz 17. Der Eintritt ist frei. Die Kirche kann mit dem HVV von Barmbek mit dem Bus 172 oder 7 bis zur Haltestelle Hartzloh erreicht werden. Von hier aus sind es rund 7 Minuten Fußweg. Weitere Informationen erhalten Sie bei Ilse Schmidt, Telefon (040) 2543935.

Schwarz, aus Duneiken, Kreis Treuburg, jetzt Niebiz 10, 95659 Arzberg/Oberfranken, am 23. Dezember

Heinz, Christel, geb. **Woßbeck**, aus Seerappen, Kreis Samland, jetzt Hergeser Allee 2, 95587 Steinbach, am 27. Dezember

Hellriegel, Hans, aus Stosnau, Kreis Treuburg, jetzt Friedensstraße 29, 19332 Witteneberge, am 24. Dezember

Hoffmann, Fritz, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, jetzt Friedhofsweg 13a, 21614 Buxtehude, am 27. Dezember

Jurgleit, Siegfried, aus Schandendorf, Kreis Elchniederung, jetzt Bartedover Straße 5, 17139 Malchin, am 24. Dezember

Just, Eva-Maria, geb. **Reich**, aus Königsberg, jetzt Ginsterweg 16, 32425 Minden, am 21. Dezember

Kant, Gerda, geb. **Tatzik**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, jetzt Wedeler Weg 53, 25421 Pinneberg, am 24. Dezember

Kirsch, Dr. Joachim, aus Tilsit, jetzt Thomas-Mann-Straße 12, 89250 Senden, am 27. Dezember

Klook, Lilo, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Tonndorfer Hauptstraße 152b, 22045 Hamburg, am 26. Dezember

Kozian, Ilse, aus Ortelsburg, jetzt Königstieg 12, 38118 Braunschweig, am 23. Dezember

Lange, Christel, geb. **Nichau**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Bachstraße 11, 54294 Trier, am 27. Dezember

Liske, Reinhard, aus Schareiken, Kreis Treuburg, jetzt Burmeister-Straße 82, 18435 Stralsund, am 24. Dezember

Mengel, Elfriede, geb. **Mallek**, aus Ilowo, Kreis Neidenburg, jetzt Im Dorfe 7, 35041 Marburg, am 25. Dezember

Mertins, Horst, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Neuer Weg 3, 06642 Altenroda, am 15. Dezember

Naumann, Eva, geb. **Deutsch**, aus Trankwitz, Kreis Samland, jetzt Am Zunder 17, 40589 Düsseldorf, am 27. Dezember

Nikulski, Eitel, aus Willkassen, Kreis Treuburg, jetzt Bergstraße 31, 01776 Hermsdorf, am 27. Dezember

Noack, Adelheid, geb. **Boguschewski**, aus Plöwken, Kreis Treuburg, jetzt Hildesheimer Straße 6, 31157 Stralsund, am 27. Dezember

Pest, Henni, geb. **Zittler**, aus Friedrichthal, Kreis Wehlau, jetzt Zur Tanne 2, 06869 Klienken, am 26. Dezember

Räse, Willy, aus Knöppelsdorf, Kreis Samland, jetzt Epplergarten 9, 72336 Balingen, am 21. Dezember

Raudszus, Alfred, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, jetzt Reuchlingstraße 24, 65199 Wiesbaden, am 25. Dezember

Reinicke, Christa, geb. **Didszum**, aus Nassauen, Kreis Ebenrode, jetzt Alexanderstraße 27, Wohnung 5, 20099 Hamburg, am 24. Dezember
Richter, Erich, aus Zawro-

ty/Schwenkendorf, Kreis Mohrungen, jetzt PL 14-300 Morag/Mohrungen, am 24. Dezember

Romanowski, Herbert, aus Kehlerrfeld 10b, 45701 Herten, am 25. Dezember

Schellien, Kurt, aus Soldau, Kreis Neidenburg, jetzt Heinenstraße 87, 45475 Mülheim, am 27. Dezember

Schortz, Rudi, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Jung-Stilling-Weg 51, 42477 Radevormwald, am 26. Dezember

Schulz, Christel, geb. **Dose**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, jetzt Fleethörn 42, 24103 Kiel, am 24. Dezember

Schwagerreit, Klaus, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Zum Sportplatz 26, 28816 Stuhr, am 23. Dezember

Schweig, Ulrich, aus Soldau, Kreis Neidenburg, jetzt Sielkamp 28, 38112 Braunschweig, am 23. Dezember

Steiner, Brigitte, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Ewaldstraße 59, 37075 Göttingen, am 17. Dezember

Steinke, Alfred, aus Fischhausen, Kreis Samland, jetzt Glückaufsegenstraße 112, 44265 Dortmund, am 25. Dezember

Syttkus, Peter, aus Walden, Kreis Lyck, jetzt Breisgauerstraße 9, 72766 Reutlingen, am 24. Dezember

Teschner, Fritz, aus Stampelken, Kreis Wehlau, jetzt Nordhager Straße 34a, 24398 Brodersby, am 22. Dezember

Weise, Kurt, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Am Wald 14, 09117 Chemnitz, am 27. Dezember

Wörner, Gertrud, geb. **Wenzlawski**, aus Pilgramsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Langendiebacher Straße 7, 63526 Erlensee, am 25. Dezember



Westphal, Walter, und Frau Irma, aus Osterode, jetzt Oldenburger Landstraße 10, 23701 Eutin, am 28. Dezember



Baginski, Alfred, aus Skandau, Kreis Gerdauen, und Frau Bärbel, geb. **Kempe**, aus Berbsdorf, Kreis Hirschberg, jetzt Rochusstraße 15, 32839 Steinheim, am 26. Dezember

Meckelburg, Herbert, aus Schniedau, Kreis Sensburg, und Frau Anita, geb. **Drewsky**, aus Schönwiese, Kreis Insterburg, jetzt Reehbergweg 4, 89160 Dornstadt, am 24. Dezember

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2010	11.-17. Oktober: 56. Werkwoche in Bad Pymont
6./7. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pymont	29.-31. Oktober: Seminar über Agnes Miegel in Bad Pymont
23./25. April: Kulturreferenten-seminar in Bad Pymont	6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pymont
24./25. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Allenstein	8.-12. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pymont
21./24. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pymont	<i>Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080. Auf einzelne Veranstaltungen wird hingewiesen. Änderungen bleiben vorbehalten.</i>
26. Juni: Deutsches Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein	
24.-26. September: Geschichtsseminar in Bad Pymont	

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



**BADEN-
WÜRTTEMBERG**

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher
Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon
und Fax (0711) 854093, Ge-
schäftsstelle: Haus der Heimat,
Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart,
Tel. und Fax (0711) 6336980.

Mannheim – Sonntag, 20. De-
zember, 15 Uhr, Weihnachtsfeier
im Bürgerhaus in Heddesheim.
Fahrdienst ab 14 Uhr vom Bahn-
hof Heddesheim zum Bürger-
haus. Die Feier wird gestaltet
vom evangelischem Posaunen-
chor, Günter Gajewski mit
Weihnachtsbräuchen und dem
Gesangsduo Regina und Hugo
Stegmüller mit ihrem Weih-
nachtsprogramm.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm
Böhl, Telefon (0821) 517826, Fax
(0821) 3451425, Heilig-Grab-Gas-
se 3, 86150 Augsburg, E-Mail: in-
fo@low-bayern.de, Internet: www.
low-bayern.de.

Bad Wörishofen – Die Gruppe
der Königsberger Ostpreußen-
Gemeinschaft in Bad Wörisho-
fen macht eine gewünschte Rei-
se in die Heimat. Dazu sind alle
heimatruhen Landsleute und
Freunde Ostpreußens herzlich
eingeladen mitzufahren. Königs-
berg, das Samland, die Kurische
Nehrung und Masuren warten
auf die Heimatverbundenen. Die
Fahrt geht mit dem bekannten
Reiseunternehmen Busche. Ter-
min: 15. bis 26. Juni 2010, Aus-
gangspunkt: Königsberg (Franken-
/ bei Schweinfurt – Bamberg in
Süddeutschland). Auskünfte
erteilt Gerhard Thal, Stifterweg

38, 89075 Ulm, Telefon (0731)
9508330.

Ingolstadt – Sonntag, 20. De-
zember, 13 Uhr, Adventsfeier der
Gruppe im Gasthaus Bonschab,
Münchner Straße 8, Ingolstadt.

Kitzingen – Freitag, 18. De-
zember, 14.30 Uhr, vorweihnachtliche
Feier im „Deutschen
Kaiser“, Kitzingen. Erleben Sie
besinnliche Stunden mit Ge-
dichten, Geschichten und
weihnachtlichen Weisen.

Nürnberg – Freitag, 8. Januar,
15 Uhr, Treffen der Gruppe im
„Tucherbräu am Opernplatz“. Es
wird der Film: „Das nördliche
Ostpreußen – 60 Jahre danach“
gezeigt. Gäste herzlich willkommen.

Weiden – Der Erste Vorsitzen-
de Hans Powelleit hieß die zahl-
reichen Mitglieder und Gäste in
der Gaststätte Heimgarten zur
Vorweihnachtsfeier willkommen.
Die Kassiererin Ingrid
Utschald gratulierte den Geburts-
tagskindern des Monats Dezem-
ber. Die Kulturwartin Renate Po-
weleit eröffnete den besinnlichen
Teil des Treffens mit Gedan-
ken an Weihnachten und die
Heimat Ostpreußens. Der Zweite
Vorsitzende Norbert Utschald
entzündete dabei die Kerzen des
Adventskranzes. Anita und Nor-
bert Utschald umrahmten die
Feier mit bekannten weihnacht-
lichen Weisen, gespielt auf Flöte
und Melodika. Die Anwesenden
begleiteten die Lieder fröhlich
mit Gesang. Norbert Utschald
berichtete anschließend von baye-
rischen Bräuchen und Traditionen
in der Adventszeit. Anita
Bauer und Ingrid Utschald brach-
ten einige besinnliche und lustige
Weihnachtsgeschichten zu
Gehör. Die Kinder Andreas, Ka-
tharina und Barbara Utschald
sangen unterstützt von ihren El-
tern „Dicke rote Kerze, Tannen-
zweigenduft“. Danach wurden
die Landsleute reichlich mit
Lebkuchen, Schokolade und
Obst beschenkt. Man verab-
schiedete sich schließlich mit

den besten Wünschen zur
Weihnachtszeit und für das neue
Jahr 2010. Die nächste Zusam-
menkunft findet erst am
Sonntag, den 7. Februar 2010 um
14.30 Uhr in der Gaststätte
Heimgarten statt.

Weißenburg-Gunzenhausen –
Sonntag, 20. Dezember, 16 Uhr,
Weihnachtsnachmittag im Gast-
haus Engel-Stuben, Bahnhof-
straße, Gunzenhausen, Mit Kaf-
fee und Kuchen, Gedichten und
Geschichten aus dem Nordosten
Deutschlands werden besinnli-
che Stunden verbracht.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch,
Geschäftsstelle: Stresemannstra-
ße 90, 10963 Berlin, Zimmer 440,
Telefon (030) 2547345, E-Mail:
bdvberlin@cityweb.de. Ge-
schäftszeit: Donnerstag von 13
Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der
Geschäftszeit: Marianne Becker,
Telefon (030) 7712354.

Landesgruppe – „Kultur erfah-
ren – nicht nur bewahren“ lautete
das Motto des Ostdeutschen
Kulturtages in Deutschlandhaus
der deutschen Hauptstadt. Sie
kamen aus ganz Berlin, um mit
ostpreußischen Landsleuten
und anderen Vertriebenen am
ostdeutschen Kulturtag der
Landmannschaften teilzunehmen.
Das Programm dieses Tages
wirkt immer noch wie ein
Magnet. Knapp 500 Ostpreußen
waren der Einladung gefolgt.
Dies obwohl die Mitgliederzah-
len der ostdeutschen Lands-
mannschaften nicht mehr wach-
sen und viele daher meinen,
dass Veranstaltungen wie der
ostdeutsche Kulturtag heute
nicht mehr ausreichend Teilneh-
mer finden. Rüdiger Jakesch,
Vorsitzende der Landesgruppe,
hatte gegenüber allem Pessi-
mismus die Einladungen recht-
zeitig verschicken lassen. Zur
Freude aller wurde die Besu-
cherzahl des letzten Jahres sogar
deutlich übertroffen. Ganz im
Sinne der Veranstaltung brach-

ten der Teilnehmer Familienan-
gehörige und Freunde mit. Die
Fülle, die zur Enge wurde, hatte
auch Vorteile. Man traf auf mehr
Landsleute als sonst, kam
schneller ins Gespräch, konnte
Neuigkeiten austauschen und
darüber spekulieren, wie es mit
der landmannschaftlichen Ar-
beit weiter gehen wird. Vor al-
lem aber freute man sich dar-
über, dass der ostdeutsche Kultur-
tag lebt. Das Programm enthielt
bekannte und bewährte Eleme-
nte. Wie immer wurde das munte-
re Treiben mit einer ökumeni-
schen Andacht eröffnet. Rüdiger
Jakesch begrüßte die Teilnehmer
mit einer Botschaft und einer
Bitte. Die Botschaft: den Fundus
ostdeutscher Kultur nicht aus-
trocknen zu lassen, sondern zu
bewahren und zu aktivieren. Die
Bitte: die Jugend einzubeziehen,
weil sie die ostdeutsche Kultur
weitertragen kann. Sie darf und
kann stolz darauf sein, dass die
ostdeutsche Kultur einen ganz
wesentlichen Beitrag der deut-
schen Kultur darstellt. Und dann
war es wie im Wunschkonzert:
Der Berliner Polizeiorchester
Heimatstimme mit Liedern,
die vielen allzu vertraut waren.
Diese Liederauswahl, von einem
geschulten und mehrfach aus-
gezeichneten Männerchor darge-
bracht, sprach die Herzen der
Zuhörer an. So manche Träne
wurde schnell weggewischt. Im
Anschluss, drei Volkstanzgrup-
pen auf die „Bühne“ und zeigten
eine andere Art der aktiven Kul-
turpflege. Hinter der etwas tro-
cken klingenden Überschrift:
„Landmannschaften stellen sich
vor“ entwickelte sich auf den
Fluren des Deutschlandhauses
ein prächtiger Heimatmarkt
verschiedenen Landmann-
schaften, die Informationen über
ihre Programme und Tätigkeiten
bereit hielten. Und nicht nur
das. Das Standpersonal bot auch
kulinarische Spezialitäten ihrer
Region an. Der Nachmittag setze
einen anderen Höhepunkt. Es
war die Lesung von literarischen
Texten. Elf Vortragende waren
angetreten, um ihre Region mit
einem typischen Sujet und ange-
messener Textlänge vorzustel-
len. Dr. Wolfgang Schulz (Kreis-

betreuer für Königsberg, Sam-
land und Labiau) leitete wie
schon in den Jahren zuvor die-
sen Programmteil. Er stellte je-
den Vortragenden vor. In freund-
lich-sachlicher Art kontrollierte
er die Vortragsdauer und kom-
mentierte deren Inhalt. Das Pu-
blikum war interessiert und
spendete reichlichen Beifall. Der
Beifall für dieses Programm und
alle anderen wird angemessen
belohnt: Der nächste ostdeute-
sche Kulturtag findet am 24.
Oktober 2010 statt.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Te-
lefon (0421) 250929, Fax (0421)
250188, Hodenberger Straße 39
b, 28355 Bremen, Geschäftsfil-
ler: Günter Högemann, Am Heid-
berg 32, 28865 Lilienthal Telefon
(04298) 3712, Fax (04398) 4682
22, E-Mail: g.hoegemann@on-
line.de

Bremerhaven – 50 Jahre Frau-
engruppe der Ostpreußen. Auf
ein halbes Jahrhundert „Vereins-
geschichte“ kann die Frau-
engruppe der Landesgruppe und
des Heimatkreises Elbing in
Bremerhaven zurückblicken,
weil am 7. Dezember 1959 im
damaligen Café Roux am Ein-
gang zum Bürgerpark 15 Damen
der 1948 von den alliierten Be-
satzungsmächten wieder zuge-
lassenen Landmannschaft ihre
Geschicke selbst in die Hand
nehmen wollten und eine Frau-
engruppe gründeten. Sie zeigten
damit erste Emanzipationsbe-
strebungen! Dieses Jubiläum
wurde nun ganz groß in einer
Festveranstaltung im Barlach-
haus mit Musik, Gesang, Gruß-
worten, Ansprachen, Chronik
und Bilderausstellung gefeiert.
Die Vorsitzende der Frau-
engruppe, Marita Jachens-Paul,
eröffnete die Geburtstagsfeier
und begrüßte über 50 Personen,
im besonderen die Bundesfrau-
enreferentin der Ostpreußen,
Uta Lüttich, von der Ostpreußen-
Landesgruppe Bremen den Vor-

sitzenden Helmut Gutzeit und
Landesgeschäftsführer Günter
Högemann, Christel Kunigk von
der Kreisgruppe Bremen-Nord,
Elli Kiesel, Organisatorin der
Haffdörfer-Treffen in Bremerha-
ven, Vertreterinnen der hiesigen
Landmannschaften Schlesien,
Pommern und Danzig sowie des
Deutschen Hausfrauenbundes
und des Deutschen Evangeli-
schen Frauenbundes. Willi Holst
von den „Barlachhaus-Musikan-
ten“ umrahmte die Feier musi-
kalisch. Die Zweite Vorsitzende
Barbara Sandmann hatte in mü-
hevoller Arbeit eine Chronik
„50 Jahre Frauenarbeit in der
Landmannschaft“ geschaffen
sowie eine Bilderwand zu-
sammengestellt, die großen An-
klang fand. Hier sahen sich viele
wieder, die in den Anfangs-
jahren als junge Mädchen, zum
Teil in Trachten, der Frau-
engruppe ihren Stempel aufdrück-
ten. Sandmann ließ in einer
Kurzfassung der Chronik, die
aufmerksam verfolgt wurde, Er-
eignisse und die Leiterinnen der
Frauengruppe Revue passieren
weil viele sich noch an Bege-
henheiten, Feste, Fahrten und
Vorträge erinnern konnten. In
der Festrrede ging Uta Lüttich,
die zum 40. Jubiläum 1999
schon einmal in der Seestadt
des Heimatkreises Elbing auf
Geschichte, Kultur und große
Persönlichkeiten Ostpreußens
ein, das seit 800 Jahren
von Deutschen besiedelt
und geprägt worden war, bis
die Bevölkerung 1945 vor der
Roten Armee flüchten mussten
oder gnadenlos vertrieben wurden.
Deshalb ist das Bewahren der
ostdeutschen Kultur eine natio-
nale Aufgabe aller Deutschen,
so Lüttich. Die Bundesfrau-
enreferentin freute sich, mitteilen
zu können, dass es vom 28. bis
29. Mai 2011 wieder ein Deutsch-
land-Treffen der Ostpreußen
(wahrscheinlich in Thüringen)
geben werde, und gab ihrer Hoff-
nung Ausdruck viele Landsleute
aus Bremerhaven dort wiederzu-
sehen. Landesvorsitzender Hel-
mut Gutzeit gratulierte der Bre-

Landmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Anzeigen

**FRIELING-VERLAG BERLIN: PERSÖNLICHE BETREUUNG,
KOMPETENZ UND QUALITÄT**

*Machen Sie Ihre Erinnerungen
zu einem wertvollen Zeitzeugnis!*

In Form einer Autobiografie
erhalten diese einen bleibenden Wert
für nachfolgende Generationen.

Schicken Sie uns Ihre Lebensgeschichte!

FORDERN SIE UNVERBINDLICH GRATIS-INFORMATIONEN AN:
Frieling-Verlag Berlin • 12161 Berlin • Rheinstr. 46 • Tel. (0 30) 766 99 90
E-Mail: lektorat@frieling.de • www.frieling.de

**Ostpreußen Westpreußen
Pommern Schlesien**

4 Heimatkarten mit Wappen

Bahnhofstraße 30 · 29221 Celle
Telefax 05141-929292
Telefon 05141-929210

onlinebestellung:
www.schadinsky.de

schadinskyverlag
seit 1921

5farbiger Kunstdruck mit Städte- und
Provinzplänen, Stadtplänen und deut-
sch-polnischen Namensverzeichnissen.
je 9,00 € zzgl. Verpackung und Nachnahme

**Diverse Honigsorten liefert in bekannt guter Qualität
Ihr Imkermeister Klemens Ostertag**

Dorfstr. 2 · 54422 Börfink · Tel. 01 71 - 4 39 05 19 · Klostertag@hotmail.de
z. B. Honigsortiment mit 6x 500 gr. Verschiedene € 26,80
Blüten- oder Rapshonig 2,5 kg € 16,20
Waldhonig 2,5 kg € 22,00

– Versandanteil: € 5,00 per Paket –

Wirkungsvoll werben

Telefon (0 40) 41 40 08 41

www.preussische-allgemeine.de

Rinderfleisch 800-ccm-Do. 6,00
mit + ohne Gemüse-Einlage
Grützwurst 800-ccm-Do. 6,00
Blut-u. Leberwurst Majoran 3,00
Sülze, l. säuerl. 300-g-Do. 3,00
Rauchwurst l. Ring kg € 13,50
Portofret ab 60,- €

Fleischerei Sägebarth
Hauptstraße 1, 30952 Ronnenberg 6
OI Weetzen, Tel. 0 51 09/23 73

Bekanntschaffen

Flotter 80-jähriger Ostpreuße
verwitwet, mit viel Humor, Garten,
Haus und Hund sucht eine nette,
liebe Partnerin zwecks Reisen
und Freizeitgestaltung. Bei Sym-
pathie eine Lebensgemeinschaft
nicht ausgeschlossen. Ich lebe
seit 50 Jahren im Raum Hamburg
und bin Handwerkermeister.
Wer wird die Glückliche sein?
Nur ernst gemeinte Zuschriften
mit Lichtbild.

Chiffre Nr.: 128783.

**Als Großeltern wünschen
wir für unsere Enkeltochter,
aus heimatischem Guts-
hof stammend, 25 Jahre,
evgl., mit kleinem Jungen,
einen seriösen Partner.**

Wir bitten einleitend um einen
Briefwechsel unter Chiffre 128702

Urlaub/Reisen

Königsberg · Masuren
Danzig · Kurische Nehrung
DNV-Tours · Tel. 07154/131830

Ostpreußenreisen
Kr. Ebernde Stallpöden, Königsberger Gebiet, Masuren
Tel. 0212 590977, Fax 506146
www.scheer-reisen.de, info@scheer-reisen.de

**Bei einer Geldanlage sollten
Sie folgende Punkte beachten:**

1. Sicherheit
2. Transparenz
3. Rendite
4. flexible Laufzeit
5. Unabhängigkeit von Börse und Zeitgeist
6. gesicherte Wachstumschancen
7. Einhaltung ethischer und sozialer Normen

Falls Sie diese Punkte ansprechen, so fordern
Sie bitte unsere Information an:

Agrorenta D.Vaupel, Ballengasse 1
82467 Garmisch-Partenkirchen
Tel. 08821-9675372, dieter.vaupel@gmx.net

Große Auswahl an Pommerscher und
Holsteiner Wurst- und Schinken-
spezialitäten.

Schneller Versand per Post.
Fordern Sie eine umfangreiche
Bestell-Liste an!

Sie finden uns auch im Internet unter
www.kinsky-fleischwaren.de

KINSKY Fleischwaren GmbH
Rosenburger Weg 2 · 25821 Bredstedt
Tel. 0 46 71 - 91 38 - 0 · Fax 0 46 71 / 91 38 - 38

ERBEN GESUCHT
Abkömmlinge der Eheleute Leopold GUDAT und
Antonie Amalie, geb. Wiese. Diese hatten zumeist
die nachstehend aufgeführten in Raddeken,
Kreis Tilsit-Ragnit, geborenen Kinder:

1. Johanna Marie Natalie Clara Gudat, geb. 1863
2. Martha Marie Toni Gudat, geb. 1869
3. Auguste Elise Erna Gudat, geb. 1871
4. Marie Louise Hedwig Müller, geb. Gudat,
geb. 1876. Vermutlich hatte sie einen Sohn
namens Fritz Müller, der mit Anna,
geb. Kriekat, verheiratet war.
5. Helene Elwine Gudat, geb. 1878
6. Johann Arthur Leopold Gudat, geb. 1879

Meldungen erbeten an
Dipl.-Kfm. Wolfgang Moser
Hauptstraße 4, 76534 Baden-Baden
Telefon 0 72 21 - 36 96-35, (Fax: -30)
E-Mail: erben@moser-baden-baden.de
(bitte Aktenzeichen WM 4054 angeben).

Übersetzungen Deutsch – Russisch
von Muttersprachlern in Insterburg.
Zeile ab 79 Cent.

Kontakt: Uwe.Kettmann@online.de
oder Fax 0349 05 / 2 27 08

**Bitte beachten Sie unseren
geänderten Anzeigenschluss:**

für die Weihnachtsausgabe vom 19. Dezember 2009
11. Dezember 2009 – 11.00 Uhr

für die Neujahrsausgabe vom 31. Dezember 2009
22. Dezember 2009 – 11.00 Uhr

für die Ausgabe vom 9. Januar 2010
30. Dezember 2009 – 11.00 Uhr

Preussische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt

Buchtstraße 4 · 22087 Hamburg
Tel. 0 40 / 41 40 08 47 + 42 · Fax 0 40 / 41 40 08 51
www.preussische-allgemeine.de

Schreiben Sie?

**Wir veröffentlichen
Ihr Manuskript!**

Seit 1977 publizieren wir mit Erfolg Bücher von
noch unbekanntem Autoren. Kurze Beiträge
passen vielleicht in unsere hochwertigen
Anthologien. Wir prüfen Ihr Manuskript
schnell, kostenlos und unverbindlich.

edition fischer
Orber Str. 30 • Fach 71 • 60386 Frankfurt
Tel. 069/941 942-0 • Fax -98 / 99
www.verlage.net
E-Mail: lektorat@edition-fischer.com

Landmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

merhavener Frauengruppe herzlich zu 50 Jahren eigenständiger Heimatarbeit. Die hiesige Gruppe wirke vorbildlich, wie er der neuen Chronik entnommen habe. Er freue sich, dass die Bremerhavener Vorsitzende Marita Jachens-Paul seine Stellvertreterin auf Landesebene sei. Gutzeit erinnerte an bedeutende Frauen aus Ostpreußen wie Käthe Kollwitz, Agnes Miegel, Elisabeth Böhm. Aber auch im Landesverband Bremen habe es verdienstvolle Frauen gegeben: Frieda Totenhaupt, Christel Klawonn und nicht zu vergessen Lore Jachens hier in Bremerhaven. Ihre Arbeit fortzusetzen, sei Aufgabe der Frauengruppen. Die junge begabte Celina Seyfried erfreute dann mit drei Operettenliedern im Sologesang. In der Pause, als die Jubiläumswielfe ausgeschrieben wurde, riefen Klaus und Sigrid Schubert aus Fürth im Odenwald an. Beide gratulierten der Frauengruppe zum 50. Geburtstag und wünschten weiterhin viel Erfolg und guten Zusammenhalt. Sigrid Schubert war bis zu ihrem Wegzug aus Bremerhaven im Jahre 2007 Vorsitzende der Frauengruppe. Auf besonderen Wunsch von Marita Jachens-Paul sang Celina dann das Lied „Es ist für uns eine Zeit angekommen“. Das kam an, in dem der Applaus bewies. In einem von der Vorsitzenden vorgetragenen Gedicht von August Trinius wird das deutsche Wort „Heimat“ definiert. Es machte nachdenklich. Zum Abschluss wurden die beiden Heimatlieder aus Ostpreußen und Westpreußen gesungen. Diesmal kein Ritual, sondern eine Herzensangelegenheit. Jedes Mitglied der Frauengruppe erhielt abschließend als Dank für zum Teil jahrzehntelange Treue und Mitarbeit eine weiße Kerze mit den schwarzen Emblemen Ost- und Westpreußens sowie einer goldenen „50“.

Wohlfahrtsmarken
www.wohlfahrtsmarken.de

Lesum/Vegesack – Freitag, 18. Dezember, 15 Uhr, Weihnachtsfeier im „Lesumer Hof“, Bremen-Lesum. Die Feier beginnt mit Kaffee und Kuchen und beinhaltet wieder weihnachtliche Geschichten in Hoch- und Plattdeutsch sowie ostpreußisch Platt, vorgetragen von Mitgliedern der Gruppe. Es gibt natürlich auch Zeit für schöne Gespräche untereinander. Dazu werden musikalische Vorträge einer Gesangsgruppe dargeboten. Aber auch das Singen bekannter Weihnachtslieder wird nicht fehlen. Anmeldungen um-

gehend an Christel Kuhnigk, Telefon (0421) 74165.

HAMBURG
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingsstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandsstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE
Mittwoch, 30. Dezember, 14 Uhr, **Brauchtumsstunde der ost- und mitteldeutschen Landmannschaften** im Haus der Heimat, Teilfeld 8 (S-Bahnstation Stadthausbrücke beziehungsweise U3-Station Rödingsmarkt) unter dem Leitgedanken heimatischer Advents-, Weihnachts- und Neujahrsbräuche vom Memelland bis zum Sudetenland.

HEIMATKREISGRUPPEN
Heiligenbeil – Neuntägige Ostpreußenreise in den Kreis Heiligenbeil vom 24. April bis 2. Mai 2010. Es werden alle Kirchspiele besucht, also auch Ihr Heimatort. Reisepreis ab 20 Teilnehmern 764 Euro; ab 30 Teilnehmern 714 Euro; ab 40 Teilnehmern 664 Euro pro Person im DZ. Im Preis enthalten: HP, Reiserücktrittversicherung, Krankenversicherung im russischen Teil des Kreises, Erlaubnis für den grenznahen Bereich im russischen Teil, Reiseleitung, Stadtführungen, Grenzgebühren und Visakosten. Reiseunterlagen ab sofort bei Konrad Wien, Telefon (040) 30067092.

Sensburg – Sonntag, 17. Januar, 14 Uhr, erste Zusammenkunft im neuen Jahr im Polzeisporthelm, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

BEZIRKSGRUPPE
Bilstdt – Dienstag, 5. Januar, 14.30 Uhr, Kulturveranstaltung der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22120 Hamburg, nahe Bahnstation U3 Steinfurter Allee. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

HESSEN
Vorsitzende: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (06051) 73669.

Wiesbaden. – Sonnabend, 19. Dezember, 15 Uhr, vorweihnachtliche Feier im Haus der

Heimat, großer Saal, Friedrichstraße 35. Sie erwartet Kaffee und Kuchen, Königsberger Marzipan, Kerzenschein und ein besinnliches Programm. Mit Geschichten, Gedichten, Gesang und einer Ansprache von Pfarrer Dr. Holger Saal werden die Gäste auf das Weihnachtsfest eingestimmt.

NIEDERSACHSEN
Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrimis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (0514) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509372. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Bei der letzten Monatsversammlung hielten Christel Jaeger und Hildegard Scheller einen Vortrag über bedeutende Frauen in Ostpreußen. Sie berichteten über Leben und Wirken von Fanny Lewald, ursprünglich Markus, geboren 1811 in Königsberg, verstorben 1889 in Dresden. Sie war eine erfolgreiche freie Schriftstellerin und setzte sich unter anderem für bessere weibliche Bildung, Überwindung der Standesunterschiede und für eine Demokratisierung der Kunst und Politik ein. Elisabeth Böhm, geboren 1859, verstorben 1943. Sie gründete am 2. Februar 1898 den ersten landwirtschaftlichen Hausfrauenverein und richtete in den Städten Verkaufsstellen ein, wo die Landfrauen ihre eigenen Erzeugnisse verkauften. Für die gute Qualität der landwirtschaftlichen Produkte wurde als Verbandsabzeichen die „Biene“ erschaffen, die noch heute das Logo der Landfrauen ist. Käthe Kollwitz, geboren 1867 in Königsberg, verstorben 1945 in Moritzburg, war Graphikerin und Bildhauerin. Ihre Radierungen, Holzschnitte, Lithographien und Handzeichnungen sind von menschlichem Mitgefühl und sozialem Engagement geprägt. Später konzentrierte sie sich auf das Motiv Mutter

und Kind. Johanna Ambrosius, geboren 1854 in Lengwethen verstorben 1939 in Königsberg. Sie war eine Natur- und Heimatlidichterin. Mit der Literatur kam sie durch ihre Schwester Martha in Berührung. Die deutschen Klassiker entdeckte sie erst, nachdem ihre eigene Gedichtsammlung erschienen war. Auch das Gedicht „Mein Heimatland“, später bekannt als „Ostpreußen-Lied“, wurde von ihr verfasst. Es war ein interessanter Vortrag und alle bedankten sich recht herzlich.

Heimstedt – Donnerstag, 17. Dezember, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111.

Osnabrück – Freitag, 18. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43. – Dienstag, 22. Dezember, 16.45 Uhr, Kegel im Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152.

Rinteln – Sonnabend, 19. Dezember, 15 Uhr, Adventsfeier der Gruppe im Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, Rinteln. Wie in den Vorjahren wird Pastor Helmut Syska eine Andacht halten. Das kulturelle Programm wird wiederum vom Frauenchor der Vereinigten Chöre Rinteln gestaltet. Zusätzlich konnte das Königsberger Musikduo „Ad Libitum“ gewonnen werden. Die jungen Damen geben ein einstündiges Konzert auf dem Hackbrett, auch Cymbal genannt. Die herzliche Verbundenheit mit der Gruppe untermauert durch ihren Besuch Bürgermeister Karl-Heinz Buchholz und Ortsbürgermeister Ulrich Goebel. Gäste sind herzlich willkommen, es wird jedoch um eine Anmeldung gebeten. Anmeldungen bei: Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071, oder Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386.

NORDRHEIN-WESTFALEN
Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Düsseldorf – Freitag, 18. De-

zember, 15 Uhr (Einlass 14 Uhr), Weihnachtsfeier der Ostpreußen im Eichendorff-Saal, GHH. Kinder für die Weihnachtstüte umgehend anmelden, Telefon (0211) 682318.

Gevelsberg – Freitag, 18. Dezember, 16.15 Uhr, Treffen der Gruppe im Vereinslokal Keglerheim, Hagenerstraße 78, Gevelsberg. Adventsfeier bei Kaffee und Kuchen.

Gütersloh – Montag, 21. Dezember, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Montag, 21. Dezember, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Wesel – Die Gruppe führte ihren diesjährigen Ostdeutschen Kulturabend in der Heimatstube durch. Besonderes Augenmerk war dabei auf das 55jährige Bestehen der Gruppe gerichtet. Ein sehr ansprechendes Programm wurde durchgeführt. Einleitend sprach die Frauenreferentin Waltraut Koslowski mit dem Gedicht „Heimat“. Der Sing- und Mundharmonika-Kreis umrahmte musikalisch die gesamte Veranstaltung. Der Erste Vorsitzende Kurt Koslowski konnte eine stattliche Zahl von Teilnehmern begrüßen, unter ihnen die Bürgermeisterin von Wesel, Ulrike Westkamp, den Landesvorsitzenden Jürgen Zauner, die Vorsitzenden mit Gattin der ansässigen Landmannschaften in Wesel wie Pommern, Schlesier, Weichsel-Warthe und Sudendentische – alles Schicksalsgefährten. Die Totenernung wurde vom Zweiten Vorsitzenden und Kulturreferenten Paul Sobotta durchgeführt und musikalisch vom Ersten Vorsitzenden begleitet. Die letzten 55 Jahre umriss Koslowski in einem Rückblick, den er sehr informativ und lebendig gestaltete. Seit über 25 Jahren führt er mit seinem Vorstand diese Gruppe, um die ostdeutsche Kultur und Geschichte zu vermitteln. Vor rund zwei Jahren wurde er dafür mit der Verdienstmedaille der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Es standen auch Ehrungen an: für 25 Jahre Mitgliedschaft Stefan Kaske, die Eheleute Ehrenfried und Helga Schröder, das Ehepaar Brigitta und Paul

Sobotta. Für 40 Jahre Mitgliedschaft Harry Jacknau und Reinhold Rattay. Die Bürgermeisterin von Wesel hob in ihren Grußworten das erfolgreiche Wirken der Ost- und Westpreußen in Wesel hervor und wünschte der Gruppe weiterhin alles Gute für die Zukunft. In der Festrede von Jürgen Zauner hob dieser die geleistete Arbeit in Kultur und Geschichte hervor, die die Wesler Gruppe in all den Jahren durchführte. Ein großer heimatischer Bogen wurde von Lm. Zauner geschlagen, in dem er die Jahre Revue passieren ließ. In den Schlussworten bedankte sich Paul Sobotta bei allen Mitwirkenden, die diesen Festtag mitgestaltet hatten. Anschließend lud die Frauenreferentin mit ihren Helferinnen die Festgesellschaft zum gemeinsamen Traditionssessen: geräucherte Gänsebrust-Schnittchen, dazu Tee mit Rum. Danach saß man noch lange beim Plachandern zusammen.

RHEINLAND-PFALZ
Vors: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 2. Januar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20, Kaiserslautern.

Mainz – Freitag, 18. Dezember, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 8. Januar, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.

SACHSEN
Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Dessau – Montag, 21. Dezember, 14.30 Uhr, Treffen der Singgruppe im Waldweg 14.

Landmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Advents- und Weihnachtsberichte

Alle Jahre wieder kommen unsere Leser überall in Stadt und Land zusammen, um die adventliche und vorweihnachtliche Zeit festlich zu begehen. Bei den vielen Berichten, die uns über die heimatischen Feiern erreichen, ist es uns auch in diesem Jahr nicht möglich, entgegen unserer sonstigen Gepflogenheit, die Beiträge zu veröffentlichen. Wir bitten unsere Mitarbeiter und unsere Leser dafür um Verständnis. Aus der Fülle der Einsendungen geht hervor, dass unser ostpreussisches Brauchtum bei allen Feiern nach wie vor gepflegt wird. In den Gedanken, die in diesen Stunden nach Hause wandern, tauchen Sternsinger, Schimmelreiter und Umzüge mit dem Brummtopf auf. Gemeinsam gesungene Advents- und Weihnachtslieder, Lesungen und Gedichte ostpreussischer Dichter und Schriftsteller bringen heimatische Atmosphäre in die von den Frauen der Gruppen festlich geschmückten Räume und Säle. Im Schein der Kerzen sitzen unsere Landsleute bei Kaffee und Mohntrietzeln oder Pladen, Pfeffernüssen und selbstgebackenem Marzipan beisammen, lauschen dem Chorgesang oder zarter Flötenmusik und erfreuen sich an Weihnachtsspielen, die von jugendlichen und Jugendgruppen gleichermaßen dargeboten werden. Häufig kommt auch „Knecht Ruprecht“ oder der „Nikolaus“ und bedenkt die Kinder mit bunten Tüten voller Gebäck und Süßigkeiten.

Elfriede Böhnke
geb. Wenck
* 2. August 1922 † 11. November 2009
Gerkelthen, Kreis Gerdauen Buchholz in der Nordheide
Unsere liebe Mutter und Schwiegermutter, Oma, Uroma, Schwester, Schwägerin und Tante ist fern ihrer geliebten Heimat eingeschlafen.
In Liebe und Dankbarkeit im Namen aller Angehörigen:
Ihre Töchter Christiane, Elfriede, Ulrike, Martina mit Familien
Ihr Bruder Alfred mit Familie
Wir haben im Familienkreis Abschied genommen.
Trauerschrift: Ulrike Verdieck, Meyersche Weg 26, 21244 Buchholz

Fern der Heimat entschlief unsere Schwester, Tante, Großtante und Urgroßtante
Wally Kowitz
* 17. 12. 1925 † 4. 12. 2009
Sutzen (Sutzen), Kreis Gerdauen Köln
Wir vermissen Dich sehr.
Im Namen der Familie
Brigitte Haverz-Krüger
Büchelstraße 22, 42855 Remscheid
Die Beerdigung war am 10. Dezember 2009 in Köln.

Wir trauern um
Reni/Irene Flamme geb. Perkuhn
* 17. 12. 1931 † 26. 3. 2009
Hans-Georg Schweighöfer
* 24. 6. 1929 † 15. 6. 2009
Erwin Schneider
* 1. 7. 1931 † 26. 6. 2009
Elfriede Wenger geb. Wolff
* 19. 10. 1921 † 24. 9. 2009
Unvergessen werden die Begegnungen mit Euch bleiben.
Mallwischker Freunde und Schulkameraden

Nun aber bleiben Glaube, Hoffnung, Liebe, diese drei; aber die Liebe ist die Größte unter ihnen.
Unfassbar – mein geliebter Mann, ein herzenguter, aufrechter Preuße, hat uns für immer verlassen.
Dr. Heinz P. Barth
geb. 4. April 1930 gest. 26. November 2009
In Liebe und Dankbarkeit
Mara (Margarete) im Namen aller Angehörigen
Trauerschrift: Margarete Mertinkat, Haus Ostpreußen, Am Reppacker 16, 21409 Orzern.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Karte des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Herzliche Einladung zur 52. heimatpolitischen Tagung am 27./28. Februar 2010 in Rotenburg (Wümme) – Im Jahr 2010 wollen wir die in den Vorjahren begonnenen Gespräche in einer angenehmen Atmosphäre fortsetzen. Dazu laden Sie der Landkreis Rotenburg (Wümme) als Patenschaftsträger und die Kreisgemeinschaft wieder sehr herzlich ein zu unserer zur Tradition gewordenen Tagung am 27./28. Februar 2010 in 27356 Rotenburg (Wümme), Am Pferdemarkt 3 (Bürgersaal), Beginn 14 Uhr. Eingeladen sind alle geschichtlich und kulturell interessierten Ostpreußen und deren Nachkommen sowie die Freunde der Angerburger. Ziel der Veranstaltung ist es, möglichst viele Menschen zu ermutigen, sich für die Erhaltung der über 700 Jahre alten preußisch-deutschen Geschichte und Kultur Ostpreußens zu engagieren. So haben wir auch für diese Tagung kompetente Referenten gewinnen können. Am 27. Februar 2010 ist der Bürgersaal bereits ab 14 Uhr geöffnet und Kaffee/Tee und Kuchen werden angeboten. Nach der Begrüßung der Tagungsteilnehmer um 15 Uhr wird Lech Slodownik, Elbling (Elblag), mit seinem Referat „Vergangenheit und Gegenwart – Reflexionen eines Nachkriegsgeborenen“ beginnen. Anschließend wird Museumsdirektor Dr. Joachim Männert über die „Zukunft des Ostpreussischen Landesmuseums in Lüneburg“ sprechen. Nach den Vorträgen ist eine kurze Aussprache vorgesehen. Mit einem gemeinsamen Abendessen (Elchbraten) gegen 19 Uhr sowie angeregten Gesprächen mit interessanten Gästen geht der erste Tag zu Ende. Am Sonntag, 28.

Februar 2010, 9.30 Uhr wird die Tagung mit einem Vortrag der Kulturreferentin Agata Kern „Aus der Arbeit einer Kulturreferentin beim Ostpreussischen Landesmuseum in Lüneburg“ fortgesetzt und gegen 12 Uhr beendet sein. Für heimatfreie Ostpreußen sollte eine Teilnahme an der Tagung selbstverständlich sein. Ein Tagungsbeitrag wird nicht erhoben. Anmeldungen, auch für das Elchbratenessen zum Preis von 23 Euro pro Person einschließlich Dessert, und eventuelle Übernachtungswünsche werden bis zum 17. Februar 2010 (Posteingang) an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg, erbeten. Eine schriftliche Anmeldebestätigung wird nicht erteilt.

Neue Bürozeiten und neuer Fax-Anschluss unserer Geschäftsstelle – Ab sofort ist unsere Geschäftsstelle in Rotenburg (Wümme), Große Straße 49 (Kaufhaus Vögele) nun montags von 8.30 bis 12.30 Uhr sowie donnerstags von 8.30 bis 12.30 Uhr und von 13 bis 17 Uhr, Telefon (04261) 9833100 (Landkreis zu erreichen). Der Fax-Anschluss hat sich geändert und lautet wie folgt: (04261) 9833101. Besucher werden um eine vorherige Terminvereinbarung gebeten. Der Vollständigkeit halber hier nochmals unsere Anschrift: Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme). Wir bitten um Verständnis für diese technische Änderung.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. 2. Stellvertreter: Michael Ochantel, Schulstraße 17, 84056 Rottenburg, Telefon (08781) 203164. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Vorstand der Kreisgemein-

einiges anders aus. Zuvor gibt es Gänsebraten mit Rotkohl, Natchisch und einen Schnaps, damit man gestärkt das dramatische Geschehen verfolgen kann. Danach warten noch Kaffee und Kuchen auf die Teilnehmer und mit weihnachtlicher Musik im Bus geht es dann heimwärts. Die Fahrt kostet komplett 42 Euro. Anmeldungen bei Gisela Rowedder, Telefon (04504) 3435 oder Regina Gronau, Telefon (0451) 26706.

Kiel – Sonntag, 20. Dezember, 14 Uhr, Haus der Heimat, Familienweihnachtsfeier für die Auswanderer – Donnerstag, 31. Dezember, 12 Uhr, Turmblasen vom Balkon der Kieler Nachrichten – Pflöge der Königsberger Tradition.

schaft Heiligenbeil gedachte der Toten der Weltkriege – Am Wochenende vom 13. bis 15. November tagte der Vorstand der Kreisgemeinschaft in den Räumen des Archivs in Burgdorf in der Wilhelmstraße. Auf der Tagesordnung stand unter anderem der Rückblick auf das Hauptkreistreffen 2009 sowie die Vorschau auf 2010. Besonders freut sich die Kreisvertreterin über die Gruppenreise in kommendem Jahr in die Heimat, wobei das freundschaftliche Verhältnis zu den heutigen Bewohnern Heiligenbeils und deren Vertreter weiterhin ausgebaut werden soll. Zum Abschluss des Vorstandstreffens erfolgte anlässlich des Volkstrauertages eine Blumenniederlegung am Gedenkstein der Kreisgemeinschaft im Park zu Burgdorf.

Neuntägige Ostpreußenrunde Kirchspiel Bladiau und Heimatkreisgruppe Heiligenbeil in Hamburg – Vom 24. April bis 2. Mai 2010. Besuch des Kreises Heiligenbeil; jedes Kirchspiel, also auch Ihren Heimatort, so es die Straßenverhältnisse zulassen. Fahrpreis inklusiv: Halbpension im Doppelzimmer; Visum; Reiserücktrittkosten-Krankenversicherung im russischen Teil; Grenzgebühren; Reiseleitung während der gesamten Reise. Ab zwölf Personen 899 Euro; ab 20 Personen 764 Euro; ab 30 Personen 714 Euro; ab 40 Personen 664 Euro; Einzelzimmerzuschlag 149,00 Euro. 1. Tag) Fahrt zur Zwischenübernachtung in Schneidemühl. 2. Tag) Weiterfahrt in den polnischen Teil des Kreises Heiligenbeil. Übernachtung in Frauenburg. 3. Tag) Zur freien Verfügung oder Rundfahrt nach Absprache (extra Kosten). 4. Tag) Weiterfahrt über die Grenze nach Heiligenbeil und Königsberg. Stadtrundfahrt. Übernachtung im Hotel Tourist (für vier Nächte). 5. Tag) Rundfahrt durch den Kreis Heiligenbeil mit vielen Stopps. 6. Tag) Zur freien Verfügung oder Rundfahrt nach Absprache (Extra Kosten). 7. Tag) Rundfahrt: Insterburg (Stadtführung); Gumbinnen (Stadtführung); Georgenberg. 8. Tag) Von Königsberg geht es zur Zwischenübernachtung nach Schneidemühl. 9. Tag) Heimreise. Reiseunterlagen können Sie anfordern unter Telefon (040) 30067092 oder E-Mail: konrad.wien@t-online.de

Neuntägige Ostpreußenreise der Stadtgemeinschaft Zinten 2010 – Wir besuchen Zinten am 5. Tag der Reise! Wer kommt mit? Erbiten umgehende Anmeldung bei: Stadtvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, Fax (035343) 61480, E-Mail: reyvio@web.de, oder Stadtvertreter: Siegfried Dreher, Papenwisch 11, 22927 Großhansdorf, Telefon (04102) 61315, Fax (04102) 697794, E-Mail: M.S.Dreher@t-online.de Die vorgesehenen Stationen: Besuch der Frischen Nehrung, Oberländischer Kanal, Frauenburg, Kreis Heiligenbeil, polnischer Teil mit den Orten Eisenberg, Lichtenfeld, Tiefensee etc. und russischer Teil mit Heiligenbeil, Rosenberg, Bladiau, Ludwigsort, Brandenburg und natürlich Zinten, dann Königsberg und die Städte Thorn, Posen. Das Programm: 1. Tag: Anreise von Itzehoe über Hamburg (ZOB), Michendorf nach Schneidemühl in Polen. 2. Tag: Nach dem Frühstück geht die Reise weiter durch Pommern: Schlochau, Konitz, Pr. Stargard, Tiegenhof auf die Frische Nehrung nach Kahlberg – Aufenthalt – am Spätnachmittag Weiterfahrt durch Elbing nach Frauenburg. 3. Tag: Nach einem gemeinsamen Spaziergang zum Gedenkstein für die Opfer der Flucht über das Frische Haff beginnt die Rundfahrt durch den südlichen Teil des Kreises Heiligenbeil. Ziele: Eisenberg, Lichten-

feld, Tiefensee, Eichholz. 4. Tag: Nach dem Frühstück verlassen wir Frauenburg und fahren durch Braunsberg zur polnisch-russischen Grenze Grunau / Heiligenbeil. Rundfahrt durch Heiligenbeil / Rosenberg und Weiterfahrt nach Königsberg. Nach einer Stadtrundfahrt durch die Hauptstadt Ostpreußens Fahrt zum Hotel. 5. Tag: Rundfahrt durch den nördlichen Teil des Kreises Heiligenbeil: Ziel Zinten! 6. Tag: Zur freien Verfügung. 7. Tag: Nach dem Frühstück verlassen wir Königsberg und fahren über den Grenzübergang Heiligenbeil / Grunau nach Hirschfeld. Hier beginnt unsere Schiffsfahrt auf dem Oberländischen Kanal bis Buchwald. Erleben Sie auf dieser rund zwei-stündigen Fahrt vier geeignete Ebenen, auf dieser wohl schönsten Strecke des Kanals. Weiterfahrt vorbei an Osterode nach Thorn, einer sehr schönen, alten Stadt. 8. Tag: Nach einer Stadtführung durch Thorn, auch Königin der Weichsel genannt, verlassen wir gegen Mittag Thorn und fahren durch Hohensalza, Gnesen nach Posen. Auf Wunsch eine kleine Stadtführung in Posen. 9. Tag: Posen – von dort Heimreise. Termin: 27. April bis 5. Mai 2010, Fahrpreis: pro Person: 744 Euro, plus Visagebühr: zur Zeit 55 Euro. Einzelzimmerzuschlag: 137 Euro. Mindestbeiträge: 25 Personen. Leistungen: Fahrt im modernen Fernreiseomnibus, acht Hotelübernachtungen mit Halbpension, Rundfahrten laut obigem Programm, Gebühren Polen / Russland, Schiffsfahrt Oberländischer Kanal, Stadtführungen Königsberg, Thorn und Posen, deutsch sprechende Reiseleitung und Betreuung im Königsberger Gebiet, Hotelregistrierungsgebühren, Visabeschaffung, Reisebegleitung, Planung, Organisation, Reisebetreuung, Reiseleitung erfolgt durch das Ehepaar Gudrun und Bernd Schmidt (aus Pölessen, Kirchspiel Zinten-Land).



KÖNIGSBERG-STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt, Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

Gruppe Königsberg in Hamburg – Die Hamburger Gruppe der Königsberger, die die größte Heimatgruppe in der Bundesrepublik Deutschland ist, konnte Anfang Dezember ihr 30-jähriges Bestehen feiern. Nach der Begrüßung durch unsere Erste Vorsitzende Ursula Zimmermann und der gemeinsamen Kaffeetafel, die Tische waren festlich geschmückt und für jeden Gast mit einem „Königsberger-Marzipan-Herz“ verziert (es gab hausgebackene Torten und Stollen spendiert von der Gruppe), wurde die Feierstunde mit einem Gedicht über unsere geliebte Geburts- und Heimatstadt sowie dem Entzünden der „Königsberger Kerze“ feierlich eröffnet. Frau Zimmermann sprach Worte zum 30-jährigen Besten der Gruppe. Ruth Geede erzählte aus ihren Kindheits- und Jugenderinnerungen in Königsberg. Gerta Heykena trug heimatliche Küchenlieder gekonnt mit Witz und Humor vor, wobei sie sich dabei selbst auf der Gitarre begleitete. Die 65 Königsberger lauschten dem Vortrag gespannt und freudig. Anschließend ließ Ruth Geede ihre Zuhörer wieder zurückkehren in die geliebte Heimatstadt. Sie erinnerte an die jahreszeitlich typischen Sitten und Gebräuche,

Die Seiten der „Heimatarbeit“ finden Sie auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Freitag, 18. Dezember, 18.30 Uhr, Phoenix: Stille Nacht an allen Fronten – Weihnachtsen 1944.
Sonnabend, 19. Dezember, 20.10 Uhr, ntv: Judas – Geschichte eines Verräters.
Sonnabend, 19. Dezember, 21.45 Uhr, Phoenix: Die Wölfe (1/3).
Sonntag, 20. Dezember, 9.20 Uhr, WADR 5: Alte und Neue Heimat.
Sonntag, 20. Dezember, 20.15 Uhr, Phoenix: Die Wölfe (2/3).

Sonntag, 20. Dezember, 21.45 Uhr, ARD: Legenden – Lale Andersen.
Montag, 21. Dezember, 20.15 Uhr, 3sat: Stille Nacht an allen Fronten.
Montag, 21. Dezember, 20.15 Uhr, RBB: Weihnachtsen im Memelland
Montag, 21. Dezember, 20.15 Uhr, Phoenix: Die Wölfe (3/3).
Montag, 21. Dezember, 21.45 Uhr, ARD: Legenden – Hans Albers.

die in vielen von uns noch so lebendig sind. Drei Bläser spielten Choräle, wobei der dritte eine Königsberger Tradition aufleben ließ: „Ach bleib' mit deiner Gnad“ erklang damals immer vom Königsberger Schlossurm. In Gedanken an unser geliebtes Königsberg und unser Heimatland sangen alle gemeinsam zum Abschluss ein Lied. Viele Landsleute gingen beglückt, manch einer mit Wehmut im Herzen und Sehnsucht nach der Heimat, nach Hause.



KÖNIGSBERG-LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschke, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Eine zehntägige Busreise nach Königsberg – Sonderbusfahrt nach Königsberg vom 23. Juli bis 1. August 2010. Abfahrt ab Duisburg 6 Uhr mit Zwischenübernachtung in Schneidemühl Hotel Gromada / Rodlo, Weiterfahrt nach Marienburg (Fotostopp), Braunsberg zur polnisch-russischen Grenze. Dort wartet die russische Reiseleiterin Nadja auf uns. Zwecks beschleunigter Abfertigung. Wir machen Rundfahrten nach Palmnicken und Rauschen. In Waldau werden wir 20-jährige Freundschaft feiern, dann geht es über Tharau, Gerdaun, Insterburg, Gestüt Georgenburg, Kurische Nehrung (Schiffsfahrt?) nach Pillau. Am 1. August 2010 fahren wir dann zur Grenze und in Richtung Bundesrepublik Deutschland. Weitere Informationen und das komplette Programm sowie Anmeldungen erhalten Sie bei: Willi Skulimma, Aakerfährstraße 59, 47058 Duisburg, Telefon (0203) 335746.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Siegfried Koyro, Hachmeisterstraße 20, 31139 Hildesheim, Telefon / Fax: (05121) 924096, Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilienberg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: avus.eichler@free-net.de

Ergänzend zur Veröffentlichung in der Folge 50 / Kreisgemeinschaft Lötzen – Der Lötzer Heimatbrief 106/Nov. 2009 ist erschienen. In ihm ist auf den Seiten 6/7 der Wahlauftrag für die Kreistagswahlen 2010 abgedruckt. Alle Lötzer Landsleute sind aufgefordert, den neuen Kreistag der Kreisgemeinschaft Lötzen für die Amtszeit von August 2010 bis Sommer 2014 zu wählen. Die Mitglieder der Kreisgemeinschaft werden gebeten, ihr Wahlrecht auszuüben. Die Wahlkarten müssen im geschlossenen Briefum-

schlag bis zum 31. Januar 2010 (Poststempel) beim Wahlauschluss eingegangen sein. Folgende Kandidaten stellen sich zur Wahl: Ernst-Georg Brotscher, Troisdorf (geb. 1940), Dieter Eichler, Hamburg (geb. 1934), Ute Eichler, Hamburg (geb. 1955), Hans-Werner Erdt, Oldendorf (geb. 1933), Helga Fago, Leipzig (geb. 1940), Nora Kawlath, Neumünster (geb. 1926), Manfred Kickstein, Wandkendorf (geb. 1933), Siegfried Koyro, Hildesheim (geb. 1935), Karin McKenna, Bad Harzburg (geb. 1944), Frank D. Panienska, Esens (geb. 1941), Peter Peldszus, Wolfenbüttel (geb. 1935), Peter Pott, Neuss (geb. 1942), Klaus Reck, Hamburg (geb. 1938), Werner Rimmek, Itzehoe (geb. 1932), Heinz Rothkamm, Bergisch-Gladbach (geb. 1935), Bernd Sawatzki, Eggersdorf (geb. 1963), Gerhard Schön, Hameln (geb. 1924), Paul Trinker, Nortorf (geb. 1927). Wahlkarten und Umschläge sind dem Heimatbrief beigelegt.

Sonderreise nach Masuren mit Zielort Rhein (Ryn) – Die Ortsgemeinschaft der Rheiner plant auch für 2010 eine Reise nach Rhein (Ryn). Die Reise beginnt am 3. Juni 2010 um 7 Uhr ab Bochum, mit Zustiegmöglichkeit in Dortmund, Bielefeld, Hannover, Berlin-Schönefeld und unmittelbar vor dem Grenzübergang. Abendessen und Zwischenübernachtung in Schneidemühl (Hotel Gromada). Am 4. Juni Weiterreise über Bromberg (Bydgoszcz), Graudenz (Grodzisz), Osterode (Ostroda) nach Rhein (Ryn). Dort Abendessen und Übernachtungen im Hotel Kasztanami. Vom 5. bis 10. Juni sind von Rhein aus Tagesausflüge teils mit dem der Gruppe zur Verfügung stehenden Bus, teils per Schiff zu verschiedenen Orten und Sehenswürdigkeiten der Region vorgesehen. Zwischenübernachtung auf der Rückfahrt am 11. Juni im Hotel Gromada in Stettin. Am 12. Juni Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland. Herzlich willkommen sind Mitreisende nicht nur mit Herkunft aus Rhein oder dem Kreis Löten, sondern auch aus Nachbarkreisen oder an Masuren Interessierte. Der Reisepreis für die zehn Tage beträgt pro Person im DZ mit Halbpension 808 Euro, der Einzelzimmerzuschlag 155 Euro. Reiseunterlagen können beim Vorsitzenden der Ortsgemeinschaft, Heinz Rothkamm, Telefon (02204) 60774, oder beim Reiseorganisator Gerhard Latsch, Telefon (0231) 875463, angefordert werden.



MOHRUNGEN

Kreisvertreter: Wolfgang Warnat, Silberstraße 5, 35415 Pohlheim, Telefon (06403) 6099009, Fax (06403) 6099007, E-Mail: wwarnat39@web.de Stellvertretende Kreisvertreterin: Gisela Harder, Moorleeter Deich 395, 22113 Hamburg, Telefon (040) 7373220.

Die Ankündigung dieser Reise sollte in der Weihnachtsaus-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Geschäftsstelle: Telefon (0431) 553811, Wilhelmminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Schwartau – Sonnabend, 19. Dezember, 12 Uhr, Adventsfahrt zur Dittchenbühne nach Elmhorn, diesmal zum Wintermärchen. An Schneewittchen kann sich fast jeder noch erinnern, aber im Theater sieht doch

Ostpreußen – Was ist das?

Hamburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen hat die Broschüre „Ostpreußen – Was ist das?“ auf Grund der großen Nachfrage neu drucken lassen. Die Broschüren werden gegen eine Schutzgebühr von 0,50 Euro pro Exemplar zuzüglich Verpackung und Versand abgegeben. Bei Bestellungen ab 50 Exemplaren liegt der Preis bei 0,40 Euro pro Broschüre und bei Bestellungen ab 100 Exemplaren bei 0,30 Euro pro Broschüre.

Bestellungen nimmt entgegen: Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Ute Vollmer-Rupprecht, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080, Fax (040) 41400819, E-Mail: vollmer@ostpreussen.de

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

gabe der MHN 119 stehen. Daher noch ein paar Anmerkungen vom Kreisvertreter. Ich habe diese Reise 2007 mitgemacht und werde auch 2010 noch einmal dabei sein. Geplant ist auch in dieser Zeit eine Kreistagssitzung in Mohrungen. Im nächsten Jahr 2011 soll

eine Reise geplant werden, die in den östlichen Teil des polnischen Ostpreußens geht. Rastenburg, Nikolaiken, Hohenstein und die masurischen Seen. Damit wird man einen umfassenden Eindruck von unserer schönen ostpreußischen Heimat bekommen. Kommen Sie mit! Wenn Sie mehr Platz im Bus brauchen, können Sie gegen einen geringen Aufpreis einen Platz mit Beinliegen bekommen.

Reise in die Heimat – Auch 2010 fahren wir wieder in die Heimat nach Morag – Mohrungen. Es sind noch Plätze frei: elf Tage, HP vom 26. Juni bis 6. Juli 2010, Doppelzimmer 799 Euro, Einzelzimmer 879 Euro. Fahrten im klimatisierten Nichtraucher-Komfortreisebus mit WC, Getränkservice und Bordküche, auf Wunsch mit Beinliegen gegen einen Aufpreis von 100 Euro pro Person. Sie haben 40 Prozent mehr Beinfreiheit. Reiseleitung: Wolf-Rüdiger von Halfern.

Zwischenübernachtung in Stettin im Vier-Sterne-Hotel Radisson SAS. Anschließend Weiterfahrt nach Maldeuten in das Gutshaus Zöpel. Alle Zimmer sind mit Dusche / WC und Fernseher. Hier ist der Ausgangspunkt für alle Ausflugsfahrten. Tagesfahrten mit Stadtfahrten: Danzig, Elbing, Frauenburg, Heilige Linde, Allenstein, Hohenstein zum Freilichtmuseum, und eine Schifffahrt auf dem Oberlandkanal, von Elbing nach Buchwalde über alle fünf

Rollberge, anschließend fahren wir zur Marienburg sowie die wir mit einer Führung besichtigen. Reiseinfo und Buchungen bitte an: Wolf-Rüdiger von Halfern, Luxemburger Allee 48, 45481 Mülheim an der Ruhr, Telefon (0208) 470353, Mobil (0177) 4137100, E-Mail: vonhalfern@web.de

Zustellungsverzögerungen sowie kostenaufwendige Nachforschungen und Nachsendungen.

OSTERODE
Kreisvertreter: Dieter Gasser, Friedrich-Lamp-Str. 8, 24306 Plön, Tel. (04522) 593580. Geschäftsstelle: Martin-Luther-Platz 2, 37520 Osterode am Harz, Tel. (05522) 919870. KGOeV@online.de; Sprechstunde: Di. 9-12, Do. 14-17 Uhr.

NEIDENBURG
Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Weihnachtsheimatbrief 2009 – Der Heimatbrief Nr. 133 ist inzwischen fertig gestellt und in Druck gegeben worden. Er ist wieder sehr umfangreich und enthält neben vielen interessanten Themen auch einen Bericht mit einigen Bildern über die schöne Feier zum 15 Jahre Jubiläum der Neidenburger Gesellschaft der deutschen Minderheit auf dem Anwesen der Familie Wylengowski in Heydemühle bei Neidenburg sowie über unser Heimattreffen am 20. September in Bochum. Alle Landsleute und Freunde unserer Kreisgemeinschaft, die in der Versandliste erfasst sind, erhalten den Heimatbrief noch vor Weihnachten. Wer den Heimatbrief nicht erhält, ihn aber haben möchte, teile seine Anschrift dem Schriftleiter Jürgen Kowalek, Bromberger Straße 26, 28816 Stuhr, mit. Sie bekommen dann umgehend ein Exemplar zugesandt. Eine große Anzahl Exemplare der Pfingstausgabe konnte leider auch diesmal nicht zugestellt werden, weil sich die Anschriften der Bezieher geändert haben. Alle Landsleute werden deshalb dringend gebeten, Adressänderungen und sonstige Personenstandsänderungen, nicht wie irrtümlich gedruckt an Herrn Dembeck, sondern sofort dem Verwalter der Mitgliederdatei Hans-Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, mitzuteilen. Sie vermeiden dadurch

Fest der Gnadenhochzeit – Das Ehepaar Walter und Irma Westphal feiert am 28. Dezember 2009 das Fest der Gnadenhochzeit und zugleich den Geburtstag der Jubilarin Irma Westphal. Den Landsleuten ist unser Ehrenmitglied Walter Westphal aus seinem jahrzehntelangen noch heute andauernden unermüdlichen Wirken für unsere Kreisgemeinschaft und die Heimat bekannt. So zum Beispiel als Kreisvertreter in den Jahren 1983/84 und 1987/88. Viele Dokumentationen über die Geschichte unseres Heimatkreises sind und werden auch heute noch von ihm verfasst. Er steht uns unverändert für die Beantwortung von Fragen aus der Vergangenheit, insbesondere unserer Heimatstadt Osterode, zur Verfügung. Irma Westphal hat über Jahrzehnte wichtige Aufgaben bei der Führung und Ergänzung der Heimatkreisartei wahrgenommen. Wir danken den Jubilaren für ihren aufopferungsvollen Dienst an unserer Heimat und wünschen ihnen weitere Jahre in Gesundheit und Geborgenheit im Kreise ihrer Familie.

RASTENBURG
Kreisvertreter: Hubertus Hilgenhoff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm, GSt: Patenschaft Rastenburg; Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.



Ute Eichler

Nachtrag zu den Kreistagswahlen 2009 – Kirchspiel Schwarzstein: Christian Daniel, wohnhaft in München, erklärte sich bereit das Amt als Ortsvertreter von Groß Blaustein und Neu Rosenthal zu übernehmen. Die Kreisgemeinschaft dankt Herrn Daniel für seine Bereitschaft zur Mitarbeit.

»Vertreibung lohnt sich – ...«

Kontroverse Thesen im Gepäck – Kulturhistorisches Seminar der LO im Ostheim

Das kulturhistorische Seminar im Ostheim/Bad Pyrmont war für die 43 Teilnehmerinnen auch in diesem Jahr wieder ein guter Ort des Lernens. Das Thema der diesjährigen Seminartage lautete „1914-1989 – Die Wendepunkte der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert“. Uta Lüttich, Bundesvorsitzende der ostpreußischen Frauenkreise, leitete das Seminar.

an die Kinder weitergegeben, die deutsche Geschichte in Lehrbüchern verankert werden und die Vertriebenen dürften nur ein „ewiges Thema“ kennen: Wie gewinne ich junge Menschen? wurde zugestimmt.

Schwieriger war es mit uneingeschränkter Zustimmung für die Ausführungen von Prof. Dr. Helmut Grieser. Er sprach über „Das

Faktenreich und informativ war der Vortrag von Dr. Peter Grupp. Er stellte – aus dem gegenwärtigen Urteil der Wissenschaft – „Das europäische Staatensystem des frühen 20. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges“ vor. Seine Feststellung: „Die intellektuelle Redlichkeit des Historikers ist gefragt. Er habe nicht Belege für vorgefasste Meinungen zu suchen, sondern die Gesamtheit der Quellen zu nutzen.“ kann als Anspielung auf den am Tag zuvor gehörten Referenten, Gerd Schultze-Rhönhof, verstanden werden.



Das offene Gespräch beherrschte die Atmosphäre: Luise Kazukauskiene (Vorsitzende der Wolfskinder), Prof. Gilbert Gornig und Dr. Peter Grupp

Gerd Schultze-Rhönhof, dessen Buch „Der Krieg, der viele Väter hatte. Der lange Anlauf zum Zweiten Weltkrieg“ jetzt in der 6. erweiterten Auflage vorliegt, sprach – ausgehend von der Entstehungsgeschichte seines Werks – über „1939: Ursachen und Anlass des Krieges, der viele Väter hatte“. Den Zuhörern wurde nebenbei bewusst, dass historische Forschung immer auch eine Gratwanderung zwischen Aktengläubigkeit und dem Erkennen von (Zitat-)Fälschungen ist.

Reich muss uns doch bleiben. Auf dem Weg zu 40 verlorenen Teilungsjahren (!) Seine Behauptungen: „Die deutsche Teilung ist hausgemacht.“, „Kurt Schumacher ist der größte Spalter Deutschlands.“ und die von der „Luftbrückenlüge“ forderten zu scharfen Nachfragen heraus. Auf Widerspruch stieß seine Feststellung: „Es ist eine Propaganda-Lüge, dass die DDR-Bürger Freiheit wollten. Die wollten nur Wohlstand.“

Für dieses Seminar konnten sieben Historiker und ein Völkerrechtler als Referenten gewonnen werden. Den (vorläufigen) Schlüsselpunkt zum Thema setzte Prof. Dr. Gilbert Gornig, mit seinem Vortrag zum Thema „Die Auswirkungen der welthistorischen Wende von 1989/90 auf die völkerrechtliche Stellung Deutschlands“. Prof. Gornig – ein international anerkannter Völkerrechtler – versteht es, komplizierte Sachverhalte und Zusammenhänge nachvollziehbar zu erklären. So konnten die Zuhörer erfahren, warum das Deutsche Reich nicht untergegangen ist, und wann und weshalb der Verlust der deutschen Ostgebiete endgültig wurde. Bitteres Fazit: „Vertreibung lohnt sich – für die Sieger!“ Am Abend zuvor hatte Dr. Fred Mrotzek, in sehr frischer Art, mit persönlichen Anmerkungen durchgesetzt, über „1989: Der Fall der Mauer und der Zusammenbruch der DDR“ gesprochen. Mrotzek, 1965 in der damaligen „DDR“ geboren, arbeitete in seinem Vortrag neun Punkte heraus, die zum Untergang der „DDR“ geführt haben. Er behauptete: „Die deutsche Einheit hätte schon zwei Jahre früher kommen können.“ Seinem Aufruf, die eigene Geschichte müsse

SUPER-ABOPRÄMIE für ein Jahresabo der

Wulf D. Wagner
Das Königsberger Schloss
Eine Bau- und Kulturgeschichte Bd. 1. Von der Gründung bis zur Regierung Friedrich Wilhelms I. (1255-1740), gebunden, 390 Seiten, Format 31 x 24 cm mit über 300 Abbildungen und Fotos.
Das 1255 vom Deutschen Orden gegründete Schloss zu Königsberg war die älteste Residenz des brandenburg-preussischen Staates und bis 1701 einer der herausragenden Herrscherorte Nordosteuropas. Der erste Band der Bau- und Kulturgeschichte zeichnet die Geschichte des Schlosses umfassend und erstmals anhand neu erschlossener Textquellen und Bilddokumente als Bauwerk und Hof der preussischen Herzöge und brandenburgischen Kurfürsten nach.

Unser Königsberg-Paket für Sie!
Das Große Königsberg-Paket als Geschenk für Sie!
Es enthält den wertvollen Bildband „Das Königsberger Schloss“ und den historischen Stadtplan von 1934.

Preussische Allgemeine Zeitung
Mit Ostpreußenblatt
Zusätzlich erhalten Sie von uns noch unseren Königsbergauflieber und unseren Heimatnestecker
Königsberg/Pr. Die Heimat unvergessen!

ANTWORT COUPON
Schicken Sie mir bitte die Preussische Allgemeine Zeitung von der nächsten erreichbaren Ausgabe an für mindestens 1 Jahr und zusätzlich die Prämie für z.Zt. nur EUR 108,- im Jahr (inkl. Versandkosten). Mit dem Bezug der Preussischen Allgemeinen Zeitung werde ich gleichzeitig Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen. Gültig ist der jeweils aktuelle Bezugspreis. Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Für bestehende oder eigene Abonnements oder Kurzzustellungen (unter 12 Monaten) wird keine Prämie gewährt. Im letzten halben Jahr waren weder ich noch eine andere Person aus meinem Haushalt Abonnent der Preussischen Allgemeinen Zeitung. Prämienlieferung solange Vorrat reicht. Lieferung nur innerhalb Deutschlands.
 Ja, ich abonniere für mind. 1 Jahr die Preussische Allgemeine Zeitung und erhalte das Geschenk-Paket Königsberg bequem + bargeldlos durch Bankbuchung gegen Rechnung
Name/Vorname: _____ Kontonummer: _____
Straße/Nr.: _____ Bankleitzahl: _____
PLZ/Ort: _____ GdLändst: _____
Telefon: _____ Datum, Unterschrift: _____
Geburtsdatum: _____ Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!

Was Hänschen nicht lernt...

Anstand und Sitte aus sieben Jahrhunderten – Eine Ausstellung im Bremer Focke-Museum

Benimmkurse sind innerhalb kurzer Zeit ausgebucht, Ratgeberliteratur verkauft sich erfolgreich wie nie zuvor. „Knigges“ für alle Lebenslagen überschweben den Markt. Eine neue Ausstellung im Bremer Focke-Museum erzählt Geschichten um gute und schlechte Manieren.

„Sitz gerade! Nimm die Ellenbogen vom Tisch! Schmatz nicht so. Warte, bis alle fertig sind, dann kannst du aufstehen. Rede erst, wenn du gefragt wirst. Unterbrich die Erwachsenen nicht!“ Verhaltensmaßregeln aus der Kindheit, an die man sich (nicht immer gern) erinnert. Aber haben diese Anweisungen geschadet? Ganz gewiss nicht. Um so erstaunter beobachtet man Kinder von heute, wenn sie während der Mahlzeit den Tisch verlassen, um an Gameboy oder Playstation schnell eine Runde zu spielen. Manchmal sind die Bauklötze im Kinderzimmer interes-

Gutes Benehmen muss geübt werden

santer als die Spaghetti auf dem Tisch. Es gibt auch schon Knirpse, die laufen unsicher vom Spielzeugberg zum Tisch, bekommen einen Löffel voll Brei in den Mund geschoben und trippeln wieder zurück zum Spielzeug: „Anders bekomme ich ihn nicht satt“, stöhnt die Mutter und ahnt wohl nicht, was sie damit anrichtet. Dieses Kind wird sich kaum an geregelte Mahlzeiten und entsprechende Tischsitten gewöhnen.

Gutes Benehmen kommt nicht automatisch. Es muss geübt werden. Entscheidend ist das Vorbild zu Hause. Wenn Vater während der gemeinsamen Mahlzeit die Zeitung liest und Mutter wie gebannt auf den Bildschirm starrt, was soll Kind da schon lernen?

Auch die beiden Zauberwörter, die das gemeinsame Leben so viel angenehmer machen, können selbst kleine Kinder ohne Probleme lernen: „Bitte“ und „danke“, dazu ein kleines Lächeln erleichtern auch Erwachsenen den Einstieg in so manches Gespräch. Eine

der wenigen Umgangsformen, die über die Jahrhunderte gleich geblieben sein mögen. Doch nicht immer haben sich die Manieren gehalten. Woher kommen sie überhaupt? Wie haben sie sich über die Jahrhunderte entwickelt? Und wie war das eigentlich mit Adolph Freiherr von Knigge? Diesen Fragen spürt die Sonderausstellung im

macher. „All diese Objekte erzählen Geschichten von den Ursprüngen und Erscheinungsformen gesellschaftlicher Regeln und Tabus, vom Streben nach gefälliger Selbstdarstellung, von Rücksichtnahme und Distanzverlust, von Feinsinn und Rüpellei, von Peinlichkeitsschwellen und deren lustvoller Überschreitung, aber auch

licher Auszeichnung die Ausbildung von Tischmanieren“, weiß Anne-Katrin Axt vom Museum zu erzählen. „Die Standards waren zu allen Zeiten hoch, wenngleich die Formen wechselten. In dem Ausstellungsteil ‚An der Tafel‘ werden nicht nur kostbares ‚Tafelgerät‘ aus den unterschiedlichen Epochen gezeigt, sondern auch Gemälde und Druckgraphiken, die schildern, mit welcher Raffinesse es von den Vornehmen der Zeit gehandhabt wurde.“

Wie ändern sich die Zeiten, und das nicht unbedingt zum Besten. Ein einziges Bild macht dies deutlich. Während heutzutage Wein sogar aus dem Tetrapack getrunken wird, war es einst vorgeschrieben, wie man ein Weinglas zu halten hatte. Der Mann auf dem Plakat, das für die Bremer Ausstellung wirbt, fasst das Glas am unteren Rand zwischen Daumen und Zeigefinger an – ganz so, wie es um 1650 in vornehmen Kreisen üblich war.

Stets faszinierten auch die „Manieren der anderen“. Der beiläufige Blick über den Zaun war aber nicht immer möglich und so ergötzte man sich an holländischen Genrebildern des 17. Jahrhunderts, auf denen ausgelassen feiernde Bauern zu sehen waren. Die oberen Klassen, die einem steifen Zeremoniell verpflichtet waren, schufen sich gesellschaftliche Freiräume wie das Trinkgelage, bei dem voluminöse Humpen und Scherzgefäße herumgingen und gesellschaftliche Zwänge hemmungslos Besäufnissen anheimfielen.

Immer hat es Ausschweifungen und eine Umkehr des Gewollten



Jan Baptist Weenix: Bildnis eines Mannes mit Weinglas

Bild: bpk

Bremer Focke-Museum nach: Unter dem Titel „Manieren. Geschichten von Anstand und Sitte aus sieben Jahrhunderten“ findet der Besucher auf 800 Quadratmetern Ausstellungsfläche mehr als 200 hochwertige Exponate.

„Neben bedeutenden Gemälden und Druckgraphiken, Fotografien, kostbaren Porzellan- und Silberschmiedearbeiten finden sich zahlreiche aus dem Alltag vertraute Gegenstände“, so die Ausstellungs-

von Mechanismen gesellschaftlicher Ausgrenzung.“

13 Kapitel führen durch die Ausstellung. Der Besucher erfährt unterhaltsame Geschichten von Anstand und Sitte, von der Anstandsliteratur über die Tischkultur bis zum Verhalten im öffentlichen Raum und der Kultivierung schlechter Manieren.

„Seit dem Mittelalter bestimmen das Bedürfnis, Ekel zu vermeiden, und der Wunsch nach gesellschaft-

gegeben. Rücksichtnahme und Verehrung der Frau brachten im 17. Jahrhundert die Galanterie hervor, ursprünglich zurückhaltende Umgangsformen, die allerdings bald gezielt eingesetzt wurden, um zur Erfüllung amourosen Wünsche zu gelangen. Mit Hilfe von Fächern wurden Botschaften gesendet, in Rollenspielen kamen Männer und Frauen einander näher. Der Adel träumte sich in Parallelwelten wie die Idylle der Schäfer, die im Rokoko immer wieder auf Gemälden und in Porzellan dargestellt wurde.

Wie sehr die moderne Technik Althergebrachtes und für gut Befundenes zerstört, macht ein Blick auf gängige E-Mails deutlich: Oft werden die Anrede weggelassen und abschließende Grußfloskeln (MG statt Mit freundlichen Grüßen) abgekürzt. Ganz findige Zeitgenossen benutzen die Abkürzungen aus der SMS-Welt des Handys (IHDL: Ich hab dich lieb). „Noch die banalste briefliche Mit-

Schon Kinder beherrschten die gängigen Floskeln

teilung wurde bis ins 20. Jahrhundert mit einer respektvollen Anrede eingeleitet und einer Ergebnissadresse abgeschlossen“, erläutert Anne-Katrin Axt. „Feste Standards galten für den Geschäftsbrief ebenso wie die private Korrespondenz. Diese ‚Floskeln‘ beherrschten schon Kinder durch die Übung fast täglich verfasster schriftlicher Mitteilungen. Dem Unkundigen gaben so genannte ‚Briefsteller‘ Anleitungen zur Einhaltung der korrekten Form.“

„Wir wollen keine Benimmregeln vermitteln. Die Ausstellung regt zum Nachdenken an, gibt aber auch den komischen Seiten der Etikette Raum“, beschreibt Ausstellungskurator Urs Roeder das Anliegen der Ausstellung.

Silke Osman

Die Ausstellung im Bremer Focke-Museum, Schwachhauser Heerstraße 240, ist bis 30. Mai 2010 dienstags von 10 bis 21 Uhr und mittwochs bis sonntags von 10 bis 17 Uhr geöffnet, Eintritt 8 / 6 Euro.

FÜR SIE GELESEN

Hoffmanns Erzählungen

Das Buch hat keine Handlung, keinen großen Mittelpunkt, keinen innern Kitt“, nörgelte Heinrich Heine, nachdem er 1822 E. T. A. Hoffmanns Märchen „Meister Floh“ gelesen hatte. „Die Strenge und Bitterkeit, womit ich über diesen Roman spreche, rührt eben daher, weil ich Hoffmanns frühe Werke so sehr schätze und liebe“, begründete er sein hartes Urteil.

In der Tat: Das „Märchen in sieben Abenteuern zweier Freunde“ ist keine leichte Kost, vor allem nicht für den modernen Leser, der die machtvolle, doch zuweilen ver-spönnische Sprache Hoffmanns nicht gewohnt ist. Schwierig ist es zudem, dem verwickelten Handlungsstrang zu folgen. Wie in Hoffmanns „Nussknacker und Mausekönig“ beginnt alles an einem Weihnachtsabend – und ebenso dramatisch wie im Nussknacker endet dieses Märchen auch. Mehr sei nicht verraten. Im Mittelpunkt der Geschichte steht Peregrinus Tyb, ein seltsamer Mensch, der seiner Kindheit nicht entweichen zu sein scheint, denn warum sonst sollte er sich zu Weihnachten selbst beschenken? Wie in vielen Texten Hoffmanns sind auch im „Meister Floh“ autobiographische Züge zu entdecken. Hoffmann war zur Zeit der Niederschrift bereits so krank, dass er den Schluss des Textes diktieren musste. „Meister Floh“ ist weitaus mehr als die phantastische Liebesgeschichte zweier Paare, es ist vielmehr – typisch Hoffmann – auch eine Persiflage auf die Mühen der Justiz, in die der Jurist und Dichter während der Demagogenerfolgung selbst geraten war. Freunde der Werke Hoffmanns werden „Meister Floh“ lieben. os

E. T. A. Hoffmann: „Meister Floh. Ein Märchen in sieben Abenteuern zweier Freunde“, illustriert von Otto Nückel, Faber & Faber, Leipzig 2009, 190 Seiten, Leinen mit Schutzumschlag, 24 Euro

Über Unrecht sprechen

»Macht hoch die Tür« entstand im Dreißigjährigen Krieg

Macht hoch die Tür, die Tor macht weit...“, so wird in den Kirchen am nächsten Sonntag und in den Tagen bis Weihnachten gesungen. Eine starke Sprache, die der ostpreussische Dichter-Pfarrer Georg Weissel, geboren in Domnau, tätig in Königsberg, im Jahre 1632, also mitten im Dreißigjährigen Krieg seiner Gemeinde zumute. Gab es damals nichts Wichtigeres zu bedenken als Glaubenssachen? Immerhin. Mord und Totschlag herrschten in den Nachbarländern Pommern und Brandenburg. Handel und Wandel kamen zum Stillstand, die staatliche Ordnung drohte zu zerbrechen. Viele Flüchtlinge kamen in das damals vom Krieg noch verschonte Ostpreußen. Also ein Umfeld zum Verzweifeln.

Unter diesen Belastungen wurde von Pfarrer Weissel „innere Haltung“ und Glaube angemahnt: „Macht hoch die Tür...“ Wir sollen Gott in unserem Leben die Tür öffnen und mit seinem Kommen in diese Welt rechnen, dann ist nichts verloren. Gott lässt seine Schöpfung nicht allein! Das ist die Bot-

schaft auch der Weihnacht 2009. Traurigkeit, Angst und Depression haben weder Macht im öffentlichen noch im privaten Leben. Deshalb heißt es im folgenden Vers: „Oh wohl dem Land, o wohl der Stadt, so diesen König bei sich hat...“

Man sang dieses Lied in schwierigsten Zeiten, weil der Inhalt

Aus Ostpreußen in die ganze Welt

stimmte. Man sang es zuerst im Königsberger Dom, dann in den Ordenskirchen von Arnau, Groß Legitten, Labiau, Goldbach und Lauskischen, in ganz Ostpreußen und danach in der ganzen Welt. Alles Kirchen, die den Ostpreußen sehr ans Herz gewachsen sind. Generationen haben darin Gottesdienst gefeiert. Das Lied ist heute weltweit das bekannteste Adventslied. Die Geschichte Ostpreußens ist ohne Glauben, ohne seinen geistlichen Hintergrund nicht zu

erfassen. Wir sollten uns als Nachfahren dazu bekennen. Wir helfen damit, die harten Nüsse des Weihnachtsfestes 2009 – die gegenwärtigen Schwierigkeiten – zu knacken. Wie anders soll es weitergehen, wenn nicht Tor und Tür wieder aufgehen?

Krieg und Vertreibung müssen aufhören, alles andere entspricht nicht dem Willen dessen, der als Mensch in die Welt gekommen ist. Unrecht muss furchtlos beim Namen genannt werden dürfen. Diese Aufgabe betrifft uns, die wir als gezeichnete Generation in seinem Namen heute und morgen in unseren jetzigen Gemeinden und in der Heimat unterwegs sind. Die Geburt Jesu vor 2000 Jahren ist für uns Christen ein Zeichen dafür, dass Gott in seine Schöpfung kommt, sich als Mensch uns Menschen zeigt. Dem wollen wir nachfolgen. Wenn wir an einer kleinen Stelle es schaffen, dass uns Schicksal nicht gleichgültig sind, dann bleibt das „Macht hoch die Tür...“ nicht nur ein frommes und beschauliches Lied, sondern es bewirkt das, was Gott will.

Klaus Schulz-Sandhof

Ein Lied zieht um die Welt

»Stille Nacht« wurde auch am preußischen Hof gern gesungen

Weihnachtstraditionen der Hohenzollern im Laufe der Jahrhunderte stehen im Mittelpunkt einer Sonderführung durch das Berliner Schloss Charlottenburg. Nach einem Überblick über allgemeine Berlinische Weihnachtstraditionen und die Geschichte der dortigen Weihnachtsmärkte werden die kurfürstlichen und königlichen Verordnungen und weihnachtlichen Edikte verschiedener Hohenzollernherrscher vorgestellt. Nach einem Exkurs über den Wechsel des brandenburgischen Kurfürsten zum calvinistischen Bekenntnis, an Weihnachten 1613, wird abschließend erläutert, wie das berühmte Lied „Stille Nacht“ zur Zeit Friedrich Wilhelms III. und seines Nachfolgers Friedrich Wilhelms IV. den Weg nach Berlin fand.

Um die Uraufführung des Liedes ranken sich viele Legenden und Geschichten. Der Hilfspriester Joseph Mohr hatte den Text bereits 1816 geschrieben, vermutlich unter dem Eindruck abziehender bayerischer Truppen aus dem besetzten Salzburger Land. Kurz vor Weihnachten 1818 hatte der

Lehrer und Organist Franz Xaver Gruber die Melodie dazu verfasst. Zur Uraufführung kam es dann am Heiligabend 1818 in der Kirche St. Nikolaus in Oberndorf bei Salzburg. Begleitet wurde der Gesang durch eine von Mohr gespielte Gitarre, da das alte Positiv (eine einmanualige Orgel mit wenigen Registern und ohne oder nur mit

Als »ächtes Tyroler Lied« erstmals im Jahr 1833 gedruckt

angehängtem Pedal) der Kirche nicht bespielbar war. Den Weg in die Welt fand das Lied schließlich durch den Orgelbaumeister Karl Mauracher aus dem Zillertal. Mit anderen Musikern führte er 1832 Tiroler Lieder in Leipzig auf, darunter auch „Stille Nacht“. 1833 wurde es mit drei anderen „ächten Tyroler Liedern“ auf einem Flugblatt in Dresden gedruckt.

König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen, der das Lied besonders liebte, ist es zu verdanken, dass die

Autoren heute noch bekannt sind: Seine Hofkapelle wandte sich 1854 an das Stift Sankt Peter in Salzburg, um eine Abschrift des Liedes zu erhalten. Man hatte es fälschlich für ein Werk von Michael Haydn, dem jüngeren Bruder von Joseph Haydn, gehalten.

Überhaupt schlägt das Lied weite Kreise. Irgendwann war es sogar über den großen Teich gelangt. Dort hielt man „Silent Night“ allerdings für ein US-amerikanisches Volkslied, bis die österreichische Schriftstellerin Hertha Pauli, die 1943 in die USA geflohen war, es in ihrem Kinderbuch „Silent Night. The Story of a Song“ richtigstellte. Komponisten wie Max Regner, Arthur Honegger und Alfred Schnittke wurden von dem Lied zu neuen Kompositionen angeregt. Die Stille Nacht Gesellschaft e. V. in Oberndorf ist letztlich zentraler Ansprechpartner für alle das Lied betreffenden Fragen. os

Sonderführung „Weihnachten bei Hote“ im Schloss Charlottenburg, täglich bis 26. Dezember (außer am 24. Dezember), 14 Uhr und 15.30 Uhr



Vor Angst wie gelähmt

Debüt eines Autors aus Italien

„Primzahlen sind nur durch sich selbst teilbar. Sie haben ihren festen Platz, eingeklemmt zwischen zwei anderen, in der unendlichen Reihe natürlicher Zahlen, stehen dabei jedoch ein Stück weiter draußen. Es sind misstrauische, einsame Zahlen ... Paare von Primzahlen, die nebeneinander stehen oder genauer, fast nebeneinander, denn zwischen ihnen befindet sich immer noch eine gerade Zahl, die verhindert, dass sie sich tatsächlich berühren.“ Die Protagonisten aus dem Debütroman Paolo Giordanos, Mattia und Alice, sind solche „Primzahlzwillinge“: allein und verloren, sich nahe, aber doch nicht nahe genug, um zueinander zu finden. „Die Einsamkeit der Primzahlen“ ist das Debüt des 27-jährigen Physikers, der sofort die italienische Verkaufshitparade anführte.

Die Geschichte spielt in Turin, der Ardenstadt Giordanos. Mit ihren arkadenüberdachten Straßen, den eleganten Villen auf den Hügeln, der Kirche Gran Madre und dem träge dahinfließenden Po bildet sie die Kulisse für die Geschehnisse, die der Autor durchweg aus der Perspektive seiner Helden schildert. Der Leser erhält Einblick in Schlüsselereignisse der beiden Außenseiter, die seit Kindertagen vom Schicksal verfolgt werden. Der sechsjährigen Alice sind die Winterurlaube mit ihrer Familie ein Grauel. Vom ehrgeizigen Vater angetrieben quält sie sich täglich zum Skikurs und macht sich zwanghaft in die Hosen. Als das Mädchen an einem nebligen Morgen zusätzlich Durchfall bekommt, fährt es aus Scham allein ins Tal, stürzt und hinkt fortan.

An dieser Stelle macht Giordano einen Schnitt und schwenkt zu seiner zweiten Hauptfigur Mattia. Der hochgeborene Junge hat eine autistische Zwillingschwester, an die er sich mit einer Mischung aus Verantwortungsbewusstsein und Hass gebunden fühlt. Als die Geschwister eines Tages auf dem Weg zu ei-

ner Geburtstagsfeier sind, lässt Mattia Michela auf einer Parkbank zurück. Zwei Stunden später will er sie wieder abholen, aber von seiner Schwester fehlt jede Spur. Seither plagt den sensiblen Jungen Schuldgefühle, die sich „in seinem Bauch ablagern“ wie „eine dicke klebrige Schicht“.

Wieder gibt es einen Szenenwechsel. Nach einem Zeitsprung von sieben Jahren rücken Alice und Mattia als Teenager ins Scheinwerferlicht. Ihre Wege kreuzen sich auf dem Gymnasium. Sie ist inzwischen magersüchtig, er verletzt sich selbst. Beide fühlen sich durch ihre seelischen und körperlichen Wunden auf besondere

Behinderte Schwester »verloren«

Weise verbunden und erkennen sich selbst in jeweils anders wieder. Ademütigkeit von den Schulkameraden und unverstanden von der eigenen Familie ziehen sie sich in ihre gemeinsame Einsamkeit zurück.

Doch je länger sich das Karussell der Ereignisse dreht, desto mehr entfernen sich die Protagonisten voneinander. Mattia geht nach dem Mathematikstudium als brillanter Wissenschaftler ins Ausland. Alice macht eine Ausbildung zur Fotografin und heiratet sogar. Auch als junge Erwachsenen fällt ihnen die direkte Konfrontation mit der Realität schwer. Lieber verstecken sie sich hinter einer Mauer von Zahlen oder dem Filter der Kamera.

Giordanos Entwicklungsroman brilliert durch seine direkten, schnörkellosen Dialoge ebenso wie durch seinen poetisch-bildhaften Erzählstil. Der Autor lässt seine Leser tief in die Seele des menschlichen Schmerzes eintauchen und zieht ihn in einen starken identifikatorischen Sog. So begreift man eine nach der Lektüre, wie man sich mit Ängsten und Selbstbezogenheit das Leben unnötig schwer macht.

Sophia E. Gerber

Paolo Giordano: »Die Einsamkeit der Primzahlen«, Blessing, München 2009, gebunden, 368 Seiten, 19,95 Euro



Differenzierteres Bild entworfen

»Der freundliche Feind«: Ebba Drolshagen über die Wehrmacht in Norwegen

Mit einiger Erwartung dürften manche das neue Buch von Ebba Drolshagen in die Hand nehmen, lässt doch der Titel darauf schließen, dass die Autorin die Wege der politischen Korrektheit verlässt. »Der freundliche Feind – Wehrmachtssoldaten im besetzten Europa« nennt die Autorin ihr Buch und weicht damit von der Wehrmacht als „marschierendes Schlachthaus“ ab, wie der damalige Bonner Kulturminister Michael Naumann im Gefolge der Anti-Wehrmacht-Ausstellung unsere Soldaten des Zweiten Weltkriegs diffamiert hatte. Schon in den ersten zehn Zeilen dürfte aber mancher versucht sein, das Buch wieder wegzulegen, beruft sich doch Frau Drolshagen ausdrücklich auf Jan Philipp Reemtsmas Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht«, obwohl diese wegen massiver Fälschungen schmachlich gescheitert war. Und nun soll sie die Grundlage eines Buches sein über das Verhalten der Wehrmacht nach der Besetzung Norwegens und Frankreichs?

Man sollte das Buch aber weiterlesen. Zwar erwähnt Ebba Drolshagen immer wieder positiv Reemtsmas Propaganda-Show, doch führt sie eine Fülle von Fakten an, die die ausnahmslos positiven Schilderungen des Verhaltens der deutschen Soldaten. Da sie wie selbstverständlich davon ausgeht, dass die Deutschen an allem schuld sind, hebt sich wohl heller das Verhalten der Wehrmachtssoldaten vor dem schwarzen Hintergrund ab. Allerdings sei das eigentliche Motiv des anständigen Benehmens der Soldaten ziemlich tückisch, meint sie: Die oberste Führung habe ihnen vorgeschrieben, sich in Norwegen nicht wie in Feindesland zu benehmen, sondern stets korrekt. Damit sollten die Norweger über die finsternen deutschen Absichten getäuscht werden, die – wie könnte es anders sein – die Weltherschaft war. Zwar hörte sie

den Behauptungen der Reemtsmaschen Ausstellung ebenso widersprechen wie der Aussage des Staatsministers.

Im Zentrum des Buches steht die Besetzung Norwegens; Frankreich wird auch gelegentlich erwähnt ebenso wie die deutsche Besetzung der Sowjetunion. Zwar behält die Autorin, die aus einer deutsch-norwegischen Ehe stammt, die Grundhaltung bei, dass die Deutschen auf der Seite des Bösen stehen, doch widerspricht sie sich selbst durch

von ihren Gewährsleuten, dass sich die Deutschen bemühten, wie „Kavaliere“ aufzutreten, doch hätten das die Landsler lediglich aus Berechnung getan, damit die Norweger einen guten Eindruck von den Deutschen gewinnen. So haben die Soldaten nie geplündert, sondern beim Einkaufen stets bezahlt. Den Frauen gegenüber verhielten sie sich – im Gegensatz zu so manchem norwegischen Mann – zuvorkommend; sie hielten ihnen beispielsweise die Tür auf und bo-

große Zahl von Kindern, die aus der Verbindung deutscher Soldaten mit norwegischen Frauen hervorgingen, führt sie nicht auf Vergewaltigungen zurück, sondern auf ganz normale Liebesbeziehungen. Es gibt skurrile Ansichten, so die, dass das freundliche Entgegenkommen der Deutschen den Norwegern gegenüber nichts war als Rassismus, denn die Deutschen meinten, das norwegische Volk sei dem deutschen verwandt, hätte doch beide germanische Wurzeln.

Heute bemüht sich Frau Drolshagen, den alt gewordenen ehemaligen Soldaten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Sie billigt ihnen zu, dass sie von den weit entfernten deutschen Kriegsverbrechen wohl nichts gewusst haben. Aber sie bleibt, wie es sich heute gehört, unerbittlich: Wenn sie auch nicht schuldig waren, so sollten sie sich zumindest schämen, dass sie damals mitgemacht haben, denn bei allen Freundlichkeiten gegenüber der norwegischen Zivilbevölkerung fühlten sich die deutschen Soldaten „ausnahmslos und vorbehaltlos zutiefst als Deutsche“. Und das muss in der Tat unsere heutigen Zeitgenossen verblüffen.

Hans-Joachim von Leesen

Ebba D. Drolshagen: »Der freundliche Feind – Wehrmachtssoldaten im besetzten Europa«, Droemer, München 2009, gebunden, 348 Seiten, 19,95 Euro



Britin entdeckt Ostpreußen

Englische Autorin wählt historische ostdeutsche Provinz als Schauplatz

Die britische Bestsellerautorin Judith Lennox ist stets bemüht, ihren Romanen Authentizität zu verleihen. Doch in »Das Herz der Nacht«, der teilweise in Ostpreußen spielt, bleibt sie allzu plakativ. Zwar ist es lobenswert, dass eine Engländerin Ostpreußen als einen Schauplatz in ihrer Romanhandlung ausgewählt hat, doch ihre Recherche über das Land und seine Leute hätte mehr in die Tiefe gehen können. So reiste Lennox zweimal nach Ostpreußen, doch die heutige Landschaft und Stadt-

architektur strahlen nicht mehr den selben Zauber aus, den sie einst hatten, als die Region noch von Deutschen bewohnt und kultiviert war.

Trotz allem bemüht sich die 56-jährige Autorin, ihren Lesern verständlich zu machen, warum ihre Romanheldin Miranda, die Tochter eines russischen Kaufmanns und einer Britin, 1944 das Gut ihres deutschen Mannes in Ostpreußen nicht verlässt, obwohl die Rote Armee heranzieht. Die junge Frau, die ihren Gatten nicht aus Liebe, sondern nur aus Dankbarkeit geheiratet hat, bleibt wegen der Menschen dort, die ihr nach einer unglücklichen Liebesgeschichte ein Zuhause gaben. Am Ende jedoch

scheint es fast so, als ob die Autorin den Zweiten Weltkrieg und die Flucht aus Ostpreußen vor allem als Kulisse für ihre Herz-Schmerz-Romanze gewählt hat, weil beides eine spannende äußere Handlung bietet. Grund für diese Annahme ist die Tatsache, dass Miranda ihr altes Ich samt Fluchterlebnissen allzu schnell abschüttelt. Nach der Flucht arbeitet die Romanheldin als Schauspielerin in London, wo sie ihrer ehemaligen Gesellschafterin Kay begegnet, deren Kriegsschicksal auf Seiten der Briten der Leser zuvor ebenfalls hatte verfolgen können.

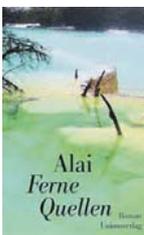
Judith Lennox lässt die beiden Freundinnen bewusst auf verschiedenen Seiten der Fronten le-

ben, auch um die verschiedenen Nöte und Verwicklungen während des Krieges aufzuzeigen. Hierbei verliert sie sich des öfteren in Klischees, auch wenn zumindest der Charakter der Kay einige Entwicklungen erfahren darf, während Miranda als schauspielernde Lebenskünstlerin dargeboten wird.

Auch wenn »Das Herz der Nacht« ein ziemlich durchschnittlicher Liebesroman ist, so ist es durchaus das Verdienst der beliebten Autorin, Ostpreußen in England ein Stück bekannter gemacht zu haben. Rebecca Bellano

Judith Lennox: »Das Herz der Nacht«, pendo, München 2009, geb., 555 Seiten, 19,95 Euro

Alle Bücher sind über den PMD, Mendelssohnstraße 12, 04109 Leipzig, Telefon (03 41) 6 04 97 11, www.preussischer-medienstift.de, zu beziehen.



Besuch bei einem »begrabigten« Volk

Melancholischer Roman über die Veränderung Tibets unter chinesischer Präsenz

Selten lädt eine Geschichte so sehr zum Träumen ein. Der chinesische Autor Alai besitzt die Gabe, bereits auf den ersten Seiten seines Buches »Fremde Quellen« den Leser in ein weitentlegenes Land zu entführen. Er lässt ihn die Natur Tibets hautnah durch die Augen seines Ich-Erzählers erleben.

Als Kind freundet sich der schüchterne, in sich gekehrte Alai mit dem aufgrund seiner Schuppenflechte aus dem Dorf verbannten Hirten Gongba an. Dieser erzählt ihm vom früheren Leben seines Volkes und von seinem großen Traum, die fernen Quellen im Grasland zu besuchen, deren heilende Wirkung ihm ein neues Leben verschaffen könnte. Immer wieder spricht Gongba von der Schönheit der Quellen und von

dem geschäftigen, fröhlichen Leben, welches sich dort abspielt. Er erzählt von vielen nackten Frauen und Männern, die dort gemeinsam baden und von den Marktständen an dem Naturwunder. Für den kleinen Jungen ist es zu-

Vom stolzen Reitervolk zum Bewohner

nächst unverstündlich, kennt er doch nur die eingeegte, von chinesischer Propaganda bestimmte Lebensweise, für die unbeschwertere Treiben undenkbar ist. Alai lässt sich jedoch schnell von dem Zauber der Erzählungen einfangen und beschließt, mit Gongba zu dem viel gepriesenen Ort zu reisen und eine neue aufregende Welt zu entdecken.

Bevor beide aufbrechen können, stirbt der Hirte und die Quellen werden für Alai zum Symbol der unerreichbaren Ferne und der

Freiheit. Erst viel später, als er bereits eine Stellung als Fotograf der Regierung annimmt, hat er die Möglichkeit, Gongbas Traum zu erfüllen und die Quellen zu sehen. Groß ist seine Enttäuschung als er zwar diese findet, aber deren Magie für ihn verschwunden ist. Alai hat von einem Ort voller Leben, Tanz und Gesang geträumt, von nackten Menschen, die gemeinsam baden. Die Quellen sind jedoch verweist, er sitzt einsam am Rande. Entzaubert macht er sich auf die Suche nach dem längst Verlorengegangenen und Vergessenen.

Es ist ein relativ dünnes Buch, keine 160 Seiten sind notwendig, um die Geschichte des tibetischen Jungen Alai zu erzählen, die so leicht ein doch so schwerwiegendes Thema bearbeitet. Das Buch beschreibt die Veränderung in Tibets Natur und der Lebensweise seiner Bewohner, einem stolzen Reitervolk, dass noch bis vor einigen Jahren auf Pferderücken die

Gegend durchstreifte. Mittlerweile ist diese Freiheit, in die Ferne zu reisen, sehr eingeschränkt. Man versucht, die Menschen an einem Ort zu halten. Die Kinder, so wie Alai, können nur von wehmütigen Erzählungen erfahren, wie deren Leben früher war, denn sie kennen nicht mehr das Bedürfnis nach Freiheit.

»Wenn ein Pferd zu lange gefesselt war, läuft es nie mehr frei wie der Wind, auch wenn man ihm die Fessel löst«, so beschreibt Alai

Natur Stück für Stück zerstört

in leisen, melancholischen Tönen die neue Realität Tibets. Nicht nur, dass die Kultur schonungslos, angeblich zum Wohle der Menschen, unterdrückt wird, auch die Naturschätze der Region werden durch fragwürdige Projekte zerstört.

Am Rande wird die Präsenz der Chinesen erwähnt, die das traditionelle Leben der Tibeter als rückständig verurteilen und die Leichtigkeit der Kultur nach und nach zerstören. Das Buch erzählt nicht von gewaltsamen Aufständen, es erwähnt auch nicht die massive Unterdrückung der Tibeter durch das chinesische Regime. Der Roman ist ein Werk der leisen Töne. Es beschreibt anhand von unter die Haut gehenden Bildern, wie ein Volk »begrabigt« wird, es beschreibt wie man ihm die Freude durch den vermeintlichen chinesischen Fortschritt raubt. Es ist aber auch ein Roman zum Träumen, denn es beschreibt nicht nur Tibet, es beschreibt auch unsere Sehnsucht nach der Ferne, dem Unbekannten, dem Anderen, die nur noch in unseren Erzählungen existiert.

Anna Gäul

Alai: »Ferne Quellen«, Unionsverlag, München 2009, gebunden, 153 Seiten, 14,90 Euro

Weitere Bücher

Jürgen Elsässer (Hrsg.): »Gegen Finanzdikatur – Die Volkssinitative: Grundsätze, Konzepte, Ziele«, Kai Homilius Verlag, Berlin 2009, broschiert, 100 Seiten, 7,50 Euro

Gert O. E. Sattler: »Ostdeutsche Personenkunde – Danzig, West- und Ostpreußen«, Recklinghausen, broschiert, 126 Seiten, 10 Euro; »Vertreibungs-Inferno – in memoriam 1944 – 1949«, broschiert, 126 Seiten, 10 Euro

Hannelore Schmitz: »Meine Wurzeln Eydtkuhnen/Ostpreußen«, BoD, Norderstedt 2009, broschiert, 83 Seiten, 9,90 Euro

Reinhard Ulmar: »Der Sinn ergibt sich – Dichtung für helle Köpfe und rabenschwarze Spaßvögel«, BoD, Norderstedt 2009, broschiert, 152 Seiten, 14,60 Euro

Hermann Wischnat: »Ich kenne gar kein Defizit – Gereimtes und Ungereimtes, Ernstes Unernstes«, BoD, Norderstedt 2009, 80 Seiten, 10 Euro

MELDUNGEN

Mehr Pflichten auferlegen

Berlin - Integration gelingt nur, wenn neben der Gewährung von Rechten auf Migranten auch Pflichten abverlangt würden wie die Annahme der einheimischen Sitten, der Sprache und der Rechtsnormen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, zu der türkische Einwanderer in Deutschland, den Niederlanden und Frankreich befragt wurden. Die Identifikation mit dem Aufnahmeland ist demnach in allen drei Staaten sehr schwach ausgeprägt, was die Forscher auch als Folge von „Multi-kulti“-Politik deuten. *H.H.*

Willy-Brandt-Flughafen

Berlin - Der neue Großflughafen im Süden Berlins, der laut Plan im Oktober 2011 eröffnet wird, soll nach Willy Brandt benannt werden. Dies beschloss der Aufsichtsrat auf Vorschlag von Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD). „Offiziell“ werde er jedoch die Bezeichnung „Flughafen Berlin Brandenburg“ tragen. *H.H.*

ZUR PERSON

Kandidat der Basis

Erst passierte lange gar nichts, dann gab es Gerüchte, doch die FDP-Zentrale dementierte, und dann bestätigten sich die Gerüchte doch: Christian Lindner soll neuer Generalsekretär der FDP werden. Und prompt musste der 30-Jährige erleben, wie fast alle Medien sich wunderten, dass „Bambi“, wie ihn Jürgen Möllemann einst nannte, einen so wichtigen Posten bekomme.

Die „Bambi“-Geschichte ist Jahre her, damals, mit 21 Jahren, wurde der gebürtige Wuppertaler jüngstes Landtagsmitglied in Nordrhein-Westfalen, doch inzwischen ist einiges passiert. 2004 wurde das „Kükens“ Generalsekretär des FDP-Landesverbands, zog im September in den Bundestag als Abgeordneter ein. Schon Jahre zuvor hatte Lindner sein Studium der Politikwissenschaft, des Öffentlichen Rechts und der Philosophie abgeschlossen und Berufserfahrung in einer Werbeagentur gesammelt.

Hinzu kommen zwei veröffentlichte Bücher. Eines davon zusammen mit dem jetzigen Gesundheitsminister Philip Rösler verfasst. Das Buch „Freiheit: gefühlt - gedacht und gelebt“ wurde von der „FAZ“ als Einleitung zu einem „von Guido Westerwelle verweigerten neuen Grundsatzprogramm“ bezeichnet. Das erklärt womöglich, warum Westerwelle so lange gezögert hat, Lindner den Posten des Generalsekretärs anzubieten. Westerwelle wollte Patrick Döring, doch der steht parteiintern in der Kritik, ähnlich farblos wie der ins Entwicklungsministerium entsandte Dirk Niebel zu sein. Schleswig-Holsteins FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki lobte die Personalentscheidung und betonte, dass Westerwelle das Gesicht der FDP bleibe, aber Lindner als der neue intellektuelle Kopf der Liberalen auftrete. *Bel*



Mengenlehre im Emirat

Zeichnung: Mohr

Gnade der späten Steckdose

Wie sich Politiker vor dem Krieg schützen, wie sich Merkel von den Würgern befreit, und warum Erfinder-Nationen schuldig sind / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Der Auftrag, mit dem die Bundeswehr von der rot-grünen Bundesregierung unter Zustimmung der schwarz-gelben Opposition vor acht Jahren nach Afghanistan geschickt wurde, ließ an Eindeutigkeit nichts missen: Die deutschen Soldaten sollten mitten in ein Kriegsgebiet ziehen, dort aber bitte auf keinen Fall Krieg führen. Sie sollten unter allen Umständen erfolgreich sein, aber unter keinen Umständen einen „Sieg“ anstreben, denn eine Niederlage hätte die Taliban traurig machen können, und das sollte unbedingt vermieden werden.

Also als Armee ins Kriegsgebiet, aber bitte keinen Krieg führen? Gewinnen, aber gefälligst ohne zu siegen? Dass das außerhalb der Welt moderner Kuschelpädagogik alles nicht zusammenpasst und irgendwann grässlich scheitern müsste, hätte eigentlich klar sein müssen. Die Entscheidung in Berlin konnten in jedem Schulbuch zur Weltgeschichte nachlesen, dass Afghanistan ein Land ist, in dem die Etikette der Netze-Nachbarn-Diplomatie wenig Beachtung genießt.

Um in dieser Lage zu bestehen, müssten die Truppen schnell und militärisch professionell handeln können. Doch die Politik hat alles unternommen, um genau dies durch ein dichtes Regelwerk zu verhindern: 70 Prozent ihrer Operationen würden gestoppt, weil sie nicht rechtzeitig die elf Genehmigungen dafür aufzutreiben könnten, hat ein US-Offizier einer amerikanischen Zeitung verraten. Vier Tage benötige er, um alle Erlaubnisse einzuholen, und müsse dafür den Bürokraten farbige Computerpräsentationen, schöne Grafiken und schriftliche Rechtsfertigungen vorlegen. Gebe ein Informant den Aufenthaltsort eines wichtigen Taliban-Führers weiter, so sei der natürlich über alle Berge, bevor man die Erlaubnis von oben habe, ihn zu ergreifen oder zu töten.

Was soll das? Sind die denn alle bescheuert in Washington, in Berlin und den übrigen Schaltzentralen der internationalen Allianz für Afghanistan? Aber keineswegs! Sie waren in einer üblen Zwickmühle 2001. Nach den Anschlägen vom 11. September

mussten sie den starken Max machen, weil das amerikanische Volk „Äktschn“ sehen wollte, und zwar plötzlich. Und Washington wollte bei der Gelegenheit gleich mal überprüfen, was seine Verbündeten bei Schlechtwetter wert sind.

„Äktschn“ in die Politikersprache übersetzt heißt „Robustes Mandat“, also mal richtig draufhauen. Genau da beginnt das Problem für die Politiker: Robuste Mandate produzieren Bilder, die einen ebenso robusten Magen erfordern. Mit denen aber will kein Politiker, der sich um seinen guten Ruf als Menschenfreund sorgt, in Zusammenhang gebracht werden.

Was also tun? Die Lösung lauert in den „vier Tagen“. Man musste nur einen ganzen Hinterkuss an Bedingungen, Beschränkungen und anderen Vorschriften zwischen sich und dem unappetitlichen Kriegsgehehen auftürmen, und schon war man sicher, weil der ganze Dreck dahinter dann allein an den Soldaten hängen bleiben würde.

Denn: Halten die sich an die Vorschriften, geht das ganze Unternehmen den Bach runter. Und in Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen können die Politiker später die auch bei Jugendlichen so beliebten Würgespiele mit hohen Offizieren abziehen, indem sie das „Versagen der Militärs schonungslos aufdecken“.

Halten sich die Soldaten jedoch nicht an die Vorschriften und führen richtig Krieg, mit (auch zivilen) Toten und Verletzten, die noch in keinem Krieg der Welt gänzlich vermieden werden konnten, sind die Parlamentarier erst recht fein raus. Denn dann haben sich die Uniformierten ja nicht an ihren Auftrag gehalten und im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss können sich die Politiker aufplustern und das „Versagen der Militärs sich ...“ etc. Da maule noch einer, wir würden „miserabel regiert“, wie der „Stern“ neulich behauptete. Köhner sind das, echte Köhner! Das

Schlagwort von der „koordinierten Sicherheitsstrategie“ wird immer im Zusammenhang mit Afghanistan gebracht, doch jenes Land ist gar nicht gemeint. Es geht um die Sicherheit des politischen Fortkommens gewisser Leute in Berlin, Washington usw. Wie sagte noch gleich Peter Struck: „Unsere Demokratie wird auch am Hindukusch verteidigt.“ Endlich ist uns klar, wie er das meinte.

Das mit den Würgespielen ist übrigens ein ernstes Problem. Vor allem Jugendliche strangulieren sich, um in einen Rausch zu fallen. Immer wieder bleiben dabei welche auf der Strecke. Wie man den Kopf aus der Schlinge zieht, könnten sie bei Angela Merkel lernen.

Der war die Krone der „Klimakanzlerin“ zum Schluss immer größer geworden, bis sie ihr auf den Hals rutschte. Dort verwandelte sich das schillernde Geschmeide in eine würgende Schlinge, an der alle kräftig zogen: Milliarden und Billionen sollten die Europäer an die Schwellen- und Entwicklungsländer zahlen als Ablass für ihre „Klimasünden“ der vergangenen 200 Jahre. Außerdem sollten sie ihre Industrie noch viel heftiger ausquetschen mit immer drastischeren Vorschriften.

Dahinter steckt eine schlaue Strategie: Vermutlich wollten die Delegationen der Staaten, die das forderten, nach dem Kopenhagengipfel gleich weiterreisen zu den Industriestandorten der EU, um die dortigen Manager zur Produktionsverlagerung zu überreden. In ihre Länder, in denen Umweltauflagen Verhandlungssache sind, wo man solche Fragen damit löst, dass man die einheimischen Potentaten angemessen am Gewinn beteiligt.

Doch bei Merkel klappte das mit dem Würgerausch nicht. Ganz im Gegenteil schien sie just in dem Moment endlich wach zu werden, als die Luft knapp wurde und ließ alle wissen, dass sie die fiese Tour durchschaut hat: Noch mehr „Vorreiterrolle“ Deutsch-

lands würde nur dazu führen, dass sich die deutsche Industrie woandershin aufmacht.

Längst ist die Klimadebatte in den gut ausgebauten Bahnen des „Täter-Opfer-Wiedergutmachungs“-Reflexes angekommen. Als Täter gehen die Nationen, die das Auto, die Dampf- und andere Maschinen, das Telefon, das Flugzeug, den Rechner, das elektrische Licht und alle anderen technischen Neuerungen der jüngeren Geschichte erfunden haben, die diese Dinge dann unter großen Mühen entwickelten und produzierten und die deshalb auch schon früher Auto fahren und Licht anknipsen konnten als andere.

Die Opfer sind jene Völker, die vor 500 oder mehr Jahren mit dem Erfinden aufgehört haben und deshalb erst etwas später mit dem Lichtanknipsen beginnen konnten. Die Gnade der späten Steckdose verleiht ihnen heute den moralischen Vorsprung des Opfers, an dem die klimasüchtigen Erfindungstäter Wiedergutmachung zu leisten haben.

Das Beste am Opferstatus ist bekanntlich, dass er für die Ewigkeit verliehen wird, weshalb kein Drittwelt-Diktator sich Sorgen zu machen braucht, dass ihn mal einer nach seiner Spritfresserflotte fragt, die er seinem darbenenden Volk und den Entwicklungshilfe zahlenden Steuerbürgern von der Nordhalbkugel abgepresst hat. Denn er spricht ja für die Opfer.

In Kopenhagen kam überhaupt eine ganze Reihe ewiger Gewissheiten zum Zuge. So mahnten uns kritische Wissenschaftler, dass wir endlich aufhören müssten mit der „Wachstumsideologie“, weil Wachstum nämlich unvermeidlich zulasten der Umwelt gehe, die sich heute Klima nennt.

Das stimmt natürlich, insofern man die technischen Entwicklungen der letzten 50 Jahre mal kurz außer acht lässt. Denn seitdem bedeutet Wachstum in entwickelten Staaten vor allem technischer Fortschritt, durch den fast alles weniger Material verbrauchend, energiesparender und ungiftiger wird. Aber davon lassen sie sich nicht von der Schiene werfen, da sie sich Anfang der 70er Jahre endgültig darauf geeinigt haben, dass Wachstum böse ist.

ZITATE

Der Chef der Direktbank ING-DiBa, Ben Tellings, attackiert im „Stern“ vom 3. Dezember seine Kollegen. Dabei erklärt er auch, warum Bankberater ihren gutgläubigen Kunden oft falsche Produkte verkaufen:

„Die Antwort ist überraschend einfach: Es ist der Vorstand der Bank, der seine Berater, oder besser seine Verkäufer, dazu zwingt. Das geht ganz leicht. Provisionen gibt es nur, wenn ganz bestimmte Produkte verkauft werden.“

Der Chefredakteur des „Cicero“, Wolfram Weimer, attestiert Deutschland im „Handelsblatt“ (11. Dezember) eine „selbstmörderische“ Wanderungsbewegung, für die Politik die Verantwortung trage: Die Gutsausgebildeten verließen das Land, während Minderqualifizierte hereinströmten. Weimer erklärt, warum so viele junge hochqualifizierte Deutsche das Land verlassen:

„Während wir endlos über die Extreme von oben (Top-Manager und ihre Gier) und unten (Mindestlohn-Empfänger und gewalttätige Migrationsjugendliche) diskutieren, vollzieht sich ein Bruch der Gesellschaft in der Mitte. [Die Mittelschichtler] zahlen immer höhere Abgaben, erleben Wohlstandsverluste, werden von Radarfallen bis Steuererklärungen schikaniert, schicken ihre Kinder in schlechte Schulen.“

Der „Spiegel“ vom 7. Dezember fragte Lothar Bisky, Vorsitzender der Partei Die Linke, woher in seiner Partei die Liebe zum Streit käme:

„In der Bewegung der Linken hatte es immer Denunziationen gegeben, und zwar in Größenordnungen, die gefährlich waren. Die hatte früher verheerende Folgen. Heutzutage hat die Linke zum Glück nicht solch eine Art Macht, der Verrat bleibt folgenlos.“

Im Spottpalast

Wollt ihr die totale Umwelt? Dann beweist mit Ja-Gebrüll, dass zu Recht man euch für dumm hält, und verteidigt das Idyll.

Wollt ihr das totale Klima? Unsre Gurus wissen Rat! Gell, ihr findet sowas prima, und das isst in der Tat.

Denn nur ihre Expertisen sind als Wissenschaft erlaubt, sind der Weg aus euren Krisen, wenn ihr fest an diese glaubt.

Der totale Ablasshandel rettet jetzt vorm Ce-Oh-zwei - ändert drum den Lebenswandel, zahlt und fragt nicht lang dabei!

Wir verteilen Gelder gerne, wie es billig und gerecht, steht es doch in weiter Ferne um die Welt besonders schlecht.

Mit den Wetter-Kapriolen machen wir für immer Schluss - Zweifler soll der Teufel holen, tut er sicher mit Genuss.

Hie und da auf Konferenzen werden wir fürs hohe Ziel Regeln aber noch ergänzen, denn total ist nie zuziel.

Schert daher euch nicht um Spesen, dankt, dass man den Weg euch wies - als erneuerbare Wesen kommt ihr dann ins Paradies.